Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches Info Blatt

Nr. 68 | Sommer 2005 | 3,10 Euro

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon: (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Der Umgang mit rechten Großveranstaltungen

Gesellschaft

Der Begriff des Faschismus

Geschichte

Colonia Dignidad

WEG DAMIT

Inhalt

AIB 68 4 · 2005

Rubriken

10

16

Auswärtiges Amt
Werderscher Markt
44

Titel

NS-Szene

Antifa

Rassismus

Gesellschaft

Braunzone

Geschichte

Repression

International

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@nadir.org

www.nadir.org/aib

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Es war ein kurzer Traum, aber lange vor der geplanten Realisierung scheint er bereits wieder ausgeträumt. Nach dem Einzug in den sächsischen Landtag träumte die NPD von einem bundesweiten Einzug in die Parlamente. Sie sah sich plötzlich als Anführerin einer Volksfront von Rechts; in einem Boot mit DVU und den lange Zeit eher feindlich gesinnten Freien Kameradschaften. Doch nur wenige Monate nach dem Fanal von Sachsen bröckelte es an allen Ecken und Enden der NPD. Die Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen wurden mit sehr schlechten Ergebnissen eindeutig verloren, die im Wahlkampf und bei der Strukturbildung vor Ort gemachten Fehler aber nicht benannt, sondern schönzureden versucht. Eine der zentralen Neonazi-Großveranstaltungen dieses Jahres wurde zum Supergau: Am 8. Mai konnte die NPD in Berlin keinen Meter laufen und zog sich durch ihr wenig kämpferisches Verhalten an diesem Tag den Unmut vieler Parteigänger und der Freien Kameradschaften auf sich. Als wäre das nicht schon schlimm genug, stärkte der Parteivorstand durch sein Verhalten ausgerechnet noch Erzfeind Christian Worch den Rücken. Dieser verfehlte bei seinem Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig die gesteckten Ziele zwar auch recht deutlich, konnte dieses aber anscheinend besser vermitteln. So ist Worch nach seinem beinahe vollzogenen Abtauchen in die relative Bedeutungslosigkeit im letzten Jahr mittlerweile wieder obenauf und bundesweite Identifikationsfigur für die Opposition zur NPD im Neonazilager geworden.

Die nächste geplante Großveranstaltung war das Fest der Völker in Jena. Hier wollte die NPD auch im Lager der eher subkulturell organisierten Kameradschaften Boden gutmachen und verschiedene Rechtsrockbands in der Jenaer Innenstadt aufspielen lassen. Doch auch diese Veranstaltung floppte. Es fanden nur 450 Anhänger den Weg nach Jena und standen sich auf einem für sie größtenteils langweiligen Fest die Beine in den Bauch. Die NPD hatte hier nämlich nichts besseres zu tun, als den anwesenden Neonazis ihre Version von einem zukünftigen Europa zu präsentieren. Nämlich die Idee von einem Europa der Vaterländer, unter Einschluss von Polen, Holland und Russland. Dieser Ethnopluralismus der NPD ist zwar nicht unbedingt neu, stieß aber dennoch bei einem größtenteils aus strammen Neonazis bestehenden Publikum keinerlei Gegenliebe. Dieses wollte sich anscheinend nicht so schnell von den Vorstellungen einer deutschen Herrenrasse verabschieden.

Eine dritte anstehende Großveranstaltung, mit der die NPD noch im letzten Jahr quer durch das gesamte Lager der extremen Rechten für Eindruck sorgte, wurde unterdessen gleich ganz abgesagt. Das Deutsche-Stimme-Pressefest fände aus Wahlkampfgründen 2005 nicht statt, verbreitete der Bundesvorstand vor einigen Wochen im Internet. Diese Ankündigung löste endgültig eine Welle der Empörung und des Unverständnisses im Neonazilager aus.

Doch nicht nur die Selbstzerfleischung des rechten Lagers schreitet voran, auch Politik und Zivilgesellschaft waren die letzten Monate nicht untätig. So wurde im Schnellschuss das Versammlungrecht verändert, um Aufmärsche künftig juristisch deutlich zu erschweren. Gegen verschiedene Nazi-Mobilisierungen wie am 8. Mai und zum Fest der Völker gingen im Gedenkjahr 2005 Tausende von Menschen auf die Strassen und behinderten diese Aufzüge erheblich. Auch die Mobilisierungen der Antifa gewannen deutlich an Kraft und Personenpotenzial. Das schleichende Ende des lähmenden Antideutschen-Diskurses scheint sein Übriges dazu beizutragen.

In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns ab der Seite 6 mit dem staatlichen Vorgehen gegen rechte Veranstaltungen. Auf den Seiten 16-20 beschreiben wir die Debatte um einen völkischen Kulturbegriff, der weiterhin viel Konfliktpotenzial für die gesamte extreme Rechte birgt. Und auf den Seiten 28 und 29 widmen wir uns schließlich dem letzten verbliebenen rechten Großereignis des Jahres – dem Hess-Marsch in Wunsiedel – und stellen antifaschistische Gegenaktivitäten vor.

Bleiben noch die besten Wünsche für einen erholsamen Sommerurlaub oder wenigstens ein paar Stress- und Nazifreie Tage am Baggersee oder im örtlichen Freibad. ■

Richtigstellung

In Ausgabe 66 ist uns leider ein Fehler unterlaufen: In der Bildunterschrift zu dem Foto auf Seite 24 haben wir die erste Person von links als Wolfgang Schimmel bezeichnet, es handelt sich allerdings um den sächsischen NPD-Funktionär Frank Rohleder. Wir bitten vielmals um Entschuldigung.

Berlin: Vor Nazis vermummen muss nicht strafbar sein.

Mit einem überraschenden Freispruch endete am 21. April 2005 ein Prozess wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz vor dem Amtsgericht Tiergarten. Die angeklagte Antifaschistin hatte sich am 1. Mai 2004 während einer Demonstration gegen den NPD-Aufmarsch in Berlin-Lichtenberg mit einem Halstuch und einer Kapuze unkenntlich gemacht. Die Studentin hatte sich für fünf Minuten vermummt, als aus der vorbeiziehenden Neonazi-Demonstration heraus Fotos von GegendemonstrantInnen geschossen wurden. Nachdem der Aufmarsch aus ihrem Sichtfeld verschwunden war, legte sie die Vermummung auch wieder ab. Die Angeklagte hatte sich über Stunden unvermummt in einem Polizeikessel aufgehalten. Dort wurde sie durchgehend von der Polizei gefilmt und fotografiert. Eine Feststellung ihrer Identität durch die Polizei wäre demnach ohne weiteres möglich gewesen. In der Urteilsbegründung sah es das Gericht als erwiesen an, dass die Angeklagte nicht die Absicht hatte, die Feststellung ihrer Identität durch die anwesende Polizei zu verhindern. Sie wollte sich in der Situation lediglich vor fotografierenden und filmenden Neonazis schützen. Das Urteil stellt, wie der Richter betonte, eine Einzelfallentscheidung dar. ■

Potsdam: Prozess nach Neonaziangriff auf alternatives Zentrum

Vor dem Potsdamer Amtsgericht wurde am 1. Juni 2005 der Prozess gegen Danny Leszinski (Berlin), Michaël Genth und Thorsten Schürmann (beide Potsdam) eröffnet, die in der Silvesternacht 2002/2003 an einem Angriff auf das alternative Wohn- und Kulturprojekt »Elfi« beteiligt gewesen sein sollen. Die Neonazis haten zuvor in der nahegelegenen Gutenbergstraße gefeiert. Am »Elfi« angekommen, rissen zehn der Angreifer die Fensterläden aus ihren Verankerungen und zerstörten sämtliche Fensterscheiben mit Eisenstangen. Anschließend wurde durch ins Haus geworfene Feuerwerkskörper ein Brand verursacht, der noch rechtzeitig gelöscht wurde. Die anderen 40 Rechten stifteten ihren Kameraden lautstark Beifall. Im Haus befindliche Jugendliche waren im letzten Moment in höhere Stockwerke geflüchtet.

Die Neonazis wurden jetzt, über zwei Jahre nach dem Angriff, wegen Brandstiftung angeklagt. Opfer des Übergriffs kritisierten die ermittelnde Staatsanwaltschaft, der Vorwurf der schweren Brandstiftung sei angemessener. Die drei Prozesstage wurden zeitweise von bis zu 60 Neonazis, insbesondere Anhängern des »Märkischen Heimatschutz«, »Anti-Antifa-Potsdam« und Berliner Kameradschaftlern, verfolgt. Dabei kam es nach Informationen von Prozessbeobachtern zur Bedrohung von Zeugen und zu Rangeleien zwischen linken Jugendlichen und Neonazis.

Der angeklagte 26jährige Danny Leszinski ist in der extrem rechten Szene in Berlin/Brandenburg kein Unbekannter (siehe AIB #62), er wird dem Umfeld der »Anti-Antifa-Sektion Potsdam« zugerechnet, die im Internet u.a. Adressen und Fotos von politischen Gegnern und alternativen Projekten veröffentlichte, darunter auch vom »Elfi«. Als Verteidiger von Genth trat der für die extrem rechte Szene aktive Wolfram Nahrath in Erscheinung.

Bereits beim zweiten Prozesstag, am 3. Juni, wurde Schürmann mangels Beweisen freigesprochen. Am 13. Juni verhängte das Jugendschöffengericht gegen Leszinski eine Haftstrafe von einem Jahr und zwei Monaten. Genth erhielt eine Jugendstrafe von einem Jahr und fünf Monaten mit zwei Jahren Bewährung. Weiterhin muß er eine Geldbuße von 500 Euro ans »Elfi« zahlen und 200 Sozialstunden ableisten. Die Staatsanwaltschaft hatte weit höhere Strafen gefordert. ■

1] Berliner und Brandenburger Neonazis versammelten sich zur Prozessunterstützung vor dem Potsdamer Amtsgericht.

Hamburg: Jubiläumsfeier von Ehemaligen der Waffen-SS

Etwa 300 Alt- und Neonazis versammelten sich am 28. Mai 2005 in der Waldhalle am Stadtrand von Büchen, um das 55jährige Bestehen der »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehem. Waffen-SS« (HIAG) zu feiern. Die HIAG, welche bereits seit 1950 existierte, hat sich als Bundesverband 1992 aufgelöst und nur noch einzelne Landesverbände setzen die Arbeit weiterhin fort. Der Landesverband Hamburg veranstaltet noch monatliche Vereinstreffen und organisiert auch Gedenkveranstaltungen und Reisen zu alten Kameraden im In- und Ausland. Dieser Verband um den Vorsitzenden Franz Schmitz ist damit einer der aktivsten Teile der verbleibenden HIAG-Strukturen. So ist es auch nicht verwunderlich, dass ein maßgeblicher Teil der Organisation der 55 Jahr Feier über Hamburg gelaufen ist. Am Hamburger Dammtorbahnhof wurde ein Schleusungspunkt eingerichtet und von dort dann drei Busse über Umwege ins etwa 30 Kilometer von Hamburg entfernte Büchen gelotst.
Dort fanden sich dann, neben ehemaligen Waffen-SS'lern aus Deutschland, auch weit angereiste »Kameraden« aus Lettland, Belgien und Österreich in dem kleinen Städtchen ein. Aber auch jüngere Neonazis waren eingeladen worden. Selbst Mitglieder der extrem rechten schlagenden Verbindung »Chattia Friedberg zu Hamburg« erschienen, um in vollem Wichs ihren scheinbaren Vorbildern huldigen zu können.
Während draußen vor der Waldhalle alles ruhig und beschaulich blieb, herrschte im Saal des Gebäudes eine ausgelassene Stimmung. Bei geschlossener Gesellschaft wurde Bier und Essen genossen, zu Blaskapellenmusik geschunkelt und den Worten der Redner gelauscht. Gemeinsam wurde der »alten Zeiten« gedacht und die verbrecherische Taten der Waffen-SS geleugnet oder glorifiziert. Der anwesende Vertreter der Fallschirmjägerkameradschaft aus Hamburg, Werner Zimmermann, ließ es sich dabei nicht nehmen, ein paar Worte an die Anwesenden zu richten. Dass die HIAG Öffentlichkeit nicht so sehr schätzt, wurde gleich zu Beginn der Veranstaltung mehr als deutlich: Anwesende Pressevertreter wurde unverzüglich aggressiv angegangen und unter Drohungen des Grundstückes verwiesen. ■

Brandenburg verbietet »Hauptvolk« und »Sturm 27« - Zweifel am Sinn der Verbote bleiben.

Im April 2005 hat das Innenministerium des Landes Brandenburg die vor allem im Havelland aktive Neonazi-Kameradschaft »Hauptvolk« mitsamt ihrer Untergruppe »Sturm 27« verboten. Damit einher gingen Razzien in 41 Wohnungen und Objekten von »Hauptvolk«-Aktivisten. Unter den insgesamt 5500 dabei beschlagnahmten Gegenständen befanden sich unter anderem eine Übungshandgranate und eine Pistole mit Munition und Magazin. Die Kameradschaft »Hauptvolk« galt als Zusammenschluss von zwar äußerst gewaltbereiten Neonazis, deren politischer Organisationsgrad jedoch als eher gering einzuschätzen war. Bei der Entscheidung für das »Hauptvolk«-Verbot spielte für das Land Brandenburg sicherlich der politische Druck eine Rolle, der durch die Kameradschaftsverbote kurz vorher in Berlin entstanden war.
Antifas aus der Region sind skeptisch, ob das Verbot einen Einfluss auf die Aktivitäten der Neonazis haben wird. Im Gegenteil: Es sei ein Anstieg rechter Agitation zu beobachten. Zudem beteiligten sich Ex-Mitglieder des »Sturm 27« an der Verteilung rechtsextremer Flugblätter des »Schutzbund Deutschland« in Rathenow. Auch bei der NPD-Kundgebung am 8. Mai 2005 in Berlin waren die altbekannten Havelländer Neonazis vor Ort. Fazit: Allein der Name »Hauptvolk« wird wegen des Verbots nicht mehr verwendet, die Aktivitäten gehen unverändert weiter.
Dies deckt sich mit den Ergebnissen einer Studie, die kürzlich an der Europauniversität Viadrina in Frankfurt/Oder vorgestellt wurde. Die Wissenschaftler hatten recherchiert, ob und wie sich die ehemaligen Mitglieder verbotener Neonazigruppen im Land Brandenburg weiter einschlägig engagieren. Von 100 untersuchten Personen hatten sich nur 40 von der Szene gelöst beziehungsweise ließ sich ihr Verbleib nicht ermitteln. Der Rest, 60 Personen, war nachweislich weiterhin aktiv – oft stärker als zuvor. »Verbote haben nur einen sehr geringen Effekt«, schlossen die Wissenschaftler. ■

Geschichte wird gemacht

Schon lange nicht mehr war in der antifaschistischen Linken ein historischer Jahrestag so präsent wie der 60. Jahrestag der Kapitulation Nazideutschlands am 8. Mai 2005. »Heraus zum revolutionären 8. Mai« hieß es in – hoffentlich – ironischer Anlehnung an ein zunehmend reizlos gewordenes Event, den »Revolutionären 1. Mai«.

Der 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus bildete den Höhepunkt und Abschluss einer »Gedenksaison« 2004/2005. Der Niedergang des Nationalsozialismus lässt sich an den initiierten Gedenkfeiern stichpunktartig nachzeichnen. Über die Feierlichkeiten in der Normandie anlässlich des »D-Days«, an denen erstmalig deutsche Politiker teilnahmen, über das unsägliche »Bombengedenken« in Dresden hin zu den Feiern anlässlich der Befreiung der Konzentrationslager. Trotzdem blieb das Gedenken im Kern oft ahistorisch und auf dem Niveau von »schlimme Zeiten damals«. Außen vor blieb die Tatsache, dass der von vielen bejubelte »totale Krieg« erst nach vielen Kriegsjahren an seinen Ausgangspunkt zurückkehrte. Die auf den Gräbern postulierte »Versöhnung« von mordenden Wehrmachtssoldaten und den Toten der überfallenen Länder und der ermordeten JüdInnen war nur eine der haarsträubenden Floskeln im Gedenkdiskurs. Die nationale Erinnerungskultur wurde von AntifaschistInnen zwar zu Recht als Nicht-Erinnerungskultur erkannt, der wahllosen Aneinanderreihung der »Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft« konnten sie jedoch nur wenig entgegensetzen.

Da sich AntifaschistInnen dieser indirekten Versöhnung mit der deutschen Unrechtsgeschichte schwer anschließen können, war somit auch ihr Umgang mit dem 8. Mai nicht einfach. Erschwerend hinzu kamen die Bemühungen um die Verschärfung des Versammlungsrechts im Sinne eines starken autoritären Staates gegen »Rechts« und ein »bürgerlicher« Antifaschismus, welcher vor allem dem Ansehen Deutschlands in der Welt zugute kommen sollte. Die in Antifa-Kreisen gern diskutierte Frage, ob dieser »bürgerliche Antifaschismus« gar die größere Gefahr sei, einfach nur nichts nütze oder wenigstens nicht schade, kam nur im kleinen Rahmen auf und nichtsdestotrotz stellte sich am 8. Mai ein erfreulich breites Bündnis antifaschistischer Gruppen dem Aufmarsch der NPD entgegen. An der Demonstration unter dem eindeutigen Motto »Spasibo heißt Danke« und »Gegen Faschismus, Militarisierung und deutsche Opfermythen« nahmen immerhin 15.000 Menschen teil. Die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) sprach in diesem Zusammenhang von der »größten linksradikalen Demonstration der letzten Jahre« und das autonome Traditionsorgan »EinSatz« bilanzierte anschließend treffend: »Für eine antifaschistische Linke, die ihrem Namen gerecht werden will, ist dies logischerweise keine Lösung eines vermeintlich kosmetischen Problems. Sie muss ebenso dafür kämpfen, dass Nazis nirgendwo ein ruhiges Pflaster für ihre Auftritte finden, wie für eine Gesellschaft, in der der Faschismus, frei nach dem Schwur von Buchenwald, keinen Nährboden mehr für seine Wurzeln findet. Nicht nur am 8. Mai muss offen auftretenden Nazis ebenso entschlossen entgegentreten werden wie dem gesamtgesellschaftlichen rechten Vormarsch«. Der Versuch, die Demonstration mit der Forderung nach einer angemessenen Entschädigung der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen zu verknüpfen, gelang leider weder in der Öffentlichkeit noch bewegungsintern. Das erfolgreiche Vorgehen gegen den Neonazi-Auftritt am 8.Mai, selbst wenn es von Teilen der BlockiererInnen nicht aus emanzipatorischer Einsicht erfolgte, war ein Desaster für die deutsche Neonaziszene und eine Einschränkung ihres Handlungsspielraums. Wer sich, zu Recht, über eine Vereinnahmung des Antifaschismus durch die rot-grüne Regierung beschwert, sollte ihnen bei der Auseinandersetzung auch nicht das Feld überlassen oder sich gar von der Notwendigkeit antifaschistischen Engagements verabschieden.

Ein konsequenter Antifaschismus sollte auch auf schwierigem Terrain seinen emanzipatorischen Gehalt verteidigen. ■

Mit verändertem Versammlungsrecht gegen Nazis?

Neues Recht – Altes Spiel

Neofaschistische Aufmärsche an symbolisch für die Berliner Republik zentralen Orten sind per se hässliche Szenen und produzieren ebensolche Bilder. Werden sie medial serviert, bahnt sich eine Legitimationskrise sowohl für die politische Mitte als auch die Politik der so genannten inneren Sicherheit an. Neofaschistische Kader haben in den letzten Jahren ihre versammlungsrechtlichen Lektionen gelernt und nehmen immer gewagtere Projekte in Angriff. Nie war der Ruf nach Sonderrecht »gegen Rechts« lauter – herausgekommen ist einmal mehr symbolische Politik. Die politische Praxis hat sich derweilen einem weiteren Instrument zugewandt: staatliche Großveranstaltungen an Stelle politisch ungewollter Versammlungen.

Von Sönke Hilbrans und Wolfgang Kaleck, Rechtsanwälte aus Berlin.

Das Gesetz

Im Herbst 2004 meldeten die Jungen Nationaldemokraten für den 8. Mai 2005 eine Demonstration an, die am Mahnmal für die ermordeten Juden Europas vorbei zum Brandenburger Tor führen sollte. Wie die Strecke war das Thema eine Provokation: »60 Jahre Befreiungslüge – Schluss mit dem Schuldkult«. Es war nicht der erste und wird nicht der letzte Versuch der Rechtsextremen sein, im symbolischen Herz der Berliner Republik für einige Stunden die Straße zu erobern und im Schutze der Versammlungsfreiheit der Republik und ihren Symbolen den Streit zu verkünden.

Es durfte angenommen werden, dass die Berliner Innenverwaltung, die bisher Sicherheitsbedenken gerne zum Anlass genommen hat, Nazidemonstrationen aus der Innenstadt einigermaßen fernzuhalten, dazu für den 8. Mai 2005 Mittel und Wege finden würde. Ein Restrisiko im verwaltungsgerichtlichen Verfahren bestand gleichwohl. Eine Verschärfung des Versammlungsrechts, wie sie als ordnungspolitisches Mittel der Wahl schon jahrelang kontrovers diskutiert wurde, lag für die Akteure im Deutschen Bundestag plötzlich zum Greifen nah.

Das Versammlungsgesetz gibt sich, ebenso wie seine verfassungsrechtliche Wurzel in Artikel 8 Absatz 1 Grundgesetz, liberal und politisch neutral. Mit der Formel von der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung (§ 15 Absatz 1 Versammlungsgesetz) kann eine politisch provokante Demonstration, von der selbst keine Gefahr von Straftaten ausgeht, grundsätzlich nicht verboten werden. Wenn die neofaschistische Szene ein unverfängliches Versammlungsformat gewählt und die Disziplin aufgebracht hätte, dieses ohne volksverhetzende Parolen und ohne Randale einzuhalten, wäre ein Verbot einer Demonstration am Mahnmal für die ermordeten Juden Europas rechtlich mithin nicht leicht zu begründen gewesen, andererseits aber nicht ausgeschlossen. Der semantische Aufwand zu diesem Zweck war bereits in der Vergangenheit ebenso beachtlich wie die Hintergrundinformationen, die für Verbotsbegründungen herangezogen wurden. Die Union brachte

→

→ das bekannte Projekt der Erweiterung der Bannmeilen im Zentrum der Hauptstadt vor, dessen Charme sich jedoch augenblicklich an seinen verfassungsrechtlichen Grenzen erschöpfte: Mehr als den Schutz der Funktionsfähigkeit zentraler Verfassungsorgane hat die Versammlungsfreiheit von dieser Seite nach herrschender Meinung nicht hinzunehmen.

Demgegenüber wartete die Regierungskoalition mit dem Vorschlag auf, unter dem Dach der vorhandenen versammlungsgesetzlichen Verbotsnorm klarzustellen, dass an einem Ort, der »nationales Symbol« einer »organisierten menschenunwürdigen Behandlung« ist, der Billigung, Leugnung oder Verharmlosung dieser durch Versammlungsverbot zuvorgekommen werden darf. Das Nähere sollte die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates regeln.

Verfassungspolitisch äußerst heikel ist und bleibt die gesetzliche Beschreibung verbotenen Verhaltens anhand politischer Kriterien. Eine allseits überzeugende Formel, die neofaschistische Aktivitäten und faschistische Wiederbetätigung identifizierbar macht und sich dem Verdacht politischen Gesinnungsrechts nicht aussetzt, dürfte bis heute nicht gefunden sein. Vom bürgerrechtsliberalen Standpunkt aus sind weder Gesinnungsrecht noch eine Erweiterung von Bannmeilen erträglich. Entsprechend sahen sich die kursierenden Vorschläge und Gesetzentwürfe auch innerhalb der politischen Mitte heftiger Kritik ausgesetzt. Nur in einem waren sich alle einig: Eigentlich müsse der Kampf gegen Neofaschisten irgendwie politisch geführt und auch gewonnen werden.

In einem nicht einmal vierwöchigen Gesetzgebungsverfahren wurde ein Kompromiss entwickelt, der das Verbot oder die Beauflagung von Demonstrationen »an einem Ort (...), der als Gedenkstätte von historisch herausragender, überregionaler Bedeutung an die Opfer der menschenunwürdigen Behandlung unter der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft erinnert« ermöglicht, wenn »zu besorgen ist, dass durch die [Demonstration] die Würde der Opfer beeinträchtigt wird.« Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin ist kraft Gesetzes ein solcher Ort; die Länder können weitere Orte gesetzlich bestimmen.

Verfassungs- und geschichtspolitisch ist dieser kleine gemeinsame Nenner nicht der Dammbruch, der von bürgerrechtsliberaler Seite befürchtet wurde. Da das Versammlungsgesetz unterhalb der Schwelle des Verbots auch Auflagen ermöglicht und sich in den Bundesländern nach dem zweifelhaften politischen Ruhm, den sich die Akteure in der hitzigen Diskussion bisher verdient haben, die Neigung zur gesetzlichen Bezeichnung von Gedenkstätten von historisch herausragender, überregionaler Bedeutung in Grenzen halten dürfte, spricht wenig dafür, dass der neue § 15 Absatz 2 Versammlungsgesetz in seinem politischen Kern in absehbarer Zeit durch das Bundesverfassungsgericht kassiert werden wird.

Rechtspolitisch ist aber festzuhalten, dass verbotene Zonen für Demonstrationen ebenso an den Grundsätzen der Versammlungsfreiheit rütteln, wie dass dem Versuch politischen Gesinnungsrechts weitere Vorstöße mit anderer politischer Zielrichtung folgen werden, absehbar sind. Die von bürgerrechtsliberaler Seite vorgetragene Besorgnis, dass mit der Diskussion um den neuen § 15 Absatz 2 Versammlungsgesetz ein weiterer Schritt in

Richtung der ordnungspolitischen Bewirtschaftung demokratischer Ressourcen genommen wurde, ist und bleibt leider zutreffend.

Die Praxis

Die politische Mitte wählte neben der ordnungspolitischen Strategie der Gesetzesverschärfung noch einen zweiten Weg, den es zu beobachten gilt: die Organisation ihrer Anhänger auf der Straße. Das Vehikel nannte sich einstweilen »Tag für die Demokratie« und war eine Veranstaltung des Senats von Berlin, für die von Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und anderen Organisationen mit verfassungspatriotischem Pathos mobilisiert wurde. Das »Who is Who« staatstragender Institutionen und Persönlichkeiten kann nicht verdecken, dass es sich im Kern um eine Staatsveranstaltung handelte, die als solche versammlungsrechtlichen Grundrechtsschutz nicht beanspruchen kann. Auch wenn der »Tag für die Demokratie« Plattform für grundrechtlich geschützte Meinungsäußerungen der Teilnehmenden gewesen war, ist er als Staatsveranstaltung keinesfalls über den Verdacht einer Lenkung der in ihr kundgetanen Meinungen erhaben. Der »Tag für die Demokratie« sollte gleichwohl gegenüber einem neofaschistischen Aufmarsch zum Brandenburger Tor die Vorfahrt in Anspruch nehmen dürfen mit der Begründung, dass der Staat an einem nationalen Gedenktag bevorzugten Zugriff auf den öffentlichen Raum habe.

Die Strategie der Mobilisierung zu Konkurrenzversammlungen mag ihre politischen Vorzüge haben, im konkreten Fall zumindest als Teil einer Strategie gegen Rechts taugen und nicht unbeschränkt verallgemeinerbar sein. Es bedarf des Willens zur Abkehr von der politischen Neutralität und damit letztendlich von der Herrschaft des Versammlungsrechts über Meinungsfreiheit und Versammlungen im öffentlichen Raum, um staatlich geschaffene Kollisions- und Sicherheitsprobleme gegen politische Versammlungen auszuspielen. Das Beispiel einer raumgreifenden Staatsveranstaltung, die gegen politisch unerwünschte Gruppen in Stellung gebracht wird, kann auch in Auseinandersetzung mit anderen als neofaschistischen Aktivitäten Schule machen.

Ausblick

Die Änderung des Versammlungsrechts im März 2005 zeigt einen Weg auf für eine Erosion der Meinungs- und Versammlungsfreiheit für politische Inhalte außerhalb der politischen Mitte. Neofaschistische Propaganda mag Rückschläge bei der Besetzung zentraler symbolischer Orte einstweilen mit dem Hinweis auf Gesinnungsrecht und einen neuen Opferstatus kompensieren können. Die neofaschistische Praxis ist, wenn sie sich gegen Andersdenkende richtet, ohnehin nicht auf eine Handvoll Gedenkstätten angewiesen. Fortschritte bei der politischen Instrumentalisierung des Versammlungsrechts geben mithin mehr Anlass zur bürgerrechtlichen Sorge denn zur Hoffnung auf eine Abnahme des rechtsextremistischen Spuks auf der Straße. Die politische Mitte darf sich im Fernsehsessel vor hässlichen Szenen in Zukunft ein bisschen sicherer sein als zuvor und dies den Akteuren im Deutschen Bundestag und im Berliner Senat danken. Weder die Aufklärung über neofaschistische Strukturen, Aktivitäten und Entwicklungen, noch die Eindämmung des Wachstums der neofaschistischen Anhängerschaft werden aber dadurch gefördert. Man darf bereits jetzt gespannt sein, wie mit Sympathieerklärungen für die SED oder das Regime Saddam Husseins in Zukunft im Bundestag umgegangen wird, wenn die mediale Hygiene in der Berliner Republik auf dem Spiel steht. Ebenso wie Verschärfungen des Versammlungsrechts erweitern auch staatliche Großveranstaltungen, die in räumliche Konkurrenz zu staatsfernen Demonstrationen gesetzt werden, im Ergebnis primär den Eingriffsspielraum der Ordnungsbehörden. Ob der politische Kampf »gegen Rechts« durch den »Tag für die Demokratie« personell und argumentativ auf eine breitere Basis gestützt wurde, als sie im Diskurs der politischen Mitte ohnehin besteht, darf daneben bezweifelt werden. Der Gewinner ist im Ergebnis der Staat, der Gewinn für den Kampf gegen Rechts bleibt fragwürdig. ■

Bier und Bockwurst zur Ehrenrettung

Berlin feiert den 8. Mai

Eine Erinnerungsfeier soll es sein. Der Berliner Senat, Organisator dieser »Feier«, wollte so mal wieder ein Zeichen setzen, dem Kriegsende vor 60 Jahren gedenken. »Nur wenn wir die Erinnerung an das Leid der Kriegsjahre und an die Opfer der Gewaltherrschaft wachhalten, bleibt uns bewusst, wie wichtig und zukunftsweisend Freiheit, Demokratie und Menschenrechte für uns sind«, heißt es in der Einladung.

Zu den Erstunterzeichnern gehörten alle üblichen Verdächtigen aus deutscher Politik, Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden. Stolz verkündete der Landespressedienst in den Tagen zuvor ständig neue Namen von prominenten UnterstützerInnen. Boris Becker, Alfred Biolek, Bruno Ganz, Herbert Grönemeyer, Sigmund Jähn, Udo Lindenberg, Marius Müller-Westerhagen, um nur einige zu nennen. Das Fest-Angebot folgt dem üblichen Rahmen. Musik, Bier, Bratwurst – Hüpfburg und umlagerte Imbissbuden. Erinnerung hat es schwer zwischen Bratenfett und Showprogramm. Dazwischen immer wieder die Stände von verschiedenen Vereinen, Initativen und Organisationen. Der Stand der Bundeszentrale für politische Bildung ist eine erste Adresse für die allgegenwärtigen Souvenirjäger. Hier gibt es Faltblätter, Broschüren und Bücher umsonst zum mitnehmen. Wer Glück hat ergattert sogar einen der begehrten Kugelschreiber. Das demokratisch tolerante Merchandising wird allerorten kiloweise in mitgebrachten Plastiktüten verstaut. Wer Gesicht zeigen will, kann dies am Stand des »Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt« tun. Am Ende haben sich 600 Personen an der »interaktiven Fotoaktion« beteiligt. Knipsen gegen Rechts sozusagen. Bei der CDU/CSU ist eher weniger los – dafür ist der Kaffee umsonst. Schräg gegenüber hat eine jener Initativen gegen Rechts ihren Stand aufgebaut, denen Unions-geführte Landesregierungen bis zur Existenznot die Gelder kürzen. Allein in Berlin wird es deshalb von 45 solcher Initativen im nächsten Jahr nur noch 30 geben. Dass der »Tag der Demokratie« ziemlich genau den gleichen Betrag kostet, der den Initativen das Überleben sichern würde, ist zynisch. Die Festbesucher kümmert das in der Regel wenig. Während einige der prominenten Musiker das Volksfestpublikum unterhalten, finden Gesprächsrunden mit anderen Erstunterzeichnern statt. Was ausgerechnet B-Promis wie Ben, Jeanette Biedermann oder Darius Michalczewski für politisch-thematische Beiträge qualifiziert, bleibt so nebulös wie so manches an diesem Tag. Aber alle warten schließlich auf den Bundespräsidenten.

Horst Köhler tritt ab 15.00 Uhr vor die Kameras. Seine später heiß gelobte Rede schlägt den Bogen von den Tagebucheinträgen eines deutschen Kriegsgefangenen in Schottland über die Verbrechen des Holocaust und die Schrecken des Krieges bis zur Gegenwart Deutschlands das sich als Nation wiedergefunden habe. Anders als im geschichtsrevisionistischen Diskurs, der aufrechnete, relativierte und verdrängte, wird die deutsche Schuld von Köhler nicht geleugnet, sondern eingestanden. Am Ende aber mit einem symbolischen »aber« versehen. Wichtig ist ihm die Erinnerung an die »mehr als eine Million Landsleute, die in fremder Gefangenschaft starben, und der Hunderttausende deutscher Mädchen und Frauen, die zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt wurden.« Er betont: »Wir gedenken des Leids der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen, der vergewaltigten Frauen und der Opfer des Bombenkriegs gegen die deutsche Zivilbevölkerung.« Der ursächliche Zusammenhang mit dem deutschen Vernichtungskrieg bleibt unerwähnt.

Für den darauffolgenden 8. Mai haben die Jungen Nationaldemokraten (JN) am Alexanderplatz zur Demon-

stration aufgerufen. Das Motto: »60 Jahre Befreiungslüge – Schluss mit dem Schuldkult«. Im Vorfeld hatte der Bundestag erfolglos versucht, die Demo durch eine Änderung des Versammlungsgesetzes zu verhindern. Die befürchtete Blamage für Köhlers »weltoffenes Deutschland« wäre zu groß gewesen. Am Ende blieb der »Tag der Demokratie«. Die Erklärung, wie das Motto zur wiederholten Einschränkung der Versammlungsfreiheit passt, bleibt das politische Berlin schuldig. Das Fest soll den Image-Schaden abwenden, der entstehen würde, wenn die Neonazis vom Alexanderplatz durch das Brandenburger Tor zum Holocaust-Mahnmal marschieren würden.

Der Tag beginnt mit einer Ansprache von Bischof Wolfgang Huber, dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche. Der 8. Mai sei ein Tag der Befreiung, »auch wenn wir eingestehen, dass die Befreier keine Erlöser waren, sondern Menschen, die anderen Schweres zumuteten.« Da sind sie wieder, die »deutschen Opfer« und haben scheinbar auch in Kirchenkreisen Konjunktur. Kardinal Lehmann, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, legt den Schwerpunkt seiner Predigt auf diejenigen, für die es am 8. Mai »nichts zu jubeln« gab, auch wenn dieser Tag »objektiv der Tag der Befreiung war«. Außerhalb der Kirchenmauern ist Berlin in der Hand der Polizei.

9.000 Beamte aus verschiedenen Bundesländern, zehn Wasserwerfer und zehn Räumpanzer sind im Einsatz. Aus der Luft werden sie von Hubschraubern unterstützt. Während sich am Brandenburger Tor das Volksfest vom Vortag wiederholt und sich am Alexanderplatz inzwischen ca. 2000 Neonazis eingefunden haben (die NPD hatte mit mindestens 5.000 Teilnehmern gerechnet), findet eine große antifaschistische Demonstration statt. Nach offiziellen Angaben nehmen 15.000 Menschen daran teil. Während sich seit dem Vortag geschätzte 100.000 Menschen an den Imbissbuden vorm Brandenburger Tor den Nazis in den Weg stellen, versucht die von 100 antifaschistischen und linken Gruppen organisierte Demo zum Alexanderplatz vorzudringen. Hier trifft sie auf weitreichende Absperrungen der Polizei. Am Palast der Republik bildet sich daraufhin eine große Sitzblockade. Die Polizei schickt nicht wie noch zuvor am 1.Mai in Leipzig ihre Wasserwerfer und Einsatzhundertschaften zur Räumung aus, sondern versucht die AntifaschistInnen mit »Antikonfliktteams« zum Nachhausegehen zu überreden. Dieses Unterfangen scheitert erwartungsgemäß. Auf dem Alexanderplatz ist die Stimmung eher gedämpft. NPD-Chef Udo Voigt versucht seine Anhänger zu begeistern und erklärt: »Das ist ein Tag der Trauer! Wir haben damals ein Drittel des deutschen Reiches verloren.« Das Showprogramm der NPD ist eher bescheiden. Statt Bier und Bratwurst gibt es Limo aus Plastikflaschen und Brötchen mit Blutwurst.

Thomas »Steiner« Wulff versucht sein Bestes. »Ob Regen oder Sonnenschein, wir lassen Deutschland nicht allein«, mehr hat auch er nicht zu bieten. Als langsam die Redner auszugehen scheinen, entscheidet die Einsatzleitung der Polizei, die Demonstration abzusagen. Die Enttäuschung und einen kleinen Ausbruchsversuch ihrer Anhänger sitzt die NPD-Spitze aus. Dafür wird sie in den darauffolgenden Tagen noch eine Menge Kritik aus den eigenen Reihen ernten. Das abschließende Singen der Nationalhymne in allen 3 Strophen scheitert fast an mangelnder Textkenntnis und musikalischem Unvermögen. Das klappt in jedem Fußballstadion besser. Auf Seiten der mehreren tausend AntifaschistInnen und engagierten BürgerInnen löst die Mitteilung von der verhinderten NPD-Demonstration Jubel aus. In den Tagen darauf feiert sich die Berliner Republik. Von einem »Triumph für die Stadt« und einem »1:0 gegen die Neonazis« ist die Rede. Frank Henkel, Abgeordneter der CDU, spricht von einem »polizeilichem Meisterstück«. »Es wäre unverhältnismäßig gewesen, die Wegstrecke durch den Einsatz von Zwangsmitteln frei zu machen«, erklärt Polizeipräsident Dieter Glietsch die Entscheidung der Einsatzleitung der Polizei. Der Innenexperte der PDS, Udo Wolf, sieht in dem Verlauf des Tages sogar eine »vertrauensbildende Maßnahme«. Es habe sich gezeigt, zu was die Zivilgesellschaft fähig sei, wenn alle Beteiligten – Bürger, Polizei und Antifa – die Scheuklappen fallen ließen. Der regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, bringt die Intention des staatlichen Engagements auf den Punkt. »Ich sage Ihnen allen: Sie haben eine gute Sache getan – für unser Land, für sein Ansehen in der Welt und für unsere gemeinsame Zukunft.«

SPD-Innensator Ehrhardt Körting verdeutlicht, worum es ging. Der 8. Mai sei eine »besondere Situation« gewesen. Keinesfalls dürfe man daraus schließen, dass fortan jeder Neoonazi-Aufzug von der Polizei sofort untersagt wird, sobald sich Protest regt. Den AntifaschistInnen, die maßgeblichen Anteil am Verlauf des 8. Mai in Berlin hatten, ist klar, was das bedeutet. Beim nächsten mal werden nicht die »Antikonfliktteams« der Polizei in der ersten Reihe stehen. »Besser ein verordneter Antifaschismus als ein tolerierter Neofaschismus« – die Holocaust-Überlebende Erika Baum trifft mit diesem Satz die Auffassung vieler GegendemonstrantInnen. Die staatliche Vereinnahmung des Protestes wurde wohl oder übel hingenommen.

Die Fassade des staatlich organisierten Antifaschismus bröckelt schnell wie die nachfolgenden Diskussionen um die Kosten des »Tags der Demokratie« zeigen. FDP und CDU betonen, es sei ihnen mehr um den symbolischen Gehalt gegangen, finanziell wolle man sich hingegen nicht beteiligen. ■

Sachsen rockt.

[1]

Nach Pfingsten 2005 liegt ein ganz gewöhnliches Wochenende hinter der sächsischen Neonaziszene. Am 14. Mai traten in Mehlteuer bei Riesa die Rechtsrock-Bands »Kraftschlag«, »Agitator«, »Gegenschlag« und »Frontalkraft« vor wenigen hundert Neonazis bei einem NPD-Konzert auf. Einen Tag darauf wollte der Dresdner Karsten Scholz in Großdrebnitz bei Bischofswerda seinen 20. Geburtstag mit den rechten Bands »Absurd«, »Propaganda«, »Bleeding Through«, »Sachsonia« und »Racial Purity« vorfeiern.

Er wollte. Schon vor Monaten hatten antifaschistische HackerInnen E-Mailaccounts des ostsächsischen Neonazis Steve Trodler gehackt. Just an diesen wandte sich Scholz nun mit der Bitte um Unterstützung bei der Suche nach einer Lokalität. Da Trodler aber zu der Zeit im Urlaub weilte, verwies er auf einen »Kameraden«, der helfen sollte. So wurde Scholz via E-Mail ein Raum angeboten und nach ein, zwei Telefonaten war der Ort festgemacht. Als Scholz dann mit Bands, dem NPD-MdL Klaus Menzel und seinem Anwalt am Ort des Geschehens eintraf, war niemand da. Das Konzert musste ausfallen.

Sachsen boomt

Trotz dieses Erfolges folgt in Sachsen ein Konzert dem Anderen und die Szene ist aktiv wie nie zuvor. Allein für das Jahr 2004 zählten AntifaschistInnen etwa 45 Neonazi-Konzerte in Sachsen, offizielle Stellen gerade mal die Hälfte. Und 2005 hält dieser Trend unvermindert an. Der Einzug von 12 NPD-Abgeordneten in den sächsischen Landtag brachte dabei deutlich Bewegung ins Spiel. Die Partei begann Konzerte als politische Rednerveranstaltungen mit musikalischer Begleitung unter dem Motto »Singen und Tanzen für Deutschland« durchzuführen. Diese Konzerte stellen insofern eine Besonderheit dar, als sie versuchen, den in Sachsen geltenden »Konzerterlass« des Innenministeriums zu umgehen. Dieser weist an, dass rechtsextremistische Skinheadkonzerte polizeilich zu unterbinden, bzw. aufzulösen sind. Im Falle von »Singen und Tanzen für Deutschland« greift dieser Erlass jedoch nicht mehr. Die Konzerte wurden von Sascha Wagner für die »Jungen Nationaldemokraten« als Parteiveranstaltung deklariert und durch anwesende Landtagsabgeordnete, z.B. Klaus Menzel begleitet. So trat im November 2004 Michael »Lunikoff« Regener, der Ex-Sänger der Neonaziband »Landser« vor, nach Polizeiangaben, 800 Neonazis auf. Die Veranstalter gaben 1.700 Konzertbesucher an. Auch zum darauf folgenden Konzert kamen immer noch mehrere

Hundert und als im Februar dieses Jahres die NSBM- (NS-Blackmetal) Band Totenburg aus Thüringen spielen sollte, dies aber polizeilich untersagt wurde, waren laut Veranstalter 1.400 zahlende Gäste gekommen. Ort des musikalischen Geschehens war die einschlägig bekannte Diskothek »Wodan« in Mücka. Der Pächter Erik Myrtha räumte im Februar freimütig ein, NPD-Mitglied werden zu wollen. Seit Ende März ist ihm die Nutzung nun gekündigt. Er hatte trotz Insolvenzverwaltung unautorisiert das Gewerbe an seine Frau Annett Myrtha unterverpachtet. Nach dem Verlust des Objektes in Ostsachsen sind nun beide als Neubetreiber des Schützenhauses in Pößneck im Gespräch. Interessant ist dabei, dass auch das »Lunikoff«-Konzert, welches Anfang April in Pößneck stattgefunden hatte, ursprünglich in der Diskothek »Wodan« geplant war. Darauf verweist nicht nur das Auftreten von Sascha Wagner als Veranstalter wie bereits bei den Konzerten in Mücka. Es geht auch aus E-Mails hervor, welche der Mitveranstalter Steve Trodler aus Bautzen verschickte. Unter dem Pseudonym VARGXXXX – eine Hommage an Varg Vikernes, den Sänger der schwedischen NSBM-Band »Burzum« – teilte er via Rundbrief mit: »Wieder im Wodan in Mücka: Lunikoff spielt Anfang März noch mal bei uns...« Schlussendlich verschob sich das Abschiedskonzert dann um einige Wochen. Ein anderes von Trodler geplantes Konzert mit der NSBM-Band »Absurd«, das am 9. April in Mücka stattfinden sollte, wurde abgesagt. Trodler hatte das Konzert freimütig über seine Homepage Vargsmal.de und via E-mail beworben. Interessierte konnten sich per Mail auf die Gästeliste setzen lassen. Nachdem Hacker aber interne Mails und persönliche Daten von Trodler und eine Gästeliste mit zahlreichen Namen und Adressen auf Indymedia veröffentlichten, sagten »Absurd« genervt ab. Immerhin 2.000 Euro Gage hatten sie zuvor noch verlangt. Seither gingen Trodlers Aktivitäten spürbar zurück.

Stattdessen geht Karsten Scholz in die Offensive. Er arbeitet bereits seit Monaten an dem Projekt »Unabhängige Schülerzeitung«. Diese soll bundesweit an Schulen verteilt werden und in entsprechend großer Auflage von 25.000 Stück erscheinen. Um das nötige Geld aufzutreiben, versucht er monatlich Soli-Konzerte durchzuführen. Bisher fanden diese in Borthen bei Dresden statt und wie bereits beschrieben, war zuletzt ein Soli-Konzert in Großdrebnitz geplant. Nach eigenen Angaben hatte Scholz vor seinem Fauxpas die Hälfte des für die erste Ausgabe nötigen Geldes beisammen. Danach dürfte die Summe jedoch eher weniger als mehr geworden sein.

Reiselustige Neonazis

Neben dem ohnehin schon umfangreichen Konzertangebot in Sachsen gibt es auch die Möglichkeit, Konzerte im Nachbarland Tschechien zu besuchen. So fand am 26. März ein von der »Blood&Honour-Division Bohemia« veranstaltetes Konzert mit den Bands »Race Riot« (GER), »Conflict 88« (CZ), »Before the war« (SL), »Max Resist« (US) und »Final War« (US) in Jablonne v Podjestedi statt. Von den rund 400 KonzertbesucherInnen war ein Großteil aus Deutschland angereist, vornehmlich aus Sachsen und Thüringen. Einen Tag später sollten die US-Bands noch bei einem Konzert in der Nähe von Chemnitz auftreten, was polizeilich verhindert wurde. In keinem anderen Bundesland bestehen so viele und kontinuierliche Möglichkeiten Neonazikonzerte durch zuführen. Der Konzerterlass bewirkt da nur wenig, denn die meisten Konzerte sind bei der Polizei nicht rechtzeitig bekannt, bzw. werden erst aufgelöst, wenn bereits alles vorbei ist. Und wenn dann die NPD oder die JN einspringt, um Konzerte als politische Rednerveranstaltungen anzumelden, wird dieser Erlass gänzlich umgangen. Mittlerweile versucht die sächsische NPD die Neonazimusikszene auch mittels Anfragen im sächsischen Landtag zu unterstützen. Allein im April 2005 stellte der NPD-MdL Uwe Leichsenring fünf kleine Anfragen zum Thema »Durchführung und Auflösung von Skinheadkonzerten in Sachsen«. Diese bezogen sich einmal allgemein auf diesen Konzerterlass und damit begründete Konzertauflösungen, zum anderen konkret auf die Auflösung eines Konzerts am 5. März in der Diskothek »Wodan«. Auch dieses Konzert war als politische Veranstaltung der JN deklariert. Entsprechend groß war auch die Empörung bei der NPD über den Polizeieinsatz.

Auch in Bundesländern wie Hamburg bemühen sich Neonazis ihren Konzerten einen legalen Rahmen zu geben und die gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen. Ein Neonazi, der gegen die Beendigung eines von ihm organisierten Konzertes Rechtsmittel eingelegt hatte, bekam vor Gericht Schadensersatz zugesprochen. Die Polizei hatte im Februar 2001 am Ende des Konzertes den Saal gestürmt und, da es sich um eine getarnte Blood&Honour-Veranstaltung handele, die Feier aufgelöst. Das Oberverwaltungsgericht erklärte das polizeiliche Vorgehen für rechtswidrig. Nach einem Vergleich zahlte die Polizei 1.200 EUR Schadenersatz. ■

[1] Neonazikonzert am 2. April 2005 in Pößneck.

[2] Erik Myrtha vor der Diskothek »Wodan«. Faksimile Sächsische Zeitung vom 29. März 2005.

[3] Karsten Scholz demonstriert am 13. Februar 2005 durch Dresden.

Im alten »Käse« rumrühren

Die jährlichen Treffen ehemaliger Waffen-SSler in Bad Windsheim

Seit dem Jahr 1975 versammelt sich die »Kameradschaft der ehemaligen Tscherkassy-Einheiten« mit bis zu 600 Teilnehmern u.a. aus Deutschland, Belgien, Frankreich, Finnland und Estland zum sog. Tscherkassy-Gedenktreffen in der mittelfränkischen Kleinstadt Bad Windsheim. Zentrale Momente der jährlichen Treffen sind eine Kundgebung samt Kranzniederlegung sowie eine Abendveranstaltung mit diversen Rednern und »gemütlichem Beisammensein«.

[1]

Dieser eingespielte Ablauf wurde dieses Jahr partiell gestört. Während der erste Teil mit vergleichsweise kleiner Teilnehmerzahl von etwa Einhundert am 19. Februar 2005 durchgeführt wurde, fand sich für den zweiten Teil keine Gaststätte mit entsprechenden Räumlichkeiten, welche die gedenkende Gesellschaft bewirten wollte. Diese Tatsache dürfte ursächlich für die geringe Teilnehmerzahl sein, da die auswärtigen und ausländischen »Besucher« größtenteils auf die Anreise verzichteten. Die Truppenkameradschaft (TK) der »5. SS-Panzerdivision Wiking« führte eine eigene Kranzniederlegung Anfang April durch. Der ausschlaggebende feine Unterschied für die Absage der seit Jahren als Veranstaltungsraum dienenden Gaststätte aber war, dass sich das Treffen ehemaliger Waffen-SS'ler und Landser zu einer Versammlung »gemausert« hat, die von »Kameraden« der Nachkriegsgeneration dominiert wird. Schließlich wolle die Stadt nicht »als Bühne für junge Rechte« dienen, wie es der derzeitige Bürgermeister Wolfgang Eckardt formulierte.

Flashback

»Februar 1944 – Russlandfeldzug: 50.000 deutsche Soldaten und europäische Freiwillige sind im Kessel von Tscherkassy von einer überwältigenden Übermacht der Roten Armee eingekesselt. (...) Durchbruch oder Tod – eine andere Lösung gibt es nicht.« Was der neonazistische Liedermacher Michael Müller aus Amberg mit sehr pathetischem Text besingt, ist Anlass für die jährliche Veranstaltung. Es handelt sich um den Jahrestag des Ausbruch diverser Wehrmachts- und Waffen-SS-Verbände, darunter die »5. SS-Panzerdivision Wiking« und die »28. SS-Freiwilligen Sturmbrigade Wallonie« unter Léon Degrelle, aus einem Kessel westlich der ukrainischen Stadt Tscherkassy am 17. Februar 1944. Dieser Ausbruch, bei dem von den 50.000 Soldaten 30.000 starben, wird von Protagonisten des Gedenktreffens als Beweis für »die Überlegenheit des Wollens der europäischen Soldaten gegenüber den anstürmenden Sowjets« interpretiert und gefeiert.

»Staffelübergabe hat stattgefunden«

Neben dem Gedenken an die »gefallenen Kämpfer« war es stets betontes Ziel, das ideologische Gedankengebäude der Waffen-SS an die folgenden Generationen weiterzugeben: »Kameradschaftliche Treue« in einer »klassenlosen Garde«, militanter Anti-Kommunismus und völkischer »Pangermanismus«, der die Waffen-SS und im Speziellen die sog. »pangermanische« Parade-Einheit »Wiking«, als Ursprung des Europa-Gedankens projiziert. Und dieses Ziel der »Weitervermittlung« scheinen die Akteure erreicht zu haben, wie die Erfolgsmeldung – die »Staffelübergabe« habe stattgefunden – eines Redners im Rahmen der Gedenkfeier im Februar 2003 widerspiegelt. Als zentrale Figur ist der 1950 geborene Nürnberger Arthur Meyer zu benennen. Er ist Vorsitzender der »Kameradschaft der ehemaligen Tscher-

kassy-Einheiten« und organisierte seit 1995 maßgeblich die jährlichen Treffen. Meyer trat u.a. als Autor in den Zeitschriften »Der Freiwillige«, dem Organ der »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS« (HIAG) bzw. in der »Nordischen Zeitung«, die von der »Artgemeinschaft« herausgegeben wird, auf. Mit Patrick Agte, Editor der Zeitschrift »Der Freiwillige«, dem Schweizer Stefan Kernern, Mitarbeiter der HIAG-Unterorganisation »Militärhistorische Arbeitsgemeinschaft« und der »jungen wallonischen Kameradin« (Der Freiwillige) Vincianne Creuven-Lambert, die für die konservative belgische Partei »Chrétiens Démocrates Francophones« bei den Regionalratswahlen 2004 kandidierte, traten bei den Veranstaltungen weitere Redner der »Nachkriegs-Generation« auf. Unter den Teilnehmern sammelten sich zudem Aktivisten »Freier Kameradschaften«, z.B. aus Sachsen-Anhalt und Bayern, Mitglieder der NPD, bspw. aus Nordrhein-Westfalen, und Personen aus dem Spektrum der »Artgemeinschaft«. Diese hier skizzierte Entwicklung wirkte sich nicht nur als Verjüngungskur für die Treffen aus, auch die Teilnehmerzahlen stiegen wieder an, nachdem sie zunächst aus biologischen Gründen zurückgingen. Im Jahr 2004 nahmen so wieder etwa 300 Personen teil.

Urlaub »im fränkischen Westgau«

Auf maßgebliche Initiative von Dr. Andreas Schwarz aus Bayreuth, dem Vorsitzenden der TK der »88./ 323. Infanterie-Divisionen«, wurde mit Vertretern der relevanten Waffen-SS-Traditionsverbände im Dezember 1974 die »Kameradschaft der ehemaligen Tscherkassy-Einheiten« gegründet. In Bad Windsheim hatte das Treffen erstmals im Jahr 1975 stattgefunden. Im Februar 1977 folgte die Einweihung eines Tscherkassy-Gedenksteins in der zentral gelegenen Parkanlage am Friedhof in Bad Windsheim. Vorgenommen wurde die Zeremonie u.a. von General a.D. Otto Wöhler, der im Oktober 1948 im sog. OKW-Prozess u.a. wegen Zusammenarbeit mit der »Einsatzgruppe D« zu acht Jahren Haft verurteilt wurde. Als Vertreter der Stadt gab der dritte Bürgermeister Peter Strauß die Zusage, dass »das Ehrenmal in die pflegliche Obhut« genommen werde.

Das jährliche Tscherkassy-Treffen, aber auch Gedenkveranstaltungen anderer TKs, wie bspw. der »6. SS-Gebirgsdivision Nord«, stießen in Bad Windsheim auf wohlwollende Resonanz. Bürgermeister standen als Redner zur Verfügung und die Stadtratsfraktionen waren zumindest durch Abordnungen vertreten. Exemplarisch für den Umgang mit den Treffen soll hier die Stellungnahme des SPD-Bürgermeisters Otmar Schaller aus dem Jahr 1982 angeführt werden, der die Teilnehmer einer Waffen-SS-Gedenkveranstaltung lobte, da sie sich »seit Jahren ordentlich und sauber benommen« hätten. Er forderte, dass man nicht »den Käse von gestern aufrühren« und »kein Theater daraus« machen solle. In »Der Freiwillige« inserierte eine örtliche Brauerei, die für die Stadt »im fränkischen Westgau« als Urlaubsziel warb. Erst ab den 90er Jahren begann vor Ort bezüglich der Waffen-SS-Treffen ein Umdenken. Als ursächlich hierfür ist aber nicht eine Sensibilisierung hinsichtlich der nationalsozialistischen Vergangenheit zu erkennen, sondern vielmehr die Angst vor Negativ-Schlagzeilen über die Kurstadt. Dabei spekulierte die Stadt fälschlicherweise auf die biologische Lösung der Veranstaltung.

Inwieweit es sich bei dem »Wirbel« um das diesjährige Waffen-SS-Treffen, wie es eine Regionalzeitung formulierte, um mehr als ein provinzielles Strohfeuer handelt, wird sich zeigen. Definitiv aber wird im Zentrum Bad Windsheims - so kündigt es der CSU-Ortsvorsitzende Dieter Hummel, selbst ehemals Autor in der Jungen Freiheit, an - ein Mahnmal für die »Gefallenen und Vermissten« der Stadt während des Zweiten Weltkrieges erstellt werden. Angesichts der Behauptung des bereits erwähnten Peter Strauß, wonach es in Bad Windsheim über 200 Familien gebe, deren Angehörige Mitglieder der Waffen-SS waren, dürften dann – zumindest zum Gedenken an die einheimischen Waffen-SS'ler – zwei Lokalitäten zur Verfügung stehen. ■

[1] Der SS-Führer Léon Degrelle erhält von Hitler diverse Orden verliehen. Ein verlustreicher militärischer Ausbruch seiner Sturmbrigade im Februar 1944 gibt den Anlass des Gedenktreffens.

Kulturrevolution im Neonazilager

»HipHop wird schneller weiß als man denkt«, titelte bereits 2001 die »Bravo des Rechtsrock«, Rock Nord. In diesen Zeiten der kulturellen Neuausrichtung der Neonaziszene – Skinheads verloren den Alleinvertretungsanspruch und Blackmetal und Hatecore wurden dominierende Jugendkulturen in der extremen Rechten – forderte die Rock Nord unverhohlen, auch den letzten Damm brechen zu lassen.

HipHop als explizit schwarze Musik sollte von Rechts besetzt werden um, auch in dieser Jugendkultur agitieren zu könnnen. Da allerdings der Rock Nord kaum politische Bedeutung in der Neonazibewegung zufällt, blieben diese Forderungen weitestgehend ungehört und auch 2005 lässt »Nazi-HipHop« weiter auf sich warten. Allerdings ist dafür in der Szene eine rege Diskussion um HipHop im Speziellen und einen völkischen Kulturbegriff im Allgemeinen entbrannt. Hier stehen völkische Hardliner unversöhnlich »jugendbewegten Modernisierern« gegenüber. Zwischen diesen Stühlen agieren diverse Strategen und Führungskader, die für ihre Ziele und Mobilisierungen eine breite Basis brauchen und denen somit jedes Agitationsmittel recht ist.

Doch auch die Popkultur bleibt indes nicht auf der Stelle stehen. Haben Bands wie Mia, wenn auch in einer naiven Verklärtheit, sich unlängst die Renationalisierung der Pop- und Alltagskultur auf die Fahnen geschrieben und die Diskussion um Radioquoten für deutsche Popmusik zur Patriotenfrage erklärt, so schwappt bereits die nächste Welle in dieselbe Richtung. Nationalistischer HipHop von Artists wie z.B. Fler greift diese nationalen Töne auf und verstärkt sie durch die im HipHop üblichen aggressiven Ausgrenzungsbestrebungen. Wird die Diskussion der Neonazis also von der Realität eingeholt, oder ensteht eine Art »neue Rechte« in der Popmusik, die aus einer gefährlichen Mischung aus Naivität und Marketingerwägungen die nationale Karte spielt, um im Gespräch zu bleiben?

Neonazikultur bisher

Noch Anfang der 80er Jahre gab es kaum Diskussionen um einen rechten Kulturbegriff in der Neonaziszene. Damals war die Szene auch keine Jugendbewegung und statt Diskussionen um verschiedene Musikrichtungen und Kleidung wandte man sich der Politik zu. In Organisationen wie FAP, NF und der Wikingjugend ging es als Minimalziel um die Aufrechterhaltung und Festigung eines völkischen Weltbildes, und zwar durch und durch. Als Fernziel stand die Wiederzulassung der NSDAP als Massenbasis für die erneute völkische Revolution auf dem Programm. Unter Kultur verstand man unter diesen Vorzeichen alles originär Deutsche. Somit hatte von bündischer Lagerfeuerromantik über Volks- und Marschmusik bis hin zu Klassik à la Wagner alles seinen angestammten Platz. Nicht mehr und nicht weniger.

Erste Kratzer bekam diese überschaubare Einheitskultur durch das massenhafte Auftreten von Skinheads in der Szene. Denn mit den Skinheads kam die Rockmusik. Rockmusik, die ihre Wurzeln unter anderen im Jazz und im Rhythm & Blues hatte, also alles andere als »arisch« war. Doch dieser Umstand war nur kurzzeitig ein ernstes Problem, denn man einigte sich schnell auf die Formel, dass die von den rechten Skinheads konsumierte Rockmusik mitnichten etwas

[1]

Links: Teilnehmer einer nationalen Demonstration 2003 - Äußerlich von liberaler Spaßgesellschaft beeinflußt
Rechts: Typologisch vorbildlicher deutscher Nationalist

Volk in Bewegung 3/2003

[2]

mit ihrem amerikanischen Original gemein hätte, sondern eine völlige Neuerfindung von Ian Stuart Donaldson (Sänger der Neonaziband Skrewdriver) sei. Also durch und durch weisse Rockmusik als Gegenentwurf zum amerikanischen »One-World-Einheitsbrei«. Mit dieser Erklärung gab sich ein Großteil der Szene dankbar zufrieden, wohl auch, da niemand das erhebliche Personenpotenzial der rechten Skinheads für immer ausgrenzen wollte.

Kaum mehr zu halten war dieser Kulturbegriff, als spätestens ab Mitte der 90er in diversen anderen Jugendkulturen massive rechte Strömungen sichtbar wurden. So gab es mindestens im Darkwave und im Blackmetal kaum zu leugnende Personenpotenziale, die offen mit der neofaschistischen Szene liebäugelten. In der rechten Szene selbst gab es andererseits einen nicht zu verachtenden Anteil, der gerne von rechts besetzte Punk/Hardcore-Musik sähe. Wurde beim Darkwave, gerade durch die Herausbildung des antimodernen Neofolk, noch eine relativ große Übereinstimmung mit dem völkischen Kulturbegriff konstruiert, so gelang dies bei Blackmetal oder gar Hardcore nicht mehr. Nach langen Diskussionen und der schliesslichen Aufgabe der Blockadehaltung seitens der Skinheadszene einigte man sich schließlich auf einen Kompromiss, der einen absoluten Paradigmenwechsel bedeutete und zur Herausbildung der rechten Jugendbewegung führte, wie wir sie heute vorfinden. »Es soll keinen mehr interessieren zu welcher Szene man gehört, sondern was er für uns, unsere Art und unsere Heimat tut.« (Der Ruf nach Freiheit, 4/2001, S.46) hieß die Konsensformel, die den Aufbruch in eine neue kulturelle Ära markierte. Anfangs wurde die Bedeutung dieses Kompromisses von der völkischen Hardliner-Fraktion, die vor allem durch die Skinheadszene schon an rechte Rockmusik gewöhnt war, absolut unterschätzt und nicht weiter torpediert. Erst als neben den verschiedenen Musikrichtungen auch diverse andere jugendkulturelle Merkmale wie Piercings, Tätowierungen und bunter Alternativlook in die Bewegung Einzug hielten, dämmerte es den ersten und leiser Protest erhob sich. Doch aufzuhalten war diese Entwicklung nicht mehr. Vor allem der Duldung durch damalige Führungskader wie Christian Worch und Thomas Wulff war es wohl geschuldet, dass diese zaghaften Proteste der völkischen Strategen meist ungehört blieben. Insbesondere Christian Worch hatte zwar auch immer wieder seinen Unmut über derartige Entwicklungen bekundet, aber keinerlei Konsequenzen für seine Politik daraus abgeleitet. Auch die NPD, die als Organisation am ehesten hätte Einfluss nehmen können, entschied sich für steigende Mitgliederzahlen. Zu verlockend war anscheinend das stark gestiegene Mobilisierungs- und Agitationspotenzial durch die Öffnung in der Kulturfrage. Es wurde nach dem Motto: »erstmal irgendwie integrieren und später auf Linie bringen« verfahren. Der ungeheure Personenzuwachs und die Masse der somit durchzuführenden Aufmärsche schien ihnen Recht zu geben. Erst später setzte sich die Erkenntnis langsam durch, dass man so zwar eine breite Basis erreichen konnte, diese aber ideologisch mindestens ebenso so ausdifferenziert ist, wie kulturell.

Lediglich um Jugendkulturen, mit denen offensichtlich überhaupt keine Übereinstimmung zu einem völkischen Weltbild konstruiert werden konnte, wurde nach wie vor ein großer Bogen gemacht und Subkulturen wie HipHop und Reggae blieben als »schwarze« Kulturen aussen vor.

→

[1] Der Neonazi Stephan Sieben im Punk-Outfit als Ordner bei einem Neonazi-Aufmarsch am 2. April 2005 in München.

[2] Wenig Verständniss für jugendkulturelle Eskapaden zeigt die Neonazi-Zeitschrift »Volk in Bewegung«. Faksimile aus der Ausgabe 3/2003.

[1]

Diskussion um HipHop

Unter der Oberfläche schien es aber zeitweise heftig zu brodeln. So veröffentlichte die Rock Nord bereits im Jahre 2001 einen aus vielerlei Hinsicht bemerkenswerten Beitrag unter der Prämisse »HipHop wird schneller weiß als ihr denkt«. Zum einen bemerkenswert, da die Rock Nord als klassische Skinheadzeitung nicht gerade offen für andere Jugendkulturen schien und darüber hinaus auch nicht gerade als Speerspitze der politischen Avantgarde in der rechten Sezene galt. In dieser Veröffentlichung stellte die Rock Nord die Frage, ob HipHop nicht von Rechts zu besetzen sei und beschwor eine baldige Herausbildung von neonazistischem HipHop herauf, den es in Ländern wie Frankreich und den USA schon vereinzelt gab. Interessanterweise wurde aber schon zu dieser relativ frühen Zeit nicht einmal ansatzweise der Versuch unternommen, eine Übereinstimmung mit einem völkischen Kulturbegriff zu konstruieren. Ob dieses aus Nichtvorhandensein eines solchen oder aus politischem Kalkül geschah, darf hinterfragt werden.

Diese Diskussion wurde allerdings 2001 fast ausschliesslich von bürgerlichen bis antifaschistischen Medien rezipiert und fand, wohl auch aufgrund der geringen Bedeutung der Rock Nord für die politische Szene, in der extremen Rechten selbst kaum Beachtung.

Erneut angestoßen wurde die Diskussion zwei bis drei Jahre später in diversen rechten Medien, vor allem im Internet. Diesmal waren es politische AktivistInnen, die die Diskussion erneut anheizten. Es brach ein offener Streit aus, in dem völkische Traditionalisten, Oldschool-Skinheads und scheinbare Modernisierer hart aufeinanderprallten. Die Diskussion erinnerte stark an die Diskussionen um die Integrierung der Skinheadkultur und des Black Metals in die Bewegung. Anders nur, dass die »Modernisiererfraktion« ähnlich der Rock Nord nicht die geringsten Anstrengungen mehr unternimmt, HipHop in ein völkisches Weltbild einzuordnen. Vielmehr wird konsumierte und gelebte Kultur getrennt; also HipHop hören und zu Volksmusik im Kameradenkreis tanzen. Ähnlich ist auch das Verhalten der politischen Kader in dieser Diskussion, sie ziehen sich erneut auf eine rein taktische Position zurück und begrüßen zwar nicht den Schritt hin in Richtung des gefürchteten Zeitgeists und der MTV-Kultur, sehen aber durchaus eine erneute Verbreiterung der Basis im Bereich des Möglichen. Auch wenn die Integration von Skinheadkultur und die Öffnung in Richtung der anderen Subkulturen schon mehrfach das Gegenteil bewiesen haben, glauben die Vertreter dieses Standpunktes immer noch an das nachträgliche Anerziehen von völkischen Kulturwerten. Doch auch wenn diese Diskussion mitlerweile an einem Punkt angekommen ist, wo man die Schaffung von Tatsachen erwarten dürfte, scheint es einfach keine neonazistischen HipHop-Bands zu geben, die diese Funktion übernehmen könnten und es muss sich so mit dem Hören von meist unpolitischem Mainstream-Rap begnügt werden. Diese Zeit nutzen völkische Gruppen massiv, um den endgültigen Untergang der deutschen Einheitskultur in der Szene heraufzubeschwören. In Zeitungen wie der »Jugendwacht« und »Volk in Bewegung« schwören sie ihre Anhänger auf deutsche Lebensweise und ihre Art der Leitkultur in endlos fortgesetzten Serien zu deutscher Kultur regelrecht ein. Im Verlaufe dieser Diskussion zeichnete sich schließlich ab, dass gerade die ursprünglichen Befürworter des HipHops mitlerweile eher zwischen den Stühlen zu stehen scheinen. Die meist jugendlichen Kameradschaftsaktivisten propagierten neonazistischen Rap nämlich nicht ausschließlich als taktisches Mittel im politischen Kampf, sondern sahen ihn vielmehr als integralen Bestandteil der eigenen Alltagskultur und Identität. Dabei konnten sie mit dem Widerspruch zwischen völkischem Weltbild und eigener subkultureller Verortung anscheinend sehr gut leben.

Identitätsentwicklung

Es scheint also, als würde dieser Teil der Neonaziszene keine Abkehr vom völkischen Weltbild und damit vom Hitlerismus der klassischen Neonazibewegung propagieren, sondern einfach mehrere Identitäten ausleben. Zum einen die Identität als Neonazi und zum anderen die Identität als urban geprägter Jugendlicher im Zeitalter von Markenfetischismus und MTV. Zwischen diesen Identitäten wird je nach Alltagssituation und momentaner Lebensweise hin- und hergewechselt, auch wenn sie zueinander offen im Widerspruch stehen. Dieses Phänomen bleibt dabei nicht auf die Neonaziszene beschränkt, sondern ist kennzeichnend für jugendliche Identitätskonstruktionen in der Postmoderne. Soziologen sprechen hier von Pat-

chworkidentitäten. Die auftretenden Widersprüche zwischen diesen multiplen Identitäten werden für den Einzelnen nicht thematisiert, da sie Teil seiner gesamten Sozialisierung, also der gelebten Identität sind. Somit sind es auch nicht die einzelnen Subjekte, die sich ja der Widersprüche ihrer Identitäten durchaus bewusst sind, die über selbige diskutieren, sondern eine Bewegung, die auf Uniformität und Kollektivität als Grundpfeiler ihrer Ideologie angewiesen ist. Über HipHop diskutieren also nicht an vorderster Front diejenigen, die ihn einfach nur hören, sondern diejenigen, die ihn ablehnen und die, die ihn als politisches Werkzeug dulden würden. Die Frage ist also nicht, wie viele Widersprüche das einzelne Subjekt verträgt, sondern wieviel Individualisierung die gesamte Bewegung verträgt, in der diese Widersprüche offen und auffallend zu Tage treten.

Tritt jetzt also zehn Jahre nach ihren Verboten das Fehlen von Wiking-Jugend und Co. offen zu Tage? Wurde das gemeinsame Erleben einer Sozialisierung nach völkischem Muster durch den langen Atem von MTV und »One-World-Einheitsbrei« ersetzt? Einiges spricht dafür, dass der Zeitgeist auch die Neonazis eingeholt hat. Besonders deutlich werden diese Widersprüchlichkeiten am Beispiel der kürzlich verbotenen Berliner Kameradschaft Tor und ihrer Mädelgruppe. Diese Gruppierungen symbolisieren in der Neonaziszene nach außen wie kaum eine andere Gruppierung die Modernisierungsbestrebungen und das Anpassen an eben diesen Zeitgeist. Sie treten in modernem Outfit auf, spielen aktuelle Popmusik auf ihren Demonstrationen und haben sich vor Ort in Berlin dem Ausgestalten von erlebnisorientierter Alltagskultur verschrieben. Doch wer hier eine Art »Popnazi-Strömung« wähnt, betrachtet nur eine Seite der Medaille. So offensichtlich ihr Auftreten in Berlin in diese Richtung geht, so sehr überraschten sie spätestens in Wunsiedel 2004. Ist das Auftreten der KS-Tor in Berlin auf grafittiähnliche Aufkleber mit englischen Parolen beschränkt, liefen die selben Personen getreu dem historischen Vorbild der SA in Wunsiedel in weißen Hemden und Kniebundhosen auf. Gab sich die Mädelgruppe auf der Straße modern und gleichberechtigt, so zeugten die Texte auf ihrer Homepage vom krassen Gegenteil. Hier fand man vor allem das klassische völkische Rollenbild wieder und nichts von dem modernisierten Frauenbild, was offensichtlich gelebt wurde. Wurden sie von außerhalb Berlins wegen dieser Widersprüche oft angefeindet, konnten sie anscheinend gut damit leben und haben sie für sich nicht weiter thematisiert. Es bestand kein Widerspruch zwischen donnerstäglichem Volkstanz und »abhotten« zu Ärzten und Juli auf Aufmärschen in Berlin. Gerade ein führendes Mitglied der Mädelgruppe repräsentiert diese Patchwork-Identität eindrucksvoll. Madlen Hopp tritt auf Demonstrationen im sog. nationalen schwarzen Block auf, bekleidet mit weiten Jeans, Basecap und Windbreaker tanzt sie zu Juli und den Ärzten. In Internetforen plädiert sie für eine Öffnung in Richtung anderer Jugendkulturen. Doch nicht nur in der Mädelgruppe ist sie tätig. Gleichzeitig wird sie zum Umfeld von Jens Pakleppa, dem Herausgeber der Jugendwacht, gezählt.

Fazit

Die Frage, wie viele Widersprüche eine Bewegung vertragen kann, lässt sich an dieser Stelle schwer beantworten, da die Frage, wie sich die Kaderstruktur auf lange Sicht verhalten wird, noch nicht endgültig beantwortet ist. Wird sie zugunsten einer Massenbewegung weiter die »Modernisierer« tolerieren, droht keine wirkliche Spaltung der Szene. Höchstens eine weitere Isolation der streng völkischen Kräfte steht in Aussicht. Dieses würde aber die Bewegung höchstens eines weiteren Fragments ihrer gemeinsamen Identität berauben, aber nicht zu einer generellen Schwächung führen, da diese Kräfte politisch einfach zu unbedeutend sind. Sollten sich die Führungskader doch noch auf die andere Seite schlagen, besteht allerdings die ernsthafte Option auf eine Spaltung zwischen »Realpolitikern« und »Fundies«, da es für einen Großteil der Szene schwer werden dürfte, ein Hauptmoment ihrer Sozialisierung und ihres kulturellen Alltags über Bord zu werfen. Auch eine Beibehaltung des Status Quo ist denkbar. In einer Szene die größtenteils zutiefst antiintellektuell ist, gibt es natürlich auch nur eine sehr geringe Motivation, sich über einen Kulturbegriff auf dieser Ebene auseinanderzusetzen.

Bei der Betrachtung dieses Phänomens spielt auch die Herkunft der Protagonisten eine erhebliche Rolle. So mag eine Diskussion um urbane Erlebniskulturen für Großstadtjugendliche eine Rolle spielen. Für ländlich geprägte Jugendliche hat diese Dis- →

[1] Richtungsstreit in der Neonazi-Szene, ausgetragen auf T-Shirts am 1. Mai 2005 in Leipzig.

kussion mangels Angebot keine praktische Relevanz. So entpuppt sich dann vielleicht auch manch scheinbarer völkischer Vorkämpfer als »bodenständiger« Verteidiger der Dorfgemeinschaft.

Sollte dieser Diskurs jemals ein Ende finden, in welche Richtung auch immer, so werden weitere derartige Diskurse folgen. Denn nach wie vor muss die Neonazibewegung einen ganz extremen Spagat zwischen Anspruch und Wirklichkeit vollziehen. Gerade eine Bewegung, deren Kernpunkt die Erschaffung eines komplett neuen Menschenbildes ist, wird von ihren Anhängern natürlich auch an diesem Menschenbild gemessen. Dieser Zwickmühle entkam man in der Vergangenheit damit, dass man junge Menschen bereits in der Frühzeit ihrer Entwicklungsphase abholte und das Wertesystem des Nationasozialismus überstülpte. Da derartige Organisationen heute nicht mehr auf breiter Basis existieren, muss sich die Neonazibewegung natürlich mit dem zufrieden geben, was agitierbar ist. Und genau dieses Potenzial ist meist in einem Alter, in dem ein Teil seiner Identität bereits ausgebildet ist und es lassen sich höchstens noch gewisse Erweiterungen vornehmen. Es ist zu diskutieren, ob diese Archillesferse der Bewegung ein wirksamer Ansatzpunkt für antifaschistische Bestrebungen sein kann. Der Zug für eine direkte wirksame Intervention in den meisten Jugendkulturen scheint zwar bereits abgefahren zu sein, aber es muss Aufgabe der Antifa-Bewegung sein, über den eigenen Szene-Tellerrand hinauszuschauen und nicht-rechte Jugendkulturen zu stärken und Kultur nicht nur als selbstreferentielles Agitationswerkzeug zu sehen, sondern gerade im ländlichen Bereich als praktische Alternative zu rechten Erlebniswelten zu begreifen. ■

Per Überholspur ins nationale Lager

Während die Neonaziszene noch über die generelle Duldung von HipHop im Speziellen und Popmusik im Allgemeinen diskutiert, scheinen gewisse Entwicklungen in der Popmusik selber in genau diese Richtung zu gehen. Nach der Debatte um deutschnationalen Pop anhand der Wandlung der Band Mia von der unpolitischen Elektroband zur Vorreiterin eines neuen Nationalbewusstseins in der Popkultur, beförderte uns die Diskussion um eine Radioquote für deutsche Popmusik auf ein neues Level der Deutschtümelei. Plötztlich war es nicht mehr die Popularität von Popmusik, die ihren Wert bestimmte, sondern der nationale Faktor. Die Charts waren also nicht mehr Spiegelbild der sonst von den selben Leuten propagierten Kräfte eines freien Marktes, sondern Produkt einer angloamerikanischen Kulturindustrie, die keinen Platz für deutsche Wertarbeit mehr lässt. Dass diese Diskurse nicht auf die eher seichte Popmusik beschränkt bleiben würden, sondern auch ihren Widerhall in Subkulturen erleben dürften, war abzusehen. So platzte vor allem die Veröffentlichung der CD »Zyklon D – Frontalangriff« der Dessauer HipHop Crew »Dissau Crime« wie eine Bombe zwischen die Diskussionen um nationalen Pop und Nazirap. Mit Texten, wie man sie nur aus dem Bereich des Rechtsrock kannte, präsentierte sich die Dessauer Crew als Gegengewicht zu den allmächtig erscheinenden Berliner Battle-Rappern. So wollte man die Texte auch nicht als rechtsradikal verstanden wissen, sondern als weiteren Tabubruch auf dem Weg zum ultimativen Diss. Taugten Sexismus und Homophobie schon lange nicht mehr als Provokation, so kam man hier auf die konsequente Idee, es einmal mit Nazitexten zu versuchen. Auch wenn Antisemitismus und Nationalismus 2005 beileibe kein Tabubruch mehr sind, sondern fester Bestandteil jugendlicher Alltagskultur, ging die Rechnung doch auf. Die Medien stürzten sich auf die in einer Auflage von 50 Stück erschienene Scheibe und diskutierten fleissig darüber, ob dies jetzt endlich Nazirap sei oder nicht. Auch wenn man einmütig zu der Erkenntnis kam, dass dies sicher kein Nazirap im Sinne der oben dargestellten Diskussion sei, sondern eher ein aufgegangenes Kalkül von kompletten Vollidioten, so dürfte dieser Dammbruch nicht allzu lange ohne Folgen, sprich Nachahmer bleiben. Auch wenn Dissau Crime, wohl vor allem wegen der absoluten musikalischen Gruseligkeit ihrer Debut-CD, sowohl in der HipHop Szene als auch in der Naziszene so gut wie unbeachtet blieben und nicht einmal alle 50 CDs verkauft haben, haben sie die Tür unwiderruflich geöffnet, indem sie ein scheinbares Tabu erstmals gebrochen haben. Auch andere Rapper standen, wenn auch gemäßigter, in den Startlöchern, um aus mangelnder Qualität die deutschnationale Karte auszuspielen. So ist das kürzlich erschienene Album »Neue Deutsche Welle« des Berliner Rappers Fler ein weiterer Schritt in Richtung Nationalisierung der Popmusik. So bezeichnet Fler als Abgrenzung zu den meisten anderen Berliner Rappern, die nicht deutscher Abstammung sind, seine Musik als Neue Deutsche Welle und tritt in Schwarz-Rot-Gold mit Reichsadler um den Hals auf. Unabhängig von der Reaktion der organisierten Neonaziszene wird er vielen Kids aus der Seele sprechen, die lange schon vor der scheinbaren Übermacht ausländischer MCs kapitulieren und sich nicht mit HipHop als Kultur der MigrantInnen abfinden wollen. Nun ist Fler sicher kein strammer Nationalist und arbeitet mit Migranten zusammen, jedoch kommt es in dieser Diskussion weniger auf die Intention der Künstler als vielmehr auf die Rezeption des Publikums an, und das besteht eben nicht nur aus urban geprägten Ghettokids, sondern zum Großteil aus pubertären Mittelschichtsjugendlichen, die für die nationalistischen Messages offen sind. Solange es noch keinen wirklichen Nazirap gibt, werden derartige Bestrebungen die Diskussion in der Neonaziszene auf jeden Fall dadurch beeinflussen, dass zumindest die Option auf nationale Rapmusik am Leben gehalten wird und durch Mainstreamkünstler unterfüttert wird. Auch die zu erwartenden Charterfolge werden die Strategen einer Massenbewegung aufhorchen lassen und nationalen Rap als gangbare Option erscheinen lassen. Auf der anderen Seite wird die durch diese Musik vorpolitisierte Kundschaft offener für echten »White Power« Rap sein, als durch »Türken-Rap« à la Savas und Co. geprägte möchtegern Gangster. So scheint die Frage nach nationalem Rap von Seiten des Mainstreams nicht mehr eine Frage von Inhalten und Aussagen, sondern eher von musikalischen Qualitäten geworden zu sein. ■

»Dortmund ist unsere Stadt«

Hintergründe neonazistischer Aktivitäten in Dortmund

»Das musste in Dortmund früher oder später einfach passieren«, erklärt ein Punker am Rande einer antifaschistischen Demonstration am 2. April. 4.000 Menschen sind gekommen, hauptsächlich Antifas, Punks, junge Leute. Alle eint die Trauer und die Wut - und die Einschätzung, dass die neonazistische Szene in der größten Stadt Westfalens nicht nur die aktivste in NRW, sondern auch besonders militant ist. Der verbalen Militanz, an die man sich in den letzten Jahren beinahe schon gewöhnt hatte, war einmal mehr die Praxis gefolgt, diesmal mit tödlichem Ausgang.

Überregional jedoch war in den Medien kaum etwas über den Mord in Dortmund zu erfahren. Und auch in Dortmund war das Thema bereits nach einer Woche aus den Medien verschwunden. Exakt hierauf setzen die lokale Neonazis: »In einigen Monaten stehen die Dortmunder Punks wieder ohne bundesweite Unterstützung da«, schrieb ein »Gregor Weber« zwei Tage nach dem Mord auf der Homepage des »Freien Widerstandes«. »Die Machtfrage wurde gestellt und wurde für uns befriedigend beantwortet: Dortmund ist unsere Stadt!« Ganz ähnlich der Jargon auf Plakaten, die nach dem Mord geklebt wurden: »Wer der Bewegung im Weg steht, muss mit den Konsequenzen leben!« Presserechtlich verantwortlich zeichnete der Kölner Axel Reitz, zentrale Figur des »Aktionsbüros Westdeutschland« (»AB-West«), eines Zusammenschlusses einiger »Freier Kameradschaften« in NRW. Nach Einschätzung der Dortmunder Antifa gehören sowohl die Autoren der »Weber«-Stellungnahme, als auch die Plakatersteller zum Spektrum der »Autonomen Nationalisten östliches Ruhrgebiet« (a.n.ö.r), die eng mit der »Kameradschaft Dortmund« verbandelt sind. Die a.n.ö.r sind ebenso wie ihr ähnliche Gruppen aus Duisburg und Wuppertal/Mettmann sowie die »Kameradschaft Dortmund« Teil des »AB-West«.

Der Text jenes »Weber« verschwand nach ein paar Tagen wieder aus dem Internet. Ersetzt wurde er durch eine Stellungnahme von Siegfried Borchardt, Chef der Dortmunder Neonazi-Szene. Der 51jährige war Gründungsmitglied und »Kopf« der heute nur noch als Partygastgeber auftretenden neonazistischen Hooligan-Gruppe »Borussenfront« und stellvertretender Bundesvorsitzender der FAP. Sein Wort gilt in der Szene. »Haltet den Ball flach«, befahl er seinen Kameraden just am Tag der antifaschistischen Demonstration. Den Mord nannte er einen »traurigen Vorfall« und ein Resultat einer »Auseinandersetzung zwischen jugendlichen Gruppen«, vergaß aber nicht, deutlich zu machen, auf wessen Seite er steht: »No tears for punks«. Offenbar befindet er sich auf einer Gratwanderung.

Auf der einen Seite steht das Streben nach Hegemonie auf der Straße und eine (verbale) Militanz, die nötig ist, um das Fußvolk bei der Stange zu halten. Auf der anderen Seite das Bemühen, den Bogen strafrechtlich nicht zu überspannen, um den Laden nicht in Gefahr zu bringen.

Es ist Ostermontag, kurz nach 19 Uhr, als ein junger Neonazi in Begleitung seiner Freundin in der U-Bahn-Station Kampstraße auf einige Punks trifft. Einer von ihnen, Thomas Schulz, von seinen Freunden »Schmuddel« genannt, will die Sprüche des Neonazis nicht kommentarlos hinnehmen, geht alleine zu ihm, stellt ihn zur Rede. Plötzlich zückt der 17jährige ein Messer und sticht zu, trifft Schmuddel ins Herz. Der Täter flüchtet, wird wenig später aber festgenommen. Schmuddel stirbt auf dem Weg ins Krankenhaus. Der Täter, laut Polizeiangaben »bislang eher als Mitläufer der sog. ‚rechten' Szene in Erscheinung getreten«, sitzt seitdem in Untersuchungshaft. Bereits fünf Wochen nach der Tat erhebt die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Mordes.

➔ **»Der Siggi«**

Samstag, 11 Uhr. In einer Stunde beginnt einer der vielen Aufmärsche in Dortmund: »Zwei Flaschen Wasser«, ordert ein junger Skin an einem Kiosk auf der Mallinckrodtstraße: »Der Siggi hat Brand.« Die Frau hinter der Theke und zwei Kunden lachen. Man kennt »den Siggi« hier. »Ist wohl spät geworden«, merkt ein unscheinbarer Mittvierziger an, den man dann später auf dem Aufmarsch wiedersieht. Der Skin nickt und zahlt. Das Geld wird er wohl nicht zurückbekommen, jedenfalls nicht vom Siggi. Schon mehrfach wurde dem die »Sozi« gestrichen, niemand weiß so recht, wovon er eigentlich seinen Bierkonsum und wöchentliche Reisen zu Aufmärschen finanziert. Mehr als zwei Dutzend Verurteilungen hat Borchardt von 1976 bis 2001 gesammelt. Vor zwei Jahren kam eine weitere auf Anzeige des ehemaligen Kroatien-Söldners Michael Kratz zustande, eigentlich ein »Vorzeigekamerad«, so Borchardt. Als Türsteher einer Kneipe hatte Kratz aus Angst um seinen Job Borchardt samt Anhang den Zugang verwehrt. Am nächsten Morgen trat ihm der Abgewiesene die Wohnungstür ein und verprügelte ihn. »Ein ganz normaler Streit unter Freunden« verteidigte sich der Schläger, der einmal mehr das Szene-Image der »Kameradschaft«, ganz besonders »asi« zu sein, eindrucksvoll bestätigt hatte.

Sein Leitbild beschrieb der »Nationale Sozialist im freien Widerstand«, wie »SS-Siggi« sich selbst nennt, Anfang 2005 bei einer Veranstaltung der holländischen Sektion von »Blood & Honour« und der »Racial Volunteer Force« in den Niederlanden. Fotos zeigen ihn als Redner auf einem mit Hakenkreuzfahne, Reichsadler und SS-Totenkopf geschmückten Podium. Borchardt gedachte bei dem Treffen des 80. Jahrestags der Wiedergründung der NSDAP und des 75. Todestages des als SA-Heroen gefeierten Horst Wessel.

[1]

[1] Der Chef: Siegfried »Siggi« Borchardt.

[2]

[2] Siegfried Borchardt (links) Anfang 2005 auf dem Podium bei einer Neonaziveranstaltung in den Niederlanden.

»Dortmund ist unsere Stadt.« Diese Parole »schmückt« auch das Transparent, das die »Kameraden« bei ihren Aufmärschen vor sich her tragen. In keiner anderen Stadt in NRW haben Neonazis in den letzten Jahren so viele öffentliche Aktionen durchgeführt wie in Dortmund. Man fühlt sich stark und sagt dem antifaschistischen Gegner den Kampf an. Es werde »nicht zugelassen, dass auch nur eine einzige Veranstaltung linker und antifaschistischer Kreise ungestraft über die Bühne gehen wird«, hieß es großkotzig beim »AB-West«. Und immerhin kam es schon zu mehreren Aufmärschen und Kundgebungen gegen Veranstaltungen des »Bündnis Dortmund gegen Rechts« und anderer Veranstalter. 30 Personen zählt der Verfassungsschutz NRW zu den »Aktivisten« der lokalen Szene. Für den VS handelt es sich um die größte lokale Szene in NRW. Die Polizei geht gar von einem harten Kern von 70 bis 80 Leuten aus. Das entspricht ungefähr der Zahl der tatsächlich kurzfristig mobilisierbaren Aktiven. Bezeichnend ist, dass Borchardt kürzlich auf einer neonazistischen Demonstration über Lautsprecher zu einer »Kanalparty« am selben Abend lud. Man fühlt sich sicher.

Wie andere Gruppen auch wechselten die Dortmunder im Lauf der Jahre mehrfach ihren Namen. Zumeist nannte man sich »Kameradschaft Dortmund«, eine Zeit lang firmierte man aber auch unter »Völkisch orientierte Gemeinschaft« (VOG). Häufig wird im Namen auch auf die Region Bezug genommen: »Kameradschaft Ruhrgebiet«, »Nationaler Widerstand Ruhrgebiet« oder ähnliches. Wichtiger als das Label ist die Kontinuität der Akteure. Borchardts haftbedingten Ausfall von Herbst 2003 bis 2004 konnten seine langjährigen Stellvertreterinnen Katja Jarminowski und Karin Lenzdorf offenbar mühelos kompensieren.

Angebunden an die »Kameradschaft Dortmund« sind neonazistische Gruppen und Cliquen aus mehreren Dortmunder Stadtteilen, aber auch Neonazis aus den Nachbarstädten und -kreisen, unter anderem aus Bochum sowie den Kreisen Recklinghausen und Unna. Gerne ist man auch beim Aufbau von neuen »Kameradschaften« behilflich, wie u.a. der in Hamm/Westfalen. Überhaupt sind »Siggi« und seine Leute sehr reisefreudig. Kaum eine überregionale Neonazi-Demo im Bundesgebiet, zu der sie nicht anreisen. Nicht nur bei Aufmärschen in NRW stellen die Dortmunder häufig Ordner und Lautsprecherwagen nebst Anlage. Finanziert wurde die neue Anlage im Übrigen aus dem Erlös eines

[1] Neonazi-Aufmarsch in Dortmund am 19. Juni 2004 gegen den Bau eines türkisch-islamischen Gemeindezentrums
[2] Mitglieder der »Kameradschaft Dortmund« sind auf nahezu jedem Aufmarsch anzutreffen.

»Blood&Honour«-Konzerts in Belgien. Mitorganisiert hatte es der Dortmunder Sebastian Seemann, der derzeit in der JVA-Bielefeld einsitzt. Seemann: »Wie ich sagte, fließt der Erlös ohne Ausnahme wieder zurück in die Bewegung.« Es werde von nun an »nach jeder Veranstaltung ein Teil des Erlös an die Kameradschaft Dortmund gehen.«

Für die Rekrutierung des Nachwuchses sorgt in Dortmund u.a. die Band »Oidoxie« um Marko Gottschalk, der gemeinsam mit Carsten Jährling auch als Kameradschaftsführer im Dortmunder Stadtteil Brechten gilt. »Oidoxie« ist fester Bestandteil der Dortmunder Neonazi-Szene. Einerseits sind die Bandmitglieder bei den Aufmärschen präsent, auch als Anmelder, Ordner und Redner, andererseits organisiert die Borchardt-Truppe Solidarität für die sich von Antifas, Presse und Staat verfolgt fühlenden Barden. In dieser Kombination gelang es den Dortmunder Neonazis, zunehmend junge Leute für politische Arbeit zu gewinnen. Das größte Konzert vor Ort fand am 16. März 2002 mit zirka 1.300 Gästen in einer angemieteten Partyhalle in Dortmund-Schüren statt.

Zur Struktur der Dortmunder Neonazis gehört seit der Jahreswende 2002/2003 auch ein eigener Shop: »Buy or Die«. Ladeninhaber Peter Voss ist schon seit seiner Jugendzeit in der neonazistischen Szene aktiv. Inzwischen ist der Szeneladen in ein Nachbarhaus umgezogen und hat einen Namenswechsel vollzogen: »Donnerschlag«. Ein solcher hat den Laden offenbar auch schon getroffen: Die gläserne Eingangstür musste erneuert werden.

Wenig hörte man in den letzten Jahren von der einst recht aktiven NPD und JN in Dortmund. Zwar existiert ein NPD-Kreisverband, dieser entwickelte aber zuletzt keinerlei sichtbare Aktivitäten. Der langjährige Vorsitzende, das NPD-Landesvorstandsmitglied Horst Rosenow, verstarb im Vorjahr 68jährig. Schon einige Jahre zuvor hatte er den Vorsitz an den über 40 Jahre jüngeren Pascal Zinn abgegeben, der in die Strukturen der »Freien« eingebunden ist und gemeinsam mit Reitz die Gründungserklärung des »AB-West« unterzeichnete. Vor der Europawahl im vorigen Jahr gab Borchardt eine »Wahlempfehlung« zugunsten der NPD ab, vor der NRW-Landtagswahl am 22. Mai hielt er sich aber zurück. Von einer deutlichen Unterstützung der NPD war nichts zu spüren, und mit 1,0 bis 1,4 Prozent in den vier Wahlkreisen der Stadt lag die Partei zwar etwas über ihrem Landesdurchschnitt von 0,9 Prozent, blieb aber auch in Dortmund hinter ihren Erwartungen zurück. Borchardt selbst war vom Worch-Flügel der Neonazis als Kandidat der »Freien« auf der NPD-Landesliste befürwortet worden, wollte aber offenbar nicht antreten.

Fazit

Es wird deutlich, dass die Neonazi-Szene in Dortmund vor Selbstbewusstsein strotzt. Sie verfügt über gewachsene Strukturen, mit Borchardt über eine als charismatisch empfundene Führungsfigur und über erfahrene Leute in der zweiten Reihe. Verbunden mit mehreren Neonazi-Cliquen und kameradschaftsähnlichen Strukturen in den Stadtteilen, mit einem großen Fan-Umfeld der Band »Oidoxie« und einem eigenen Szeneladen, weiß sich die Szene anzubieten, insbesondere jungen Leuten. Antifaschistische Gegenwehr war zudem in den letzten Jahren in Dortmund nur sehr schwach entwickelt, was es dringend zu ändern gilt. ■

Unter den Augen der Polizei

Zwei Berlin-Brandenburger Neonazis wurden im Mai 2005 wegen versuchten Mordes zu Haftstrafen von vier bis fünf Jahren verurteilt. Sie hatten im Sommer 2001 ein antirassistisches Jugendfestival mit Brandsätzen angegriffen. Bei den Gerichtsverfahren gegen die Brandstifter kam es zu tumultartigen Szenen vor und im Gericht. Circa dreißig Neonazis aus dem Spektrum der verbotenen Kameradschaften »BASO« und »Tor« versuchten sich gewalttätig gegen AntifaschistInnen Eintritt zu verschaffen. Eine Entwicklung die sich – wie auch die undurchschaubaren polizeilichen Ermittlungen – zu betrachten lohnt.

Was war geschehen? Die beiden 22jährigen Sebastian Dahl und Jeannine Paris waren am 14. Juli 2001 an einem Brandanschlag auf die Bühne des antirassistischen Jugendfestivals »Le monde est à nous« im brandenburgischen Königs Wusterhausen (KW) beteiligt. Mehrere junge AntifaschistInnen, die als Schutz vor Angriffen und Beschädigungen auf der Bühne geschlafen hatten, kamen nur durch Zufall nicht zu Schaden. Sebastian Dahl hatte als einer von drei Tätern die Brandflaschen auf die Bühne geworfen. Paris hatte im Fluchtfahrzeug gewartet und ermöglichte den Brandstiftern die Flucht. Bei einem weiteren Anschlag am 30. Juli 2001 auf ein Lager von Roma und Sinti im brandenburgischen Wildau fuhr sie ebenfalls das Fluchtfahrzeug. Dabei verfehlten die Brandsätze nur knapp den Wohnwagen einer schlafenden fünfköpfigen Familie.

[1]

Schon kurze Zeit später gingen verschiedene Hinweise auf die Täterschaft Dahls bei beiden Anschlägen beim ermittelnden Polizeipräsidium Potsdam ein. Jedoch verschaffte ihm ausgerechnet das Berliner Landeskriminalamt ein Alibi, er hätte sich zur Tatzeit in seiner Wohnung aufgehalten. Die eilig gebildete Ermittlungsgruppe richtete ihre Ermittlungen zunächst gegen die rassistische Gruppierung »United Skins« aus Königs Wusterhausen. Alle polizeilich bekannten 19 AktivistInnen sollten gar zur Speichelprobe gebeten werden, da die Täter Spuren hinterlassen hatten. Bundesweit bekannt wurde diese gewalttätige Neonazigruppe durch den V-Mann des Verfassungsschutzes Carsten Szczepanksi (siehe AIB # 51, 58). Tatsächlich war Paris zu diesem Zeitpunkt die Lebenspartnerin von Michael Manko, einem Protagonisten der United Skins.

Sebastian Dahl war bereits zur Tatzeit bei der Berliner Polizei bestens bekannt und wurde quasi komplett überwacht. So war dank Telekommunikationsüberwachung den Berliner Ermittlern schnell klar, dass sich Dahl mit Freunden zur Zeit des ersten Anschlags im brandenburgischen Eichwalde in einem Lokal getroffen hatte. Wie Paris in ihrer späteren Einlassung bestätigte, hatte sie sich mit ihren Mittätern Christian Anders, Dahl und Ingo Nitschke dort getroffen, um später den Angriff auf das Festival zu verüben. Beim zweiten Anschlag sei Dahl zu Hause in Berlin-Treptow gewesen. Dass es sich dabei lediglich um eine Monitorüberwachung handelte, die einer Beteiligung nicht entgegen-

steht, blieb zunächst unerwähnt. Ein Verlassen des Hauses über den Hof wäre nicht bemerkt worden. Die Ermittlungen verliefen daher zunächst im Sande. Später, im Juni 2002, folgte allerdings ein weiterer Hinweis, diesmal der eines/einer Informanten/in des Berliner LKA. Dahl habe nun doch, zusammen mit den United Skins, die Anschläge zu verantworten. Eklatante Widersprüche dieser Art ziehen sich durch das gesamte Verfahren und der Prozess – fast vier Jahre nach der Tat – litt unter diversen Pannen und Ungereimtheiten im Vorgehen der Berliner Polizei. Zwar waren verschiedene »polizeiliche Ver trauenspersonen (VP)«, sprich Spitzel, bei der Aufklärung beteiligt, deren Aussagen wurden allerdings nicht protokolliert und als Zeugen standen sie dem Gericht, insbesondere der Nebenklage, nicht zur Verfügung. Nach den Informantenhinweisen habe sich Dahl bei einem Trinkgelage am Tage nach dem ersten Anschlag vor seinen Neonazifreunden Paul Stuart Barrington (Berlin), Jan Puhlmann (Berlin) und Marcel Kindel (KW) mit der Tat gebrüstet. Zwei Tage vor dem Anschlag auf das Roma und Sinti-Lager in Wildau habe Dahl bei einer Kneipenrunde mit Barrington, Puhlmann, Kindel und anderen über den bevorstehenden Anschlag gesprochen. Der Anschlag fand wie angekündigt statt. Als Zeugen vor Gericht wurden die Mitwisser trotzdem nicht zugelassen. Die Personengruppe war zu diesem Zeitpunkt Objekt verschiedener polizeilicher Ermittlungen. So standen Dahl, Barrington und andere im Verdacht mittels Rohrbombe gegen einen ausländischen Imbiss vorgehen zu wollen. Gegen die Neonazigruppe aus Berliner und KWer Neonazis um Puhlmann, Kindel und Sebastian Lemcke (Wildau) wurde zudem wegen des Sprengstoffanschlags auf den Jüdischen Friedhof in Berlin-Charlottenburg am 16. März 2002 ermittelt. Trotzdem blieb im Gericht das rechtsmilitante Milieu aus KW und Umgebung, aus welchem die Täter kamen, außen vor. Dazu gehört beispielsweise Barrington. Der enge Freund Dahls ist nicht nur, wie auch Dahl selbst, durch gewalttätige Übergriffe auf politische Gegner aufgefallen. Er gestaltete und verwaltete mit Dahl die Website www.SS88.de. Diese Seite bewarb die rassistische Terrortruppe »Combat 18« und bedrohte Berliner Polizisten mit den Worten »LKA 5 – Die Kugel ist für Dich!« Die ersatzweise für die Vertrauenspersonen geladenen Beamten des Berliner Staatsschutzes konnten oder wollten nicht zur Erhellung beitragen. Sie verwickelten sich zum Teil in erhebliche Widersprüche und litten unter immensen Gedächtnislücken. Die wirklich interessanten Fragen, zum Geschehen um die Anschläge und die Frage, welche Rolle die Ermittlungsbehörden dabei hatten, ließ das Gericht nicht zu. Die Angeklagten äußerten sich nicht mehr, die Beamten hatten keine detaillierten Erinnerungen mehr, und die V-Leute wurden außen vor gelassen.

Dass Dahl einen tatsächlich stattgefundenen Anschlag auf Roma und Sinti vor Polizei-Informanten ankündigte, wurde ihm nicht zum Verhängnis. Er gab bei seiner Vernehmung im September 2002 an, zum ersten Mal davon zu hören und wurde nicht weiter dazu befragt. Die Akten zu den Überwachungsmaßnahmen gegen Dahl in Folge des Verdachts des Rohrbombeneinsatzes waren nicht zu besorgen. Die Maßnahmen seien nach Polizeigesetz und nicht nach der Strafprozessordnung durchgeführt worden. Dies ist allerdings nach dem Berliner Polizeigesetz unmöglich. Dass es unter diesen aufklärungsunfreundlichen Umständen zu einem Urteil wegen versuchten Mord kam, ist vor allem den engagierten und über Jahre beharrlichen NebenklägerInnen zu verdanken. ■

[1] Der verurteilte Brandstifter Sebastian Dahl läuft auf einer Neonazi-Demonstration in Berlin-Treptow mit. Nach eigener Aussage war/ist Dahl Mitglied der NPD und der »Hifsgemeinschaft für Nationale Gefangene« (HNG).

[2] Freunde der Angeklagten bedrohten ProzessbeobachterInnen und verschafften sich gewaltsam Zutritt in den Gerichtssaal.

Fight Club Sachsen

»Stehst du auf der Gästeliste im Fight Club? – Der Eintritt ist hier nicht für jeden im Fight Club.«

[1] Der »Fight-Club Karl-Marx-Stadt« wirbt mit Rico Malt (obere Reihe Mitte).

»HOO-NA-RA« – rufen die fast 300 Neonazis zwischen den anderen 500 Gästen des »Fight Club Chemnitz«. »HOO-NA-RA« steht für »Hooligans - Nazis - Rassisten« und ist nicht nur der Schlachtruf, sondern auch die ebenso treffende wie ehrliche Selbstbezeichnung des lokalen Milieus aus Neonazis, Hools und Kriminellen. Die Szene feuert mit ihren »HOO-NA-RA«- und sporadischen »Sieg Heil«-Rufen ihre Kämpfer Rico Malt und Rene Wilulinski an. Die beiden stehen im Dezember letzten Jahres im Ring einer gut besuchten Kampfsport-Gala mit dem Namen »Fight Club Chemnitz«.

Wenn die beiden sich nicht im Ring als Thai-Boxer oder Free Fighter versuchen, marschieren sie beispielsweise mit Kameraden gegen den »alliierten Bombenterror« in Dresden im Februar 2005 oder im September 2004 gegen die Antifa in Chemnitz. Rico Malt organisierte im Frühjahr 2004 ein Konzert mit der lokalen Hatecore-Band »Blitzkrieg« in Chemnitz.

Auch das lokale Neonazibekleidungsgeschäft Backstreetnoise (BSN) nutzt die »Fight Club«-Veranstaltungen für sich und hängt gut sichtbar ein BSN-Werbebanner neben dem der Volksbank Chemnitz auf. Der Lokalmatador, der Thai-Boxer Gregor Reinhardt, lässt seinen Rücken bereitwillig per Airbrush von BSN als Werbefläche umfunktionieren. Im Backstreetnoise werden anschließend nicht nur die DVDs der Kampfsportveranstaltungen, sondern auch die Karten für den nächsten Fight Club verkauft.

Auch in Leipzig entdecken Neonazis die prestigeträchtigen Kampfsport-Veranstaltungen für sich. Der Wurzener Neonazi und Betreiber des Musikversands Frontrecords, Thomas Persdorf, sponsert mit seiner Firma Protexdruck die Kämpfer der Kampfsportclubs »KG KSC Germania Leipzig« und die »Fighting Fellas 28 Wurzen«. Der codierte Nom de Guerre steht für Brotherhood, ist aber auch als die Insignien des in Deutschland verbotenen Neonazimusiknetzwerkes Blood &Honour zu interpretieren. Zu dessen Umfeld vermutlich auch Thomas Persdorf gehörte. Er pflegt mit seiner Druckerei Protexdruck auch sonst gute Beziehungen zu den »Fellas«. Denn der »Fighting Fellas Brotherhood« ist nicht nur ein Kampfsportclub, sondern auch ein Label für Streetwear. Im Onlineshop www.gewalttaetersport.de wirbt das Label mit »Textilien, Musik, DVDs rund um den Vollkontakt«. Der Verdacht einer intensiveren Geschäftsbeziehung zwischen Persdorf und dem Label Fighting Fellas liegt nahe. Und fast zwangsläufig werden dann am Verkaufsstand in Leipzig CDs aus dem Sortiment von Frontrecords neben Hooligan-Streetwear des Labels und T-Shirts vom Fußballclubs LOK Leipzig angeboten.

Treffpunkt Kampfsportgalas

Alle Kampfsportgalas, bei denen Thai-Boxen und Free Fight geboten werden, wirken insbesondere in Sachsen wie ein Magnet auf Neonazis. Gerade die Amateur-Kampfveranstaltungen »Ostdeutsche Free-Fight Meisterschaft 2004« in Köthen, »Der Schacht brennt« im erzgebirgischen Ölsnitz, »Ostdeutschland kämpft« in Leipzig, oder der »Fightclub Karl-Marx-Stadt« wirkten wie inoffizielle Treffen einer Mischszene aus Neonazis, Hools, Rockern und Kriminellen.

Diese Verbindungen sind in Chemnitz seit Jahren nahezu ungestört gewachsen. Gerade in der Region Chemnitz speist sich die militante Neonaziszene aus einem subkulturellen

Milieu verschiedener Szenegänger. Ihre Schnittstelle ist dabei nicht nur die Affinität zur Gewalt, sondern auch gemeinsame Geschäfte. In Sachsen arbeiten und kooperieren Türsteher und Neonazis aus dem Rotlichtmilieu eng mit Neonazi-Geschäftsleuten aus dem Musikbereich oder der Security-Branche zusammen.

Ein Beispiel ist die Haller Security, zu deren Angestellten auch »HOONARA«-Nazi-Hools gehören. Angehörige dieser Security erschlugen vor einigen Jahren in Hohenstein-Ernstthal den Punker Patrick T. Sie waren auch beteiligt, als am 25. September 2004 ein Mob aus etwa 250 Nazi-Hools versuchte, eine Antifa-Demonstration gegen den Versandhandel Backstreetnoise anzugreifen.

Und auch in Dresden und der Sächsischen Schweiz tritt diese Mischung immer häufiger in Erscheinung. So beteiligten sich an den Versuchen, am 12. Juni 2004 und am 27. November 2004 in Pirna die Antifa-Demonstrationen anzugreifen oder zu verhindern, neben den bekannten Neonazis der Region eine große Anzahl von Hooligans, die sonst nur im Dynamostadion anzutreffen sind.

Der Veranstalter der Fightclubs in Westsachsen, Henryk Kretzschmar, reagierte auf den Vorwurf von Antifas, Veranstaltungen zu organisieren, bei denen sich Neonazis präsentieren können, mit einer Mischung aus offensivem Leugnen und überforderter Ratlosigkeit. Dann entschloss er sich, den Fightclub in Oelsnitz im Februar und in Chemnitz im Mai unter das Motto: »Sportlich Fair – Gegen Hass und Gewalt« zu stellen. In Chemnitz verbot er den Kämpfern sogar, zur eigenen Begleitmusik in den Ring zu steigen, um zu verhindern, dass Lieder von Nazibands erklingen. Er erlaubte der Polizei, während der Veranstaltung anwesend zu sein und zu filmen. Auch das Zeigen von neonazistischen Symbolen und Tragen von einschlägigen T-Shirts sollte so unterbunden werden. Und trotzdem – »Hatecore is more than music« – trägt Rico Malt auf dem T-Shirt, als er im Februar in Oelsnitz den Ring betritt.

Ebenfalls im Freefightmilieu aktiv ist der Neonazi Tim Bartling aus Neumünster. Der aus Dänemark stammende Bartling war Mitbegründer des Club 88 Neumünster und ist seit mehr als zehn Jahren in der Neonaziszene aktiv. Seinen rechten Ellenbogen ziert ein tätowiertes Hakenkreuz. Bartling war einer der wesentlichen Antreiber des Clubs und zeitweise auch dessen Sprecher. Im Kampfsportverein »Athletik Klub Ultra e.V.« nahm Tim Bartling lange Zeit den Part des 1. Vorsitzenden ein. Dieser Club wurde von Neumünsteraner Neonazis gegründet, um Jugendliche an den Kampfsport und gleichzeitig an neonazistische Inhalte heranzuführen. Seit 3-4 Jahren hat sich Bartling aus der Öffentlichkeit zurückgezogen und auf den Kampfsport konzentriert. 2002 wurde er Europameister im Jiu Jitsu und er kämpft regelmäßig Free Fight Kämpfe. Eigenem Bekunden nach hat er mit der Neonaziszene nichts mehr zu tun. Das dieses kaum stimmen kann, zeigt, dass er noch im Februar diesen Jahres im Namen des Athletik Klub Ultra kämpfte.

Widerstand

Erfreulich ist, dass gegen die Neonazis im Publikum und im Ring neben Antifas auch einige Kampfsportler vorgehen. Insbesondere in der »Free-Fight Association Germany« gibt es Kämpfer, die sich offen und sehr konsequent für die bedingungslose Ausgrenzung von Neonazis aussprechen.

In einem Internet-Forum schreibt dazu ein Freefighter aus Berlin: »Es gibt bestimmte Leute mit denen redet man nicht (...) wenn sie beim Training oder einer Veranstaltung auftauchen dann setzt man sie ohne Diskussion vor die Tür (...) man kämpft nicht mit denen sondern man bekämpft sie (...)«. Allerdings hält ein Veranstalter entgegen: »In Orten wie Köthen könnte man auch ein Bowling- oder ein Tischfussballturnier organisieren und es wären trotzdem die Nazis da.« ■

[1] Tim Bartling am Rande einer Neonazi-Demonstration in Schleswig Holstein

[2] Rico Malt inmitten der Neonazis, die im September 2004 in Chemnitz versuchten, eine Antifa-Demo anzugreifen.

NS-Verherrlichung stoppen

Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen!« kommt in Fahrt – Neonazis verunsichert

Die Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen!«, die schon im vergangenen Jahr zu Aktivitäten gegen den jährlichen Gedenkmarsch zum Tode des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess im bayerischen Wunsiedel aufgerufen hatte, kommt in diesem Jahr offensichtlich bedeutend früher und breiter in Fahrt. Bereits auf der Demonstration zum 8. Mai in Berlin präsentierte sie sich mit einem Transparent und 10.000 Flugblättern. Mitte Mai hat nun die bundesweite Verbreitung von Plakaten, Aktionsaufrufen und Flyern begonnen. Die Kampagne hat für den 20. August 2005 eine ganztägige Kundgebung von 9.00 bis 19.00 Uhr in der Wunsiedler Innenstadt, sowie eine Demonstration angemeldet.

[1] Der CSU-Bürgermeister Karl Willy Beck blockiert in Wunsiedel den »Rudolf Hess-Gedenkmarsch« 2004.

Inhaltlich soll die Kundgebung nicht auf die Auseinandersetzung mit den in der Stadt marschierenden Neonazis beschränkt sein. Der im Mai gefeierte sechzigste Jahrestag der Befreiung vom Faschismus ist Anlass zu einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung. Deshalb bemüht sich die Kampagne Überlebende der faschistischen Terrorherrschaft und ehemalige Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer einzuladen. Der Jahrestag der Befreiung soll hierbei als mehr als ein bloßes historisches Ereignis gesehen werden. Hier besteht eine der letzten Möglichkeiten, mit Überlebenden des Nationalsozialismus, mit aktiven GegnerInnen und WiderstandskämpferInnen zusammenzukommen. Der Kampf gegen den Faschismus ist nicht abgewickelt, der Nationalsozialismus nicht aufgearbeitet und überwunden im Sinne der neuen deutschen Innen- und Außenpolitik. Die Verantwortung gegenüber den Opfern des Faschismus mahnt zum Widerstand gegen Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Militarismus. Es bleibt eine individuelle Verantwortung dafür, dass Faschisten in Deutschland nie wieder Macht und Einfluss haben können. Aus diesem Grunde ruft inzwischen auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN/BdA zur Teilnahme an den antifaschistischen Gegenaktivitäten in Wunsiedel auf. Neben Redebeiträgen wird ein Kulturprogramm den Tag ausfüllen. Mit der geplanten Demonstration soll deutlich gemacht werden, dass den Nazis die Stadt nicht einfach überlassen wird. Vielmehr wollen AntifaschistInnen offensiv Raum einnehmen und die gesamte Stadt zum Ort antifaschistischen Widerstandes machen.

Gegenaktivitäten der Stadt Wunsiedel

Bereits im letzten Jahr hat die Stadt Wunsiedel, also demokratische Initiativen, Teile der Stadtverwaltung, darunter der Bürgermeister und einzelne AntifaschistInnen gezeigt, dass vor Ort ein Wandel im Blick auf den Naziaufmarsch stattgefunden hat. Nachdem der ehemalige SPD Bürgermeister in der Vergangenheit immer dazu aufgerufen hatte, die Nazis schlicht zu ignorieren, hat sich seit der Wiederbelebung der Aufmärsche im Jahr 2001 ein aktiver Widerstand dieses Kreises entwickelt. Dieser mündete im letzten Jahr in dutzenden von Transparenten, einem symbolischen »Kehraus«, der Verweigerung der Festwiese und einer Sitzblockade an der sich der schon erwähnte Bürgermeister beteiligte. In diesem Jahr hat dieser Initiativenkreis mit der Musikerinitiative »Laut gegen Nazis« den Auftakt derer aktuellen Tournee am Tag des Naziaufmarsches in Wunsiedel geplant. Mit einem großen Konzert an dem sich unter anderem die Band »Extrabreit« beteiligen wird, soll Stimmung gegen den Aufmarsch gemacht werden und Gegendemonstranten mobilisiert werden. Die beiden Gegenaktionen stehen bislang nebeneinander. Es ist nicht abzusehen, ob es zu einer Zusammenarbeit kommen wird. Die lokalen Initiativen haben zwar erkannt,

dass dem neofaschistischen Treiben nur aktiv beizukommen ist, letztlich bestehen aber immer noch immense Bedenken insbesondere gegenüber autonomen AntifaschistInnen. Im letzten Jahr hatte das Nebeneinander der verschiedenen Aktivitäten allerdings keine negativen Auswirkungen und wurde eher als bereichernd empfunden. Die Kampagne hat von Anfang an deutlich gemacht, dass es darum geht, politisch gegen die Nazis zu mobilisieren. Die Verhinderung der dort jedes Jahr stattfindenden Verherrlichung des Nationalsozialismus wird nur möglich sein, wenn es gelingt, den Widerstand hiergegen politisch zu verbreitern, politische Gräben zu überwinden und neue Aktionsformen zu entwickeln. Insbesondere die in den letzten Jahren entstandenen Kräfteverhältnisse mit fast 5000 Nationalsozialisten und der massiv auftretenden bayerischen Polizei in der provinziellen Kleinstadt lassen auch kein anderes Vorgehen zu.

Das neue Versammlungsgesetz – kommt ein Verbot?

Die zum 8. Mai in Kraft getretene Gesetzesveränderung hat bei vielen die Hoffnung genährt, der jährliche Hess-Marsch würde nun durch ein Verbot beendet. Allerdings wurde bereits in der parlamentarischen Debatte um die Gesetzesveränderung deutlich, dass sich diese Hoffnung wohl nicht bestätigen wird. Im neuen Versammlungsgesetz besteht nunmehr die Möglichkeit, Veranstaltungen auf denen der Nationalsozialismus verherrlicht wird, zu verbieten. Die in den letzten Jahren mit der Demonstration befassten Verwaltungsgerichte haben auch festgestellt, dass die Verherrlichung von Hess aufgrund seiner politischen Funktionen, seiner Parteiämter sowie seiner Rolle im Nationalsozialismus zwangsläufig eine Verherrlichung des Nationalsozialismus darstellt. Hess wird von den heutigen Nazis zum »Friedensflieger« umgelogen, weil er im Mai 1941 nach Schottland flog, vermutlich um dort einen Separatfrieden mit Großbritannien abzuschließen. Der Hintergedanke dieses Unternehmens war, angesichts des bevorstehenden Angriffs auf die Sowjetunion einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden. Bereits dies stellt eine Verherrlichung des gesamten Nationalsozialismus dar: Das nationalsozialistische Deutschland habe eigentlich den Frieden gewollt, ihm sei jedoch von den »verbrecherischen« Alliierten der Krieg aufgezwungen worden. Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden damit insgesamt geleugnet, der NS-Staat als Opfer einer internationalen Verschwörung dargestellt. Es ist aber doppelt fraglich, ob dieser Umstand ein Verbot rechtfertigen wird, das auch vor dem Bundesverfassungsgericht bestand hat. Einerseits könnte der Demonstrationsanmelder Jürgen Rieger mit entsprechenden Auflagen für Transparente und Beiträge eine solche »Verherrlichung« unterbinden – die angereisten Alt- und Neonazis wissen ohnehin, weshalb sie sich versammeln. Andererseits würde mit einer solchen Gesetzesauslegung erstmalig in der Bundesrepublik eine Meinungsäußerung und nicht eine Tatsachenbehauptung als Ansatzpunkt für die Beschränkung des Demonstrationsrechts genommen. Strafbar sind bspw. nur falsche, volksverhetzende Tatsachenbehauptungen, die die Würde der Opfer des Nationalsozialismus verletzen. Das bloße Bekenntnis zu diesem unterfällt dagegen keiner Strafnorm. Vor dem Hintergrund der großen Bedeutung der Meinungsfreiheit wird das mit großer Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass allein auf dieser Grundlage ein Verbot der Demonstration spätestens durch das Verfassungsgericht aufgehoben wird. Es ist daher davon auszugehen, dass zunächst ein Verbot des Aufmarsches ergeht, welches jedoch voraussichtlich keinen Bestand haben wird. Die Kampagne macht allerdings klar, dass ihre Kundgebung und Demonstration nicht davon abhängig ist, ob die Nazis in Wunsiedel aufmarschieren: »Sollte der Aufmarsch aus irgendwelchen Gründen nicht stattfinden oder örtlich verlegt werden, wird die Kundgebung und das Begleitprogramm mit umso besserer Laune zu genießen sein. Machen wir also den Todestag Rudolf Hess' zu einem Tag, der der antifaschistischen Bewegung und dem Kampf gegen den Faschismus und für eine befreite Gesellschaft gehört.« ■

Kontakt:
Kampagne NS-Verherrlichung stoppen!, c/o Buchladen Rote Straße Nikolaikirchhof 7, 7073 Göttingen.
E-Mail:
info@ns-verherrlichung-stoppen.tk;
www.ns-verherrlichung-stoppen.tk

Es ist leichter in den Himmel zu kommen als nach Europa

Während innerhalb Europas die Grenzen immer weiter abgebaut werden, scheuen die Schengen-Staaten keine Anstrengungen, sich immer mehr gegenüber dem Rest der Welt abzuschotten und die Grenzen für Flüchtlinge unpassierbar zu machen. Schengen-Länder, oder solche, die es werden wollen, müssen nachweisen, dass sie die Beförderungsunternehmer, mit denen Flüchtlinge nach Europa kommen, zur Verantwortung ziehen werden. Per Gesetz wird den Reedereien die Verantwortung für die Menschen, welche sich auf ihren Schiffen versteckt haben, aufgezwungen und sie müssen auch für die sogenannten »Blinden Passagiere« und die durch sie entstehenden Kosten aufkommen. Da diese Beträge immens sind, wird der Druck von den Reedereien an die Kapitäne und Besatzungsmitglieder weitergegeben. Das Ziel dieser Privatisierung des Problems ist eindeutig: Die europäischen Aussengrenzen sollen »vorverlegt« werden und die Kapitäne und Schiffsbesatzungen sollen die Abschottungsinteressen der reichen Länder zu ihrer eigenen Sache machen. Durch die Verlagerung der Verantwortung für die »Blinden Passagiere« ergeben sich für die Schengen-Staaten zwei wesentliche Vorteile. Zum einen wird ein erheblicher Teil an Kosten und bürokratischem Aufwand in einen nichtstaatlichen Bereich ausgelagert und zum anderen zwingen sie die Reedereien zu einem Interesse an einer Mitarbeit, um ihrerseits die Kosten gering zu halten.

Versicherung gegen Flüchtlinge

Für Reedereien, welche die daraus resultierenden Konsequenzen nicht alleine tragen wollen, gibt es die Möglichkeit, sich gegen »Blinde Passagiere« versichern zu lassen. Diese Schiffsversicherungen sind oft nicht sehr groß und können bei Komplikationen im Ausland meist nicht selbst intervenieren. Tritt solch ein Problemfall auf, haben diese die Möglichkeit, die Dienstleistungen der Protect & Indemnity Clubs (Schutz & Wiedergutmachung) in Anspruch zu nehmen, welche einen Jahresumsatz von mehreren Millionen Euro zu verzeichnen haben. Diese P&I Clubs haben ein weltweites Korrespondenten- und Agentennetz aufgebaut und neben Abteilungen, welche für Ladungs-, Zoll und Schadensfälle zuständig sind, auch einen Bereich für den »Problemfall: Blinder Passagier« eingerichtet. Die Agenten dieser Clubs sind absolute Spezialisten in ihrem Gebiet, mit den landestypischen Begebenheiten und Gesetzen vertraut und pflegen meist einen guten Kontakt zu den örtlichen Behörden und Ämtern. Zu den Aufgaben dieser Agenten gehört die Schulung von Schiffscrews im Umgang mit »Blinden Passagieren«, Verhöre bei Flüchtlingen durchzuführen und die angegebenen Daten der Befragten in einem speziell eingerichteten Zentralregister zu speichern. Wird ein

»Blinder Passagier« auf einem Frachter entdeckt, kann in dem Zentralregister anhand von gespeicherten Fotos und Fingerabrücken überprüft werden, ob die Nationalität bekannt ist und diese Person schon einmal versucht hat, auf diesem Weg nach Europa zu gelangen. Gleichzeitig wird ein ungeheurer Druck auf die Kapitäne und deren Schiffsbesatzungen ausgeübt. Die Crews sind verpflichtet, vor Abfahrt ihr Schiff nach »Blinden Passagieren« zu durchsuchen. Wird ein solcher entdeckt und es kommt heraus, dass dieses Schiff nicht durchsucht wurde, muss die Versicherung nicht für die anfallenden Kosten aufkommen. Der Kapitän wird auch dazu verpflichtet, einen entdeckten »Blinden Passagier« zu melden, ihn einen Fragebogen ausfüllen zu lassen und diesen an die Versicherung zu senden. Mit diesen Daten ist es für die beauftragten P&I-Mitarbeiter oft schon möglich, die Papiere für die Abschiebung des Blinden Passagiers vorzubereiten, bevor dieser überhaupt europäisches Festland betreten hat. Meldet der Kapitän den Flüchtling nicht, macht er sich nach geltendem Recht strafbar.

Erstaunliche Befugnisse

In Deutschland heißt die P&I-Organisation »PandI« und hat auch hier erstaunliche Befugnisse. Legt ein Frachtschiff, auf dem sich »Blinde Passagiere« befinden, in einem deutschen Hafen an, kommen nicht nur Beamte von der Wasserschutzpolizei (in Städten wie Rostock ist es der BGS) an Bord. Ein P&I- oder Versicherungsmitarbeiter ist von Anfang an dabei. Der Flüchtling wird nach Ausweispapieren und Barmitteln gefragt und noch an Bord, also vor dem Betreten der Bundesrepublik Deutschland, geschieht eine juristisch entscheidende Amtshandlung: Es wird ein Zurückweisungsbeschluß erstellt. Nach Vorstellung der Behörden kann der Flüchtling jetzt an Land, ohne juristisch eingereist zu sein. Die Reederei autorisiert auf einem Formblatt, welches der Kapitän, Agent, Polizist und der »Blinde Passagier« unterzeichnen muss, den Versicherungsagenten, die weiteren Angelegenheiten in Hinsicht des »Blinden Passagiers« zu regeln. Auf der Polizeiwache werden die Betroffenen nochmals verhört. Obwohl es die Genfer Konventionen vorschreiben, dass Flüchtlingen ein Zugang zu unabhängiger Beratung und Dolmetschung, sowie einem Anwalt und Arzt gewährleistet werden muss, werden ihnen diese Rechte meist verwehrt. Oft wird die Befragung nicht von der Polizei, sondern den Versicherungsagenten und ohne Dolmetscher bzw. mit von ihnen bezahlten Dolmetschern durchgeführt. Eine Aufklärung über die Rechte der Flüchtlinge und die Möglichkeit einen Asylantrag zu stellen, findet nicht oder nur ungenügend statt. Diese Art der Desinformation zeigt Wirkung: Nur etwa zehn Prozent der registrierten »Blinden Passagiere« gelingt es, einen Asylantrag zu stellen. Das liegt nicht daran, dass dieses nicht in ihrem Interesse ist, sondern im Wesentlichen an ihren Bedingungen: Sie befinden sich auf den Schiffen oder in den Gefängnissen in einer uninformierten, unsicheren und rechtlosen Situation. Nur wenn der Betroffene informiert genug ist und sich durchsetzen kann, kann es gelingen, einen Asylantrag zu stellen. Um Menschen in andere Länder abschieben zu können, ist die Kenntnis der jeweiligen Nationalität Voraussetzung. Da aber viele »Blinde Passagiere« keinerlei Ausweispapiere mehr besitzen, haben sich die P&I-Agenten darauf spezialisiert, sogenannte Passersatzpapiere (PEP) zu beschaffen. Ergibt sich aus den Antworten oder den Papieren des Flüchtlings, dass er Bürger eines Staates ist, für den ein aktueller Abschiebestopp besteht, werden diese Angaben und sogar teilweise die Echtheit der Dokumente angezweifelt. Ein Teil der Praxis der Agenten ist, Flüchtlinge in Botschaften von Ländern, in welche abgeschoben werden darf, vorzustellen und die Mitarbeiter davon zu überzeugen, ihnen PEPs auszustellen. Es ist durchaus gängige Praxis, dass Flüchtlinge plötzlich Angehörige eines ihnen völlig fremden Staates sind und auch dorthin abgeschoben werden.

Tödliche Folgen

Dass Flüchtlinge auf ihrer Flucht nach Europa sich oft in Lebensgefahr begeben und viele auch zu Tode kommen, ist eine Konsequenz aus dieser repressiven Politik der Schengen-Staaten. Fälle, in denen »Blinde Passagiere« über Bord geworfen oder auf notdürftig zusammengebauten Floßen ausgesetzt werden, kommen selten an die Öffentlichkeit. Die Dunkelziffer dieser faktischen Morde auf hoher See wird sicherlich ein Vielfaches betragen. In einigen Fällen wird zudem ein rassistischer Hintergrund einiger Seemänner eine Rolle gespielt haben. Offensichtlich ist es aber vor allem die Gesetzgebung der Schengen-Staaten, welche einen unglaublichen Zwang ausübt und einige Seemänner und Kapitäne dazu veranlasst, »Blinde Passagiere« durch Aussetzen zu ermorden. Ein Verhalten nach humanistischen Prinzipien, also, dass Flüchtlinge auch Schutz erfahren, ist überhaupt nicht mehr denkbar. Die Gründe und Ursachen, warum Menschen, oft unter Lebensgefahr, aus ihrer Heimat flüchten, interessieren nicht oder werden heruntergespielt. Die Staaten Europas handeln ausschließlich aus ökonomischem Antrieb und haben sich auf ein Ziel verständigt: Die weitere Abschottung Europas und die konsequente Abschiebung und Abschreckung von Flüchtlingen. Um diese Ziele zu erreichen, wird ein enormer Aufwand betrieben und der Tod von unzähligen Menschen an Europas hermetisch abgeriegelten Aussengrenzen billigend in Kauf genommen. ■

Kontakt: blindepassagiere@aol.com

Für weitere Informationen zum Thema:

Marily Stroux, Reimer Dohrm: Blind Passagiere. Es ist leichter in den Himmel zu kommen als nach Europa, Brandes und Aspel Verlag, Frankfurt/Main 1998.

Der Begriff des Faschismus

Teil 1

Alex Busch

Mit Begriffen wird Politik gemacht. Mit der Deutungshoheit über die Geschichte wird zugleich die Vorherrschaft über aktuelle politische Sichtweisen erkämpft. Diese durch Antonio Gramscis Hegemonietheorie populär gewordene Strategie des Kampfes um Begriffe hat sich nicht nur die so genannte Neue Rechte zueigen gemacht: Gerade in Bezug auf den Faschismus ist diese Strategie Teil der vorherrschenden öffentlichen Bewusstseinsbildung. Der Begriff gilt dort als Propagandabegriff linker Klassenkampfrhetorik. Auch in der Linken hat nach Jahrzehnten inflationärer Inanspruchnahme teilweise eine Abkehr vom Begriff des Faschismus stattgefunden: Wurde in der Neuen Linken von den Sechzigern bis zu den Autonomen in Vulgärmanier die bürgerlich-kapitalistische Ordnung als faschistisch denunziert, wird in Teilen der Linken heutzutage meist mit Verweis auf die einzigartige Dimension des eliminatorischen NS-Antisemitismus gänzlich auf ein komparatives Verständnis von Faschismus verzichtet.

Daher stellt sich die Frage: Was taugt der Begriff des Faschismus für die Linke?

Dies ist der erste Teil einer Auseinandersetzung mit dem Begriff des Faschismus. Im zweiten, abschließenden Teil in der nächsten Ausgabe des AIB wird rückblickend das Verhältnis der Linken zum Aufkommen des Faschismus – erörtert am Nationalismus und Antisemitismus – hinterfragt und ein kritischer Blick auf die hegemoniale Totalitarismus-Doktrin als herrschaftskonforme Verklärung faschistischer Bewegung geworfen.

Der Autor ist Referent des Antirassistischen Bildungsforums Rheinland.
Kontakt über bildungsforum@gmx.de

Galt der Begriff des Faschismus in der frühen Nachkriegszeit noch allgemein als Standardbezeichnung für die Terrorregime in Deutschland, Italien und anderen europäischen Ländern in der Zeit des Zweiten Weltkrieges, so gilt dieser heute im vorherrschenden Sprachgebrauch als überholt und als politischer »Kampfbegriff der Linken«. Hintergrund dieser Anfeindungen ist der Versuch der Verschleierung der Tatsache, dass sich faschistische Herrschaftsstrukturen aus Krisensituationen bürgerlich-kapitalistisch verfasster Systeme heraus entwickelt haben; also eine besondere Form kapitalistischer Herrschaftsstruktur mit völkisch-nationalistischen Bewegungsmomenten darstellen. Heutzutage ist die Beschäftigung mit dem Zweiten Weltkrieg und Alltagsausschnitten aus der NS-Geschichte zu einem bedeutenden Marktsegment der Unterhaltungsindustrie geworden. Statt über Ursachen und Strukturen zu reden wird illustriert, psychologisiert und vor allem unterhalten – Faschismus, inszeniert als kulturindustrielles Spektakel.

Hier unterscheiden sich politisch die Deutungen unter staatstragenden oder kapitalismuskritischen Prämissen: Während auf der einen Seite der »nationalsozialistische Unrechtsstaat« als »nationaler Sozialismus«, als »Sonderweg« oder Abkehr von einer als natürlich deklarierten Symbiose von Kapitalismus und Demokratie hergeleitet wird, betont die andere Seite die Bedeutung des Faschismus als Krisenlösungsmanagement kapitalistischer Herrschaft. Der Begriff des Faschismus ermöglicht die Benennung jenes Transformationsprozesses bürgerlicher Herrschaft in eine Diktatur mit Massenideologie und Massenanhang unter kapitalistischen Prämissen. Faschismus ist hiernach keine Abkehr von kapitalistischen Verhältnissen, sondern vielmehr eine spezifische Bewegungs- und Herrschaftsform unter eben solchen.

Faschismus als Krisenlösungsmodell

Der Faschismusforscher Stanley Payne verweist auf zunächst fünf Länder in Europa zu Beginn der faschistischen Epoche, in denen über zwanzig Prozent der Wählerschaft faschistischen Parteien zugeneigt gewesen sind: »Italien, Deutschland Österreich, Ungarn und Rumänien. Die einzigen anderen beiden Länder, in denen sich nennenswerte faschistische Parteien entwickelten, waren Spanien und Kroatien.« Als Erscheinungsform allerdings war der Faschismus ein gesamteuropäisches Phänomen. Der Begriff des Faschismus wird heute im vorherrschenden Sprachgebrauch lediglich für das Mussolini-Regime benutzt und vom deutschen Nationalsozialismus abgegrenzt. Der Begriff des Nationalsozialismus ist ebenso wie der des Faschismus ursprünglich eine Eigenbezeichnung einer spezifischen Ausrichtung der extremen Rechten. Die Linke griff den Begriff des Faschismus auf und benutzte ihn zur Kennzeichnung extrem rechter Bewegungen.

Das Wort leitet sich aus dem lateinischen »fascis« ab. Dies waren im alten Rom Bündel von Ruten, die durch eine Verschnürung zusammengehalten wurden und sich um ein hineinge-

stecktes Beil gruppierten und den höheren Magistraten vorangetragen wurden. Sie symbolisierten den bündischen Zusammenhalt und zugleich zeigten sie die Berechtigung, Körper- und Todesstrafen zu verhängen.

Benito Mussolini, ehemals ein führendes Mitglied in der italienischen sozialistischen Partei, griff das Symbol auf und gründete 1919, nach dem Ersten Weltkrieg, Kampfbünde aus Nationalisten und Kriegsveteranen, die sich »Fasci di combattimento« nannten. Mussolini nahm propagandistisch direkten Bezug auf das römische Reich und die Rutenbündelsymbolik.

Der italienische Kommunist und marxistische Querdenker Antonio Gramsci stellte das erfolgreiche Aufkommen der Faschisten in den Kontext sozialer und politischer Kämpfe in einer Krisensituation in Italien: »Die Kampfbünde entstanden in der Nachkriegszeit mit dem kleinbürgerlichen Charakter der verschiedenen Assoziationen von Heimkehrern, die in dieser Zeit aufkamen. Aufgrund ihrer entschiedenen Opposition gegen die sozialistische Bewegung, die teilweise ein Erbe der Kämpfe zwischen der sozialistischen Partei und den interventionistischen Organisationen in der Kriegsperiode darstellte, erhielten die Fasci die Unterstützung der Kapitalisten und der Autoritäten. Ihre Stärkung, die mit der Notwendigkeit für die Agrarier zusammenfiel, eine weiße Garde gegen den wachsenden Vormarsch der Arbeiterorganisationen zu schaffen, erlaubte dem von den Gutsbesitzern bewaffneten Bandensystem das Etikett der Fasci anzunehmen.«

Mussolinis »Schwarzhemden« terrorisierten, ähnlich wie später die deutsche SA, die Linke. Ihr Ideal eines soldatisch-gewalttätigen »Herrenmenschen« speiste sich unter anderem aus den Texten des italienischen Dichters und Politikers Gabriele D`Annunzio. Jener hatte schon 1919 mit eigenen Truppen für mehrere Monate die jugoslawische Stadt Rijeka besetzt und dort ein Terror-Regiment mit sich als selbsternanntem Führer errichtet, das schon viele stilistische Elemente des späteren Faschismus an der Macht vorwegnahm. Mussolini orientierte sich mit seiner faschistischen Frontkämpfer-Organisation an diesem heroisch-soldatischen Kult und gründete 1921 die Faschistische Partei »Partito Nazionale Fascista«. Sich selbst bezeichnete er als »Duce« (Führer), eine Bezeichnung, die bekanntlich Adolf Hitler übernahm.

Einer der zentralen Gründe für den Aufstieg der italienischen Faschisten liegt in der erfolgreichen Ausschöpfung nationalistischer Propaganda. Italien gehörte zwar nach Ende des Ersten Weltkrieges im Gegensatz zu Deutschland zu den Siegermächten und gewann Südtirol und Istrien mit Triest, musste aber zugunsten Jugoslawiens auf die ebenfalls geforderten dalmatinischen Küstengebiete verzichten und Rijeka wurde zur »freien Stadt« erklärt.

Mit dem Schlagwort des »verstümmelten Sieges« attackierten die Nationalisten die eigene Regierung. Jener Mythos wies große Ähnlichkeit mit der so genannten Dolchstoß-Legende der Rechten in Deutschland auf. Dem Nationalismus fiel in der faschistischen Propaganda die Ersatzfunktion für Klassenauseinandersetzungen zu. Laut Gramsci führte die faschistische Praxis, rechte Politik mit linker Phraseologie zu treiben, dazu, dass »die Theoretiker der italienischen Bourgeoisie die Wendigkeit hatten, das Konzept der 'proletarischen Nation' zu schaffen, d.h. zu behaupten, dass ganz Italien 'proletarisch' sei und dass Marx' Konzept auf den Kampf Italiens gegen die anderen kapitalistischen Staaten angewandt werden müsse, nicht auf den Kampf des italienischen Proletariats gegen den italienischen Kapitalismus.«

1922 gab Mussolini den Befehl zum »Marsch auf Rom«. Nachdem der König sich weigerte, den Belagerungszustand zu verkünden, wurde Mussolini zum Ministerpräsidenten ernannt. Die Faschisten terrorisierten offen die Linke und vollzogen vier Jahre später die Gleichschaltung des Staatsapparates und die Abschaffung des parlamentarischen Systems. Damit war der Faschismus als Herrschaftssystem zum ersten Male an der staatlichen Macht. Mussolini betonte eindeutig den prokapitalistischen Charakter der Faschismus.

Die Krise des kapitalistischen Staates versprach der Faschismus mittels des Modells des Korporatismus unter kapitalistischen Prämissen zu beheben: Mussolinis propagandistisches Motto »Alles im Staat, nichts außerhalb des Staates, nichts gegen den Staat« war zugleich Kampfparole zum »nationalen Zusammenhalt« wie Garantieerklärung für den Erhalt der kapitalistischen Ordnung. Der kürzlich verstorbene Politikwissenschaftler Johannes Agnoli verwies auf die Bedeutung des faschistischen Korporatismus für den Erhalt der kapitalistischen Ordnung: »Die ganze Thematik des modernen Kapitalismus, der sich programmiert und rationalisiert, um effektiver zu werden, ist in dieser Theorie der korporativen Wirtschaft schon erhalten. Zugleich wird die Zuordnung vom Korporatismus zum Kapitalismus deutlich – um so deutlicher übrigens, wenn man sich vergegenwärtigt, welches nach faschistischer Auffassung die 'Faktoren' sind, die der Staat aufrechterhalten soll: Privateigentum, Privatinitiative, Hierarchie von Verantwortung und Entgelt, Sicherung der Profite und der Befehlsstruktur des Betriebs.«

Die Selbstbezeichnung des italienischen Regimes als Faschismus wurde seitdem von der Linken aufgegriffen und synonym für ähnliche Bewegungen in Europa benutzt.

»Faschist« wurde nun zum Charakterisierungsbegriff wie zum Schimpfwort für extrem rechte Bewegungen

➔

Die Fülle von Literatur zum Faschismus ist nahezu unüberschaubar. Daher sind folgend lediglich Werke der Autoren aufgeführt, auf welche im Text konkret Bezug genommen wurde.

- Johannes Agnoli: Faschismus ohne Revision, Freiburg 1997
- Stefan Breuer: Nationalismus und Faschismus. Frankreich, Italien und Deutschland im Vergleich, Darmstadt 2005
- Geoff Eley: Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland, Münster 1996
- Fritz Fischer: Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871 – 1945, Düsseldorf 1985
- Antonio Gramsci: Gefängnishefte, Berlin/Hamburg 1991 ff.
- Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, Bd. 1 – 3, Frankfurt a. M. 1990
- Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1997
- Max Horkheimer/Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt a. M. 1988
- Ian Kershaw: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Hamburg 1994

- Brunello Mantelli: Kurze Geschichte des italienischen Faschismus, Berlin 2004
- George L. Mosse: Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1991
- Franz Neumann: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Frankfurt a. M. 1988
- Stanley Payne: Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung, Berlin 2001
- Nicos Poulantzas: Faschismus und Diktatur, München 1973
- Karl Heinz Roth: Faschismus oder Nationalsozialismus? Kontroversen im Spannungsfeld zwischen Geschichtspolitik, Gefühl und Wissenschaft, in: Sozial.Geschichte, Heft 2/2004
- Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri: Die Entstehung der Faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini, Hamburg 1999
- Enzo Traverso: Moderne und Gewalt. Eine europäische Genealogie des Nazi-Terrors, Köln 2003
- Wolfgang Wippermann: Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997

und Parteien, die in nahezu allen Ländern Europas entstanden. Keine faschistische Gruppierung auf der ganzen Welt hatte jedoch auch nur annähernd die gleiche terroristische Qualität wie der deutsche Faschismus an der Macht. Der deutsche NS-Faschismus entfesselte ein kriegerisches Gewalt- und Mordpotenzial, das geschichtlich betrachtet jeden anderen Staatsterrorismus in den Schatten stellt.

Nazi-Deutschland sticht gegenüber anderen faschistischen Bewegungen dadurch hervor, dass der nationalsozialistische Staat im engen Bündnis mit dem Kapital systematisch den Weltkrieg vorbereitete und entfachte. Das propagierte »Tausendjährige Reich« beinhaltete programmatisch die kriegerische Eroberung und Versklavung der Welt. Und vor allem hebt sich der deutsche Faschismus von anderen faschistischen Strömungen ab durch seinen eliminatorischen Antisemitismus, der einen industriell organisierten Massenmord hervorbrachte. Diese fabrikartig durchgeführte Vernichtung von schätzungsweise sechs Millionen Juden ist einmalig in der Menschheitsgeschichte. Der sich in Europa zum Ende des 19. Jahrhunderts entfaltende Rassenantisemitismus wurde zum ideologischen Kernstück der NS-Propaganda.

Deutschland, das im Gegensatz zu anderen europäischen bürgerlich-kapitalistischen Staaten sein Nationalitätsverständnis nicht aus einer erfolgreichen bürgerlich-republikanischen Revolution ziehen konnte, war in seinen Grundzügen geprägt von einem völkisch-imperialistischen Nationalismus, der schon den Ersten Weltkrieg entfesselte. Die Kriegsniederlage des preußisch-kaiserlichen Regimes bot der völkischen Rechten die propagandistische Basis zur Bekämpfung revolutionär-emanzipativer Erhebungen.

Die wahnhaften antisemitischen Projektionen – »der Jude« wurde zugleich verantwortlich gemacht für den Bolschewismus, wie für die sozialen Verwerfungen des Kapitalismus; er fungierte als personifizierte Projektionsfolie unergründeter abstrakter Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse – gaben der NSDAP die Möglichkeit zur völkischen Zersetzung sozialistischer Bestrebungen.

Machtpolitisch konnten die Nazis allerdings nur deshalb den Durchbruch erringen, weil das »Bündnis der Eliten« (Fritz Fischer), die deutschen Kapitalfraktionen und ihre Verbände sowie der Militärapparat spätestens seit Anfang der dreißiger Jahre mehrheitlich auf die nationalsozialistische Karte setzten – um die sozialistische Gefahr abzuwenden und um die nach dem Ersten Weltkrieg verlorenen imperialistischen Expansionshoffnungen wieder umsetzen zu können.

Im zeitgenössischen und unterhaltungsorientierten historischen Rückblick erscheinen die in der Zwischenkriegszeit aufkommenden faschistischen Bewegungen oftmals quasi als Bewegungen »der dritten Art«. Real hingegen waren sie sowohl neuartig als auch zugleich verknüpft mit wie protegiert von der klassischen autoritären Rechten und den Eliten. Denn es war die politische und ökonomische Krise in Europa, welche die Machteliten zur Suche nach neuen Möglichkeiten der Herrschaftsstabilisierung und Abwendung der »sozialistischen Gefahr« trieb. Der Historiker Fritz Fischer verweist auf die Zusammenarbeit der Wirtschaft und der altrechten Parteien mit den Nazis: »Wenn es sich bei der Wirtschaft und ihrem Zusammenspiel mit den Reichsressorts bis 1933 noch primär um ökonomische Zielsetzungen handelte, in denen die politischen mehr latent waren, (...) so ist das machtpolitisch-kriegerische Element ganz offen sichtbar bei den beiden konservativen Gruppen, die 1929 mit Hitler das 'Volksbegehren gegen den Young-Plan' in Szene setzten, die mit ihm im Oktober 1931 in der Harzburgerfront auftraten und die mit ihm im Januar 1933 eine Koalitionsregierung bildeten: die DNVP und der 'Stahlhelm<', die ihrerseits eng mit der evangelischen Kirche verbunden waren.«

Die Etablierung des NS-Regimes nach 1933 erweist sich folgend als Symbiose aus staatlicher Diktatur, struktureller Durchmilitarisierung des gesamten öffentlichen Lebens, systematischer Selektion und Eliminierung jeglicher politischer Abweichung und der Entfaltung eines weit gefassten faschistischen Massenkonsensus

Merkmale des Faschismus

Wir können vergleichende Merkmale festhalten, die auf jede faschistische Gruppierung zutreffen und die es ermöglichen, den Begriff des Faschismus zur Charakterisierung einer spezifisch rechten Erscheinungsform zu benutzen:

a) den sog. »Volksgemeinschafts«-Gedanken als Ersatz für soziale und ökonomische Klassenauseinandersetzungen (»Volksgemeinschaft statt Klassenkampf«);
b) eine prokapitalistische Wirtschaftseinstellung, die aus einem organisch-hierarchischem Weltbild abgeleitet wird und die kriegerisch-imperialistisch orientiert ist;
c) einen ausgeprägten Nationalismus, Rassismus und in speziellen Fällen (wie im besonderen bei dem deutschen Radikalfaschismus) zudem einen dezidierten Antisemitismus als aggressiv ausgeprägte Feindbild-Ideologie.

Bedeutsam ist hierbei die Tatsache, dass der Faschismus seine Kraft aus sozio-ökonomischen Krisensituationen zieht, in denen sich die Klassenwidersprüche zuspitzen. Die faschistische Propaganda erhält dabei ihre Anziehungskraft durch Verkündung

pseudosozialistischer Parolen, die sich revolutionär gerieren. Die faschistische »Revolution« ist jedoch völkisch-nationalistisch orientiert; sie verspricht eine »nationale Erhebung« (»Du bist nichts – dein Volk ist alles«). Damit ist der Faschismus als Massenbewegung ausgerichtet und zieht seine Kraft aus dem Versprechen einer völkisch-rassistisch ausgerichteten »Umwälzung«. Der sozialistische Gemeinschaftsgedanke wird dabei aktiv aufgegriffen und völkisch umgedeutet. Der wesentliche Unterschied zwischen dem Faschismus als Bewegung und einem rein diktatorischen Regime liegt demnach in der faschistischen Massenausrichtung gepaart mit einem Erhebungs- oder Revolutionsversprechen.

Weitere Merkmale faschistischer Bewegungen sind:

d) autoritär-diktatorische Staatsvorstellungen, die sich gegen demokratisch-liberale sowie sozialistische Gesellschaftsbilder richten (»Marxismus und Liberalismus als Hauptfeinde«);
e) ein organisatorisches »Führer«- und Unterordnungs-Prinzip mit soldatischer Verbands- und Kampfstruktur;
f) ein messianischer Erhöhungs- und Allmachtsglaube, der die Ausschaltung von allem »Volksfremden« und »Gemeinschaftsschädlichem« beinhaltet;
g) ein biologistisches und mystisches Menschenbild, das sich gegen Aufklärung, Liberalismus und Universalismus richtet.

Dies sind die faschistischen Kernelemente, die in unterschiedlicher Ausprägung jede faschistische Gruppierung charakterisieren und die es ermöglichen, spezifische Strömungen vergleichend als »faschistisch« zu kennzeichnen. Der historische Faschismus war eine extrem rechte Bewegung, die sich »modern« und »revolutionär« gerierte. Der Historiker Eric Hobsbawm deutet diesen Tatbestand so: »Die traditionellen Kräfte des Konservatismus und der Konterrevolution waren zwar stark, aber oft träge. Der Faschismus bot ihnen nicht nur Dynamik, sondern, was vielleicht noch wichtiger war, auch die Möglichkeit eines Sieges über die Mächte der Zersetzung.« Hierbei spielte die Symbiose von Herrschaftsstabilisierung und propagandistischer Revolutionsattitüde einen zentralen Stellenwert, so Hobsbawm: »Die Faschisten waren die Revolutionäre der Konterrevolution: in ihrer Rhetorik; mit ihrer Anziehungskraft auf jene, die sich als Opfer der Gesellschaft empfanden; bei ihrem Ruf nach totaler Transformation der Gesellschaft.« Für den Faschismusforscher Brunello Mantelli sind drei Aspekte faschistischer Politik bedeutend für ihre Anziehungskraft auf die intellektuellen und politischen Eliten: »Erstens vertritt das faschistische Regime zwar reaktionäre Werte, es ist jedoch ein 'reaktionäres Massenregime'. Zweitens ist es kein rein konservatives Regime, sondern es bezeichnet sich auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet als 'revolutionär'. Aber es handelt sich um eine 'Revolution von oben', die die soziale Ordnung nicht verändert. Drittens will es modern, sogar 'moderner' als die westlichen Demokratien und der sowjetische Kommunismus sein.«

Zentral für die erfolgreiche »Modernisierung« der Rechten ist, wie schon erwähnt, das Erhebungsversprechen in Form einer Revolte für die Nation als organischer Einheit. Der Faschismusforscher Zeev Sternhell beschreibt dies wie folgt:

»Die Vorstellung, die Gesellschaft sei ein Körper, die Idee von der Nation als lebendiger Organismus, von einer großen, durch eine neue Moral gelenkten Familie führte zu einer ausgrenzenden, ethnischen und rassischen Konstruktion des Nationalismus.«

Ideengeschichtlich betrachtet formierte sich die faschistische Ideologie im Übergang zum 20. Jahrhundert als »antimaterialistische Revolte« (Sternhell) gegen die Aufklärung, den Liberalismus und Marxismus. Der Materialismus wurde zum weit verbreiteten Schimpfwort zur Kennzeichnung einer als dekadent empfundenen Moderne. Dagegen verstand sich die präfaschistische Rechte als sittliches wie zugleich antibürgerliches und revoltierendes Korrektiv gegen Dekadenz, Individualismus und Universalismus, so Sternhell:

»Der Faschismus konnte entstehen, als die Vorstellung um sich zu greifen begann, dass der Mensch nicht der homo oeconomicus des Liberalismus und des Marxismus sei. Eine faschistische Sicht der Welt konnte sich verankern, nachdem man zu der Schlussfolgerung gelangt war, dass das Leben der Menschen umgestaltet werden könne, ohne die sozialen und ökonomischen Strukturen anzutasten. Auf eine solche Idee waren die Revolutionäre des 18. und des 19. Jahrhunderts nie gekommen. Sie beruhte auf der Annahme, wie Hendrik de Man darlegte, dass 'das Konzept der Ausbeutung ein ethisches und kein ökonomisches' sei.«

Nach rechts gewanderte Anhänger eines nationalen Syndikalismus und nationalen Sozialismus, die italienischen Futuristen und andere waren es, die den Faschismus als »Revolte« gegen die verhasste Dekadenz der kapitalistischen Moderne, des Liberalismus und der Aufklärung populär machten. Laut Mussolini war der Faschismus eine Revolte »gegen den materialistischen Positivismus des 19. Jahrhunderts«. Joseph Goebbels erklärte zum Machtantritt der Nazis, dass »das Jahr 1789 hiermit aus der Geschichte ausgelöscht wird.« ■

[1]

Deutsche Revisions-vorhaben

Den Erfolg verbucht die »Friedrich-Ebert-Stiftung« (FES) für sich. »Als Ergebnis einer internationalen wissenschaftlichen Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 11. und 12. März 2004«, schreibt die SPD-nahe, staatsfinanzierte Organisation auf ihrer Website, »wurde von den Kultusministern der Staaten Polen, Slowakei, Ungarn und Deutschland am 2. Februar 2005 in Warschau die Gründung des 'Europäischen Netzwerkes: Erinnerung und Solidarität' vereinbart.« Zentrales Ziel des Netzwerkes ist es – so die FES –, eine »Europäische Stiftung: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert« zu schaffen. Die heiß diskutierten Planungen für ein »Zentrum gegen Vertreibungen« konkretisieren sich damit zum ersten Mal.

Der Bund der Vertriebenen (BdV) hatte das »Zentrum gegen Vertreibungen« 1999 auf den Weg gebracht. Ein Jahr später gründete er die »Stiftung 'Zentrum gegen Vertreibungen'« in Berlin, die nach wie vor ein solches »Zentrum« in Berlin errichten will. Die Bundesregierung hatte das BdV-Vorhaben – nach anfänglicher Unterstützung – mehreren Modifikationen unterworfen, es erst als »Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen«, dann als »Europäisches Netzwerk gegen Vertreibungen« und schließlich, über den Europarat, als »Europäisches Zentrum zur Erinnerung an die Opfer von Zwangsumsiedlungen in Europa« zu verwirklichen versucht. Das jetzt gegründete Netzwerk erhält ein Büro in Warszawa. Die Verbände der deutschen Umgesiedelten sollen in dem neuen »Netzwerk« aktiv mitarbeiten.

Der Grundgedanke bleibt

Der Grundgedanke, den die Bundesregierung vom BdV übernommen und in den verschiedenen Planungsphasen stets beibehalten hat, ist einfach: Im Rahmen des Netzwerks soll die Umsiedlung der Deutschen als ethnisch motivierte Handlung dargestellt und mit verschiedensten verbrecherischen Untaten parallelisiert werden. Als Beispiele wurden immer wieder genannt: Der Genozid an den Armenierinnen und Armeniern im Osmanischen Reich, die Verfolgung von Sinti und Roma im Kosovo, die NS-Massendeportationen von Jüdinnen und Juden. Die Konsequenz einer solchen Parallelisierung: Die Umsiedlung der Deutschen wird als »Unrecht« qualifiziert. Damit stellt das »Netzwerk« einen Angriff auf das Potsdamer Abkommen dar, in dem die Umsiedlung rechtlich verbindlich beschlossen wurde. Äußerungen maßgeblicher sozialdemokratischer Politiker belegen dies. Es sei notwendig, »alle Fälle von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung neu zu bewerten«, hatten Bundespräsident Johannes Rau und – auf deutschen Druck hin – der polnische Staatspräsident Alexander Kwasniewski in ihrer »Danziger Erklärung« vom Oktober 2003 gefordert. Eine Neubewertung sei auch das Ziel des jetzt gegründeten Netzwerks, erklärt das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der SPD-Außenpolitiker Markus Meckel, einer der maßgeblichen Vorkämpfer des Projekts, hat diese Zielsetzung im November vor einem Ausschuss des Europarats bekräftigt: »Zwar wurden Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen von Diktatoren wie Hitler und Stalin und jüngst von Slobodan Milosevic angeordnet. Aber auch Demokraten, wie Churchill und Roosevelt, akzeptierten, dass durch ethnische Homogenisierung politische Stabilität geschaffen werden sollte. Das lehnt die internationale Gemeinschaft heute ab.« Der von Berlin initiierte Versuch, das »Netzwerk« unter der Bezeichnung »Europäisches

Zentrum zur Erinnerung an die Opfer von Zwangsumsiedlungen in Europa« vom Europarat gründen zu lassen, ist am 27. Januar 2005 gescheitert. Die Weigerung der französischen Delegation, das deutsche Revisionsvorhaben mitzutragen, führte dazu, dass am 60. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz die notwendige Zweidrittel-Mehrheit für das Projekt nicht zustande kam. Das »Zentrum« setze die Deportation in die NS-Vernichtungslager mit dem »in den Verträgen nach 1945 verabredeten Bevölkerungsaustausch« gleich, begründete der aus dem Alsace stammende französische Delegierte Bernard Schreiner seine Ablehnung.

Nur wenige Tage später, am 2. Februar, ist mit der Gründung des »Europäischen Netzwerks 'Erinnerung und Solidarität'« in Warszawa der Durchbruch gelungen. Deutschland, Polen, Ungarn und die Slowakei tragen nun gemeinsam das deutsche Revisionsprojekt. Die Tschechische Republik, bis Anfang des Jahres an den Verhandlungen beteiligt, ist Ende Januar offiziell aus den Vorbereitungen ausgestiegen. Irritiert hatte die Regierung in Praha vor allem, dass Berlin nicht bereit war, weitere Staaten – etwa Großbritannien – in die Planungen für das angeblich »europäische« Netzwerk einzubinden. Die europäischen Garantiemächte des Potsdamer Abkommens blieben dadurch ausgeschlossen.

Die polnische Regierung scheint eine doppelte Motivation zu haben, sich an dem Revisionsprojekt zu beteiligen. Das erste Motiv liegt offenkundig in der Hoffnung, die deutschen Pläne durch hartnäckige Detailarbeit aufweichen zu können. Für den Fall, dass dies nicht gelingen sollte, hat Polen eine zweite Option. In der Zwischenkriegszeit gab es in Warszawa immer wieder Überlegungen, dem deutschen Druck nachzugeben, gemeinsam mit Deutschland eine aggressive Ostpolitik zu betreiben und den Einflussverlust in den von Deutschland beanspruchten polnischen Gebieten durch einen Einflussgewinn jenseits der polnischen Ostgrenze auszugleichen. Ansätze für eine solche Politik zeigen sich jüngst in Belarus. Dort gibt es erste Streitigkeiten zwischen der polnischsprachigen Minderheit des Landes und den belarussischen Behörden. In Minsk befürchtet man, sie könnten sich ausweiten und von Polen instrumentalisiert werden.

Kaum etwas zeigt die Auseinandersetzungen zwischen den beteiligten Regierungen so deutlich wie die Passage der »Absichtserklärung über die Gründung« des Netzwerkes, in der auf das Potsdamer Abkommen Bezug genommen wird. Dort heißt es, man handle »auf der Grundlage der seit 1945 geschlossenen völkerrechtlichen bi- und multilateralen Verträge, politischen Vereinbarungen und Abkommen, die als historische Tatsachen respektiert werden«. Dass das Potsdamer Abkommen damit wenigstens implizit erwähnt wird, dürfte der polnischen Regierung zu verdanken sein. Dass es nicht als »gültig« klassifiziert, sondern nur »als historische Tatsache respektiert« wird, entspricht hingegen der deutschen Rechtsposition, das Potsdamer Abkommen sei ein »abgeschlossenes historisches Kapitel« und stehe damit der Neubewertung offen.

Revisionisten im Boot

An dem Projekt werden auch die aggressivsten Kräfte des deutschen Revisionismus beteiligt. Wie ein Sprecher der Kulturstaatsministerin Christina Weiss gegenüber dem Internetdienst german-foreign-policy.com bestätigte, ist es »erwünscht«, die Verbände der deutschen Umgesiedelten in das »Netzwerk« zu integrieren. Die Tageszeitung »Die Welt« berichtet, »fast alle Institutionen und Museen aus dem Umfeld der deutschen Vertriebenenverbände hätten ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisiert«. Auch der BdV ist mit dem Konzept einverstanden. »Ein Netzwerk braucht Knotenpunkte«, erklärte BdV-Präsidentin Erika Steinbach gegenüber der Berliner Zeitung: »Und einer dieser Knotenpunkte soll unser Berliner Zentrum sein. Daran halten wir fest.« ■

[1] Die Präsidentin des »Bundes der Vertriebenen« (BdV), Erika Steinbach, spricht vor Vertriebenen.

Gedenkstätten- und Erinnerungspolitik nach Hubertus Knabe

Am 22. März 2005 wurde in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit, eine Ausstellung unter dem Titel »Mut und Zivilcourage in Deutschland 1933 – 1989« eröffnet. In ihr werden Personen und Gruppen vorgestellt, die Widerstand, egal ob auf ziviler oder militärischer Ebene, gegen die »beiden deutschen Diktaturen« geleistet haben. Damit steht die Ausstellung stellvertretend für eine Erinnerungspolitik in Deutschland, die zunehmend die Verbrechen im »Nationalsozialismus« mit »DDR-Unrecht« gleichsetzt.

Hubertus Knabe

Vorangetrieben wird diese Entwicklung auch durch Dr. Hubertus Knabe, der für seine »populärwissenschaftlichen« Veröffentlichungen zum Thema MfS bekannt ist. Von 1992 bis 2000 arbeitete er in der Forschungsabteilung des Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen. Seit 2000 ist er wissenschaftlicher Direktor der Gedenkstätte. Knabe referierte in jüngster Vergangenheit vor Vereinen, Gruppen oder Diskussionskreisen, die dem rechtskonservativen Bereich oder der »Neuen Rechten« zuzuordnen sind. So ist er als Referent des Veldensteiner Kreises ausgewiesen. Dieser Kreis, sein Schwerpunkt ist neben dem Hannah-Ahrendt-Institut die »Totalitarismusforschung«, ist eine seit 1990 zweimal jährlich tagende Diskussionsrunde von Historikern, Politik- und Sozialwissenschaftlern. Der altbackenen Totalitarismustheorie folgend betreibt auch dieser Kreis eine Gleichsetzung linker und rechter Positionen. Zudem existiert die Forderung nach einem starken Staat. Linke Kritiker werfen dem Kreis vor, dass durch die Gleichsetzung von Antifaschismus und Rechtsextremismus die eigenen nationalen und völkischen Vorstellungen kaschiert werden, durch die Generierung von Fachwissen versucht sich der Kreis von vermeintlichen Extremen abzugrenzen.

Knabe referierte bereits innerhalb der Vortragsreihe der Staats- und Wirtschaftpolitischen Gesellschaft e.V. Der als gemeinnützig eingetragene Verein wurde 1962 durch den ehemaligen Chefredakteur des »Deutschen Wortes«, Hugo Wellems, den damaligen CDU-Abgeordneten Arthur Mißbach und Karl-Friedrich Grau gegründet. Mißbach war Pressereferent von Joseph Goebbels und Grau hoher Funktionär im Nationalsozialismus. Heute ist der Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler Leiter des Vereins. 1999 hatte er eine Festschrift für den englischen Auschwitzleugner David Irving veröffentlicht und sich wiederholt antisemitisch und neonazistisch geäußert.

Der Verein selbst organisiert hauptsächlich Vortragsveranstaltungen und gibt eigene Publikationen heraus. Zwar bezeichnet sich der Verein als konservativ, jedoch bestätigte Hamburgs Vizeverfassungsschutz-Chef Manfred Muck 2001 »personelle Überschneidungen mit rechtsextremen Organisationen«. Darüber hinaus hielt Knabe im Wintersemester 1999/2000 einen Vortrag für die rechtskonservative Burchenschaft »Germania« in Köln.

Jüngst trat Knabe zusammen mit Jörg Friedrich in Wilhelmshorst bei Potsdam als Referent auf, um mit ihm über die Befreiung zu diskutieren.

Jörg Friedrich kam durch sein Buch »Der Brand« in die Kritik, da die Bombardierungen der Alliierten in semantischer Anlehnung an den Holocaust beschrieben werden, die Shoa wird somit relativiert.

Mitleid mit den Opfern

polnische Soldaten wurden gefangen genommen, fast zwei Drittel von ihnen kamen ums Leben. Die UdSSR eignete sich über 50 Prozent des polnischen Staatsgebietes

den Diktaturen wurde nicht von Stalin aufgekündigt. Als die Wehrmacht im Juni 1941 in die Sowjetunion einmarschierte, empfanden dies viele zunächst als Befreiung

POSITIONEN

Kein Befreier: Stalin war schon vor dem Krieg ein Unterdrücker

VON HUBERTUS KNABE

Foto: Ulli Winkler

[1] Faksimile Tagesspiegel 17. Mai 2005.

Knabes Veröffentlichungen

Mit seinen Publikationen, die in den meisten Fällen stark ideologisch geprägt sind, erregte er mehrfach Kritik in der Öffentlichkeit. Am 22. März 2001 veröffentlichte er einen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in dem er (wie schon in seinem zuvor erschienenen Buch »Die unterwanderte Republik«) die These aufstellte, dass es eine »Außerparlamentarische Opposition« (APO) in den Sechziger Jahren nie als eigenständige Kraft gegeben hätte, sondern diese durch die Sicherheits- und Propagandaapparate der DDR ersonnen worden sei. In diesem Buch werden verschwörungstheoretische Ansätze Knabes sichtbar.

Ebenfalls 2001 veröffentlichte Knabe das Buch »Der diskrete Charme der DDR – Stasi und Westmedien«. Teile der Westmedien, so Knabes Theorie, seien durch die Staatssicherheit unterwandert worden. Die Veröffentlichung des Buches wurde von rechtlichen Auseinandersetzungen und einer einstweiligen Verfügung begleitet. Folgen hatte das Buch speziell innerhalb der Diskussion um die Weiterbeschäftigung Knabes als Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen, nachdem seine Probezeit im August 2001 ablief. Speziell der damalige Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin (SPD) setzte sich für die Ablösung Knabes ein. Vor allem SED-Opferverbände und die extrem rechten Republikaner setzten sich nun für Knabe ein. Letztere lobten besonders die anti-sozialistischen Züge des Autors.

Ein weiteres Buch veröffentlichte Knabe kurz vor dem 60. Jahrestag der Befreiung unter dem Namen »Tag der Befreiung? – Das Kriegsende in Ostdeutschland«. Dessen zentrale Aussage: Einen Tag der Befreiung hätte nur Westdeutschland erlebt, im Osten sei eine weitere Diktatur installiert worden. Die Stunde der Freiheit für den Osten existiert nach Knabe erst nach 1989. Diese verkürzte Sichtweise zieht sich durch das ganze Buch. Dass in Westdeutschland jahrzehntelang die Vorstellung von Niederlage, Katastrophe und Kapitulation vorherrschte, ignoriert Knabe. In drei großen Kapiteln beschreibt er die »Schrecken der Diktatur«, die »Säuberung der Ostgebiete« und den »Weg in die SED-Diktatur«. Die Rote Armee bekommt dabei einen terroristischen Anstrich. Diese Art von Geschichtsschreibung betreibt Knabe auch öffentlich. Demnach seien die »Gewalttaten gegen deutsche Zivilisten« der Roten Armee einzigartig, da sie »sehr systematisch und gewissermaßen flächendeckend« gewesen seien. Die Befreiung vom Faschismus bleibt bei dieser Betrachtung nebensächlich.

Fazit

Hubertus Knabe gehört zu den bekanntesten Historikern, die sich mit dem Staatssicherheitssystem der DDR befassen. Dabei arbeitet er mit totalitarismustheoretischen Ansätzen, wonach die Zeit des Faschismus, Stalins und der Zeit nach dem Tod Stalins ausschließlich mit Hilfe des Totalitarismusbegriffes geklärt werden. Ergebnis ist ein Geschichtsbild, das Form, Mittel und Umsetzung von Herrschaftsprinzipien von deren Intentionen, Inhalten und deren Zweck trennt, wodurch eine »doppelte Diktatur« bzw. zwei »deutsche Diktaturen« generiert werden. Folglich ist es nicht verwunderlich, dass er ein Fürsprecher der von der CDU-/CSU-Fraktion im Bundestag eingebrachten Anträge zur »Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland« ist.

Durch seine Arbeit treibt er die Entdifferenzierung des Gedenkens voran, wobei er die Verbrechen des Nationalsozialismus, insbesondere die Shoah relativiert. Dass auch Neonazis sich auf die »Extremismus- und Totalitarismusforschung« berufen, um ihre antikommunistischen Anliegen zu legitimieren, wie beispielweise nach den Besuchen von Berliner Kameradschaften in der Gedenkstätte Hohenschönhausen geschehen, scheint ihn dabei wenig zu stören. ■

Colonia Dignidad

Ein deutsches Mustergut im Süden von Chile

Wer auf der Suche nach möglichst großer Entfernung und Entspannung von Deutschland durch den Süden Chiles reist, dem kann es passieren, auf einer verlassenen Schotterpiste mitten in der malerischen Bergwelt der Anden auf ein Werbeschild zu stoßen, auf dem »Tante Hildes Apfelstrudel« beworben wird. Was als absurde Kuriosität oder schlechter Scherz erscheinen mag, erweist sich bei genauerem Hinsehen als vergleichsweise harmloses Symptom einer seit Beginn des 20. Jahrhunderts starken deutschen Präsenz in dem südamerikanischen Land. Neben Süd-Brasilien und Argentinien war Chile der Hauptanlaufpunkt für deutsche Auswanderer in Südamerika. Hier wurden sie von den Regierungen, die, inspiriert durch die derzeit weit verbreiteten pseudowissenschaftlichen Rassentheorien, versuchten, durch gezielte Förderung europäischer Einwanderung die heterogene Bevölkerungszusammensetzung ihrer Staaten »einzuweißen«, mit offenen Armen empfangen. Auch die klimatischen Bedingungen, die den mitteleuropäischen sehr ähnlich sind, mögen dazu beigetragen haben, dass sich Deutsche besonders im Süden Chiles angesiedelt haben.

Matti Steinitz

Aus ihrer Heimat brachten die Deutschen ab den 1920er Jahren neben den bei den rassistischen Bevölkerungspolitikern Chiles sehr beliebten »deutschen Tugenden« auch verstärkt nationalsozialistisches Gedankengut in die Gesellschaft des Landes ein. Die NSDAP/AO hatte hier eins ihrer wichtigsten Zentren in Lateinamerika und ab 1933 sympathisierte ein großer Teil des chilenischen Bürgertums mit Nazi-Deutschland. Nach 1945 war Chile einer der Hauptanlaufpunkte für Nazi-Größen, deren Flucht von der ODESSA (Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen) organisiert wurde. In den Nachkriegsjahrzehnten entstand in Lateinamerika ein Netzwerk, in dem geflohene Nazis wie Klaus Barbie (der »Schlächter von Lyon«), Mengele, Eichmann und viele andere die Kontinuität der NS-Bewegung sicherstellen, wirtschaftliche Macht aufbauen und in den sechziger und siebziger Jahren enge Kontakte zu den ideologisch nahestehenden Militärdiktaturen der Region etablieren konnten. Chile war Dreh- und Angelpunkt dieser Aktivitäten und es ist wohl kein Zufall, dass die zentralen Feierlichkeiten anlässlich des 100. Geburtstags von Hitler am 20. April 1989 ebendort stattfanden. In enger Verbindung zum lateinamerikanischem Nazi-Netzwerk stand auch die sogenannte Colonia Dignidad, ein »Mustergut« etwa 400 Kilometer südlich von Santiago de Chile, auf dem eine christlich-fundamentalistische Sekte aus Deutschland ab 1961 ein brutales Lagerregime etablierte, in dem totale Überwachung, Kindesmissbrauch, Folterungen, psychische Abhängigkeit, Sklavenarbeit und Mord zum Alltag gehörten. Führer dieser Sekte war Paul Schäfer, der, nachdem er sich aufgrund eines Haftbefehls seit 1997 auf der Flucht be-

[1]

fand, am 10. März diesen Jahres in Buenos Aires gefasst und zügig nach Chile ausgeliefert wurde.

Die Anfänge

Die Colonia Dignidad entstand 1961, nachdem Schäfer wegen Kindesmissbrauchs aus Deutschland fliehen musste und in Chile einen sicheren Unterschlupf fand. Mit ihm kamen fast alle Mitglieder der Sekte, die er nach einer Abspaltung von den evangelisch-freikirchlichen Gemeinden in Hamburg, Hamm und Gronau im Jahr 1956 mit psychologischen Zwangsmaßnahmen zu seinen treu ergebenen Dienern gemacht hatte. Schon in Deutschland hatte die Sekte ein hohes Maß an wirtschaftlichen Aktivitäten entwickelt, die unter anderem Lebensmittel- und Drogeriegeschäfte umfassten und auf der entgeltlosen Arbeit der Anhänger basierte. In Chile angekommen, wurde ein 18.500 Hektar großes Gelände erstanden, welches durch eine elektrifizierte Überwachungsanlage abgesichert wurde. Nach wenigen Jahren entstanden auf der Colonia Dignidad u.a. Flugplatz, Kraftwerk, Schule, Krankenhaus, Ziegelei, Bäckerei und ertragreiche landwirtschaftliche Anbauflächen. Damit erreichte die deutsche Kolonie ein Maß an Autarkie, das die Sektenführer stolz verkünden ließ, »nur noch auf Salz und Reis von außerhalb angewiesen zu sein«.[1] Das Resultat war ein »Staat im Staate«, dessen Existenz besonders aufgrund der Enthüllungsberichte einiger entflohener Bewohner des Lagers bereits in den 1960er Jahren für einen großen Skandal in der chilenischen Öffentlichkeit sorgte. Die Zeugnisse von Zwangsarbeit, Psychofolter, systematischem Kindesmissbrauch, absoluter Kontrolle und Führerkult ließen die Medien kurzzeitig erschaudern und bewirkten gar einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Dieser kam jedoch zu dem Schluss, dass bis auf einen ungeklärten Todesfall, eine unangemeldete Schule und einen nicht genehmigten Friedhof, nichts Relevantes gegen die Colonia Dignidad und ihre Führer vorliege.

Dass es sich bei der offiziellen Entlastung bestenfalls um einen Trugschluss, wahrscheinlich jedoch um von oben angeordnete juristische Deckung für die Colonia Dignidad handelte, beweist die Fülle von Augenzeugenberichten und Gerichtsurteilen, die sich in den letzten vier Jahrzehnten angehäuft haben. Dem deutschen Haftbefehl wegen Unterschlagung und Kindesmissbrauchs, der die Emigration von Schäfer und seinen AnhängerInnen auslöste, folgten bald auch in Chile Anklagen wegen ähnlicher Delikte. Dem zwanzigjährigem Wolfgang Müller war 1966 nach mehrmaligem Scheitern die Flucht aus der Colonia gelungen. Er berichtete, dass der sexuelle Missbrauch von minderjährigen Jungen zum Lageralltag gehöre. Müller wurde wenig später wegen falscher Beschuldigungen zu fünf Jahren Haft verurteilt, konnte das Land jedoch rechtzeitig verlassen. Im Jahr 1975 wurde er kurz vor seinem Abschlussexamen als Sozialpädagoge aus einer Wohngemeinschaft in Siegen entführt. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren wegen »Verschleppung« ein, nachdem ein Brief aus der Colonia Dignidad eingegangen war, dass Müller sich »freiwillig« in Chile befände. Weitere Enthüllungen von Menschen, die aus dem Hochsicherheitslager fliehen konnten, ermöglichten es ab den 1970er Jahren, ein genaueres Bild vom Alltag im Lager zu erlangen und öffentlich zu machen.

[2]

Der Sektenguru Paul Schäfer

Schäfer, der seine Tätigkeit mal als Seelsorger, mal als Psychologe beschrieb, hatte sich im Rahmen seines Wirkens als maximale Autorität der Sekte zu einem Meister perfider Psychopraktiken entwickelt. Diese waren darauf ausgerichtet, die Persönlichkeit der Betroffenen zu zerstören und sie so in die absolute Abhängigkeit von ihrem Oberhaupt zu bringen. Wichtige Elemente von Schäfers Unterwerfungsstrategien waren unter anderem totale Abschottung von der Außenwelt, die durch ein ausgeklügeltes Überwachungs- und Blockwart-System sichergestellt wurde, sowie repressive Maß- →

[1] v.l.n.r.: Marinechef Toribo Merino, Armeechef Augusto Pinochet und Luftwaffenkommandant Fernando Matthei im März 1988 in Chile.

[2] Paul Schäfer auf einem Fahndungsplakat.

→ nahmen zur Unterbindung der Verständigung zwischen den BewohnerInnen, die sich mit allen Anliegen und persönlichen Problemen ausschließlich an Schäfer zu wenden hatten. Ein rigides Bestrafungssystem stellte sicher, dass jegliche sexuelle Neigungen junger Menschen unterdrückt wurden, während sie gleichzeitig zur Verfügung ihres Führers stehen mussten, der so die uneingeschränkte Befriedigung seiner pädophilen und homosexuellen Bedürfnisse gewährleisten konnte. Schäfer bediente sich in seinem Mini-Führerstaat einer pseudowissenschaftlichen Psychologie, die mehr als nur Versatzstücke aus dem NS enthielt. »Psychopathen« sollten auch in der Colonia Dignidad durch Arbeit und Bestrafung geheilt werden. Als geisteskrank galten Menschen, die eines Fluchtversuches überführt wurden, Schäfer kritisiert oder über Missstände geklagt hatten. Die Foltermethoden, die Menschen zu erleiden hatten, die sich außerhalb des Zwangskollektivs gestellt hatten, zeichneten sich durch eine Fixierung auf Anus und Geschlechtsteile aus, wodurch die Folterer tiefe Eingriffe in die Biographie der Opfer erzielen konnten, die in ihre frühkindliche Phase zurückgeworfen wurden. Die mit diesen Methoden erzielte »Entkernung der Persönlichkeit« sorgte dafür, dass die Colonia-Bewohner sich kein Leben mehr außerhalb des Mini-Führerstaates vorstellen konnten und wollten.

Das zweite wesentliche Merkmal der Colonia neben der Psychologie war der militante Antikommunismus ihrer Führer. Als 1970 die linke Volksfront mit Allende als Präsidenten die Macht in Chile übernahm, wurden die Sicherheitsmaßnahmen in der Colonia extrem verschärft und alle Männer mit Schusswaffen ausgerüstet, da man Landenteignungen befürchtete. Die guten Kontakte zu rechten Kräften in Militär, Wirtschaft und Politik wurden intensiviert und das deutsche Mustergut entwickelte sich zu einer wichtigen Basis der militanten Opposition gegen die neue linke Regierung. Schäfer stand in enger Verbindung zur rechtsradikalen Terrororganisation »Patria y Libertad«, die versuchte, durch Attentate und Sabotage die Allende-Regierung zu destabilisieren. Bei einer staatlichen Durchsuchung in der Siedlung am 14. Juni 2005 wurde ein riesiges Waffenlager ausgehoben, möglicherweise das größte in Chile in Privatbesitz befindliche. Auch der Putsch am 11. September 1973 wurde logistisch durch die Colonia Dignidad unterstützt. Die persönliche und politische Nähe von DINA-Chef Manuel Contreras und Schäfer sorgte für eine intensive und reibungslose Kooperation zwischen Pinochets Militärregime und der Colonia, die durch ihre abgeschiedene Lage, gute Auslandskontakte, eine hochentwickelte Sicherheitsanlage, modernste Abhöreinrichtungen und die Anwesenheit von in Foltertechniken erfahrenen Gestapo- und SS-Schergen den Bedürfnissen des im Aufbau befindlichen Unterdrückungsapparates entgegenkam. Es ist heute klar, dass die Colonia zwischen 1973 und 1990 als Ausbildungs-, Haft- und Folterzentrum des chilenischen Geheimdienstes DINA fungierte. Eine unbekannte Zahl von Menschen wurde hier über Jahre festgehalten, gefoltert und einem Zwangsarbeitssystem unterworfen, das getreu Schäfers Motto »Arbeit ist Gottesdienst« funktionierte. Zeugenaussagen und Ermittlungen haben des weiteren ergeben, dass die Colonia Schauplatz der »Operation Colombo« war. Diese hatte zum Ziel, den Eindruck zu erwecken, dass sich »verschwundene« Oppositionelle im Ausland gegenseitig umbrachten, um so den immer drängenderen Fragen nach ihrem Verbleib zu begegnen. 1975 wurden 119 Oppositionelle in einer gemeinsamen Aktion von Colonia-Bewohnern und DINA auf dem Gelände der Kolonie nach Aussagen eines Zeugen »massakriert«, deren Leichen später im Ausland auftauchten.

Eine wichtige Basis für den Erfolg der Colonia Dignidad waren die intensiven Kontakte nach Deutschland und zur internationalen Nazi-Szene. Zu den guten Freunden, Geschäftspartnern, Unterstützern und häufigen Besuchern der Colonia zählten unter anderem die nach Chile exilierten Nazis Hugo Roggendorf (SS-Veteran), Walter Rauff (der Erfinder der Tötungswagen) und Hans Albert Loeper, eine der wichtigsten Figuren des lateinamerikanischen Nazi-Netzwerks. Auch in Deutschland lebende Nazis waren gern gesehene Gäste in Chile: Gerhard Mertins, Waffenhändler und Vorsitzender des »Freundeskreises Colonia Dignidad«, nach 1945 aktiv in der Sozialistischen Reichspartei und der west-

deutschen Nazi-Szene, weilte noch 1989 auf einem Arbeitsbesuch in der Colonia; der Rechtsanwalt Manfred Roeder, der das Vorwort zum Buch »Die Auschwitzlüge« schrieb, war mit Schäfer befreundet und besuchte ihn mehrfach. Gute Verbindungen bestanden auch nach Bayern, insbesondere zu CSU-Politikern, die intensive Lobby-Arbeit leisteten, um das schlechte Image der Colonia in der BRD aufzupolieren. Nach dem Tod von Franz Josef Strauß wurde bekannt, dass er mehrere Male mit seinen Söhnen zum Urlaub bei Schäfer war. Die Sympathie des CSU-Patriarchen zum faschistoiden Landgut beruhte auf Gegenseitigkeit. »Strauß ist ein Mann der Wahrheit und der Tapferkeit. Er ist wie Pinochet.«, sagte Hartmut Wilhelm Hopp, Arzt der Kolonie, im Interview mit der Zeitung Mercurio 1987.

[1]

[1] Der Chef des chilenischen Geheimdienstes »DINA« und Freund Paul Schäfers Manuel Contreras bei seiner Festnahme.

Deutsche Verdrängungsleistung

Spätestens seit 1966 war die deutsche Botschaft in Chile über die Vorgänge auf dem Anwesen informiert. »Jahrelang hat die deutsche Botschaft dem Treiben auf dem Gut untätig zugesehen oder es sogar begünstigt. Einmal in der Woche kam ein Sektenmitglied zur Kontaktpflege in die Botschaft; Passverlängerungen oder Lebensbescheinigungen für die Rente wurden im Sammelverfahren und ohne Anwesenheit der betreffenden Person erledigt.«[2] Enge persönliche und wirtschaftliche Kontakte zwischen Botschaftsvertretern und Schäfer lassen dessen häufig gegenüber Sektenmitgliedern wiederholte Aussage, er habe die Botschaft in der Hand, plausibel erscheinen. Die bereits 1977 durch amnesty international publik gemachten Verbindungen zum chilenischen Unterdrückungsapparat hatten keinerlei negative Konsequenzen für die guten Beziehungen zu den Repräsentanten der BRD in Chile. Erst 1987, nach neuen Presseberichten, sah sich der deutsche Staat gezwungen auf die immer drängenderen Fragen von Angehörigen, die sich in der »Not- und Interessengemeinschaft für die Geschädigten der Colonia Dignidad« organisierten, Menschenrechtsorganisationen und Presse zu reagieren. Außenminister Genscher veranlasste eine Untersuchung der Zustände, die zum Ergebnis hatte, dass die Komplizenschaft der deutschen Botschaft mit Schäfers Terrorregime beendet wurde und der Einsatz für widerrechtlich festgehaltene deutsche Staatsbürger verstärkt wurde. Wider besseren Wissens wurde jedoch jegliche Kenntnis über Verbindungen zum chilenischen Geheimdienst abgestritten. Die standardisierte Antwort auf Anfragen von Journalisten und Abgeordneten der Grünen lautete: »Zum Komplex `DINA` verfügt die Bundesregierung über keine eigenen Informationen.« Auch nachdem 2001 der Bundestag beschloss, dem Fall erhöhte Priorität einzuräumen und die Opfer zu unterstützen, gibt es bis heute keinen Hilfsfonds, geschweige denn ein Engagement für die gefolterten ChilenInnen.

Nach dem Abtritt Pinochets, der ebenfalls ein gern gesehener Gast in der Colonia Dignidad war, stieg auch der Repressionsdruck auf Schäfer und seine Komplizen. Seit 1997 gab es verschiedene Razzien auf der Kolonie, mit dem Ziel Schäfer, der sich weiterhin auf dem Gelände aufhielt, zu verhaften. Jedes Mal rückte die Polizei erfolglos wieder ab und verstärkte so den Eindruck, dass den chilenischen Behörden wenig an einer Festnahme des Deutschen gelegen war, der mit seinem Detailwissen auch viele aktive Politiker der pinochetistischen Rechten Chiles in Gefahr bringen könnte. Nachdem Paul Schäfer nun in Argentinien festgenommen wurde und jetzt vor ein chilenisches Gericht gestellt wird, besteht zumindest die Chance, dass das Streben der Opfer und ihrer Angehörigen nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Bestrafung des deutschen Täters erfüllt wird. ■

1| Lateinamerika Nachrichten, Dezember 1989, S. 7
2| Lateinamerika Nachrichten, Dezember 1989, S. 42

weitere Quellen: Lateinamerika Nachrichten; Nr. 370, April 2005

Korpsgeist und Kontinuitäten

Eine kleine Geschichte des Auswärtigen Amtes

Ende März dieses Jahres erschien in der FAZ eine Anzeige, in der 128 ehemalige wie noch aktive Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes (AA) den im Oktober 2004 verstorbenen Franz Krapf für seine Verdienste im Diplomatischen Dienst der Bundesrepublik ehrten. Der Jurist (Jahrgang 1911) hatte seit den frühen 1950er Jahren verschiedene Funktionen im AA innegehabt und in den folgenden Jahrzehnten eine beachtliche Laufbahn absolviert, die er als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland beim NATO-Rat in Brüssel im Jahr 1976 beendete. Die Karriere des Franz Krapf hatte aber nicht erst in der Nachkriegszeit begonnen, sondern bereits am 1. Februar 1938, als er dem Auswärtigen Dienst des »Dritten Reiches« beigetreten war. Doch nicht nur das: Seit 1936 gehörte Krapf der NSDAP an. Bereits im Mai 1933 war er der SS beigetreten und fungierte ab Februar 1938 als SS-Untersturmführer im SD-Hauptamt. In einem Entnazifizierungsverfahren vor der Spruchkammer München III wurde Krapf im Mai 1948 dennoch in die Gruppe der »Entlasteten« eingestuft. Seine NS-Vergangenheit stand somit einer zweiten Karriere nicht mehr im Weg. Erst nach dem Tod Krapfs rückte die Tatsache, dass der vormalige Elitediplomat der Bundesrepublik der NSDAP und der SS angehört hatte, ins öffentliche Bewusstsein.

»Verschworene Gesellschaft«

Dies wäre wohl kaum geschehen, hätte nicht eine von Außenminister Fischer im September 2003 herausgegebene Anweisung, unter zahlreichen Mitarbeitern des AA für erheblichen Unmut gesorgt. Gegen den Erlass Fischers, künftig ehemalige Angehörige des Diplomatischen Dienstes, sofern sie der NSDAP angehört hatten, nicht mehr mit einem Nachruf in der amtsinternen Zeitschrift zu ehren, regte sich massiver Protest, der vorläufig mit der Veröffentlichung der Anzeige für Franz Krapf in der FAZ seinen Höhepunkt fand. Daran änderte auch die Feststellung nichts, dass der Außenminister angesichts der Widerstände gegen die geänderte Nachrufpraxis relativ schnell auf eine entpolitisierende Kompromisslinie eingeschwenkt war, die nunmehr vorsieht verstorbene Mitarbeiter des AA unabhängig von der Frage ihrer NSDAP-Mitgliedschaft grundsätzlich nicht mehr zu ehren.

Dennoch kündigte Fischer die Einsetzung einer unabhängigen Historiker-Kommission an, die sich umfassend mit der Politik des Auswärtigen Amtes während der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigen soll. Derartige Absichtserklärungen sind im Grunde nichts Neues: Bereits in den Jahren 1951/1952 trat ein Untersuchungsausschuss des Bundestages zusammen, der Hinweisen auf die extrem hohe Zahl NS-belasteter Mitarbeiter im AA nachgehen sollte. Im Jahr 1971 stellte der damalige Außenminister der sozialliberalen Koalition Walter Scheel (FDP), eine kritische Aufarbeitung der Geschichte des AA in Aussicht. Konkrete Resultate blieben in beiden Fällen aus. Ob es diese nun in Folge der aktuellen Nachrufde-

batte geben wird, scheint zweifelhaft, nicht zuletzt, da das Projekt einer unabhängigen Historikerkommission schon vor ihrer Konstituierung im Zuge des absehbaren Regierungswechsels im September bereits wieder beendet sein könnte. Die Vehemenz, mit der Teile der Beamtenschaft des AA gegen den Erlass Fischers zu Felde zogen, verweist aber auch auf den bis heute offenkundig stark ausgeprägten Corpsgeist, jener »verschworenen Gesellschaft« (Hans-Jürgen Döscher), der es über Jahrzehnte hinweg gelang, das Mitwirken des Amtes an den nationalsozialistischen Massenverbrechen zu bagatellisieren und die frappierenden personellen Kontinuitäten, die nach 1951 deutlich wurden, zu verschleiern.

Rechtfertigungslegenden

In diesem Zusammenhang tauchten drei Behauptungen immer wieder auf: Zum einen sei das AA in der Zeit des Nationalsozialismus ein »Hort der Opposition« gewesen. Hochrangigen Beamten, wie etwa dem Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker sei es in erster Linie darum gegangen, »schlimmeres« zu verhindern. Vom Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen hätte kaum ein Mitarbeiter des AA Kenntnis gehabt, da diese vor allem mit diplomatischen Routineangelegenheiten befasst gewesen seien. Die dritte Rechtfertigungslegende bezog sich auf die Verbrechen, an denen das AA nachweislich mitgewirkt hatte. Hierfür seien fast ausschließlich Quereinsteiger aus den Reihen der SS sowie anderer NS-Organisationen verantwortlich gewesen, die das Amt in Folge der Ernennung Joachim von Ribbentrops zum Außenminister im Februar 1938 usurpiert hätten. Demnach sei das AA spätestens seit Beginn des Zweiten Weltkrieges in zwei Ämter zerfallen: Einerseits in ein »unpolitisches«, in dem Berufsdiplomaten professionell und gegenüber dem NS-Regime distanziert ihren Aufgaben nachgekommen seien. Andererseits in ein »politisches«, das, vor allem repräsentiert durch die mit »Rassepolitik« und »Judenfragen« befasste »Abteilung Deutschland« zum Anziehungspunkt nationalsozialistischer Karrieristen geworden sei. Dementsprechend hieß es in der im Jahr 1970 veröffentlichten Festschrift zum 100jährigen Bestehen des AA: »Diese Abteilung ist der eigentliche Eiterherd im Amt gewesen.« Eine Einschätzung, die im Übrigen auch bis in die 1980er Jahre vom größten Teil der zeitgeschichtlichen Forschung geteilt wurde. So seien, resümierte etwa Martin Broszat in seinem 1969 erstmals erschienen Standardwerk »Der Staat Hitlers«, im polykratischen Herrschaftssystem des Nationalsozialismus die traditionellen Strukturen des AA, den Eingriffen durch Partei und SS weitgehend hilflos ausgeliefert gewesen. Die wissenschaftlich derart legitimierten Mythen des AA gerieten erst Jahre später durch die Arbeiten von Christopher Browning und Hans Jürgen Döscher ins Wanken – wenn auch nur minimal, angesichts der Wirkungsmächtigkeit der über Jahrzehnte tradierten Rechtfertigungslegenden.

Zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus

Ein Blick in die Geschichte des 1870 gegründeten Amtes verdeutlicht, dass Korpsgeist und Standesdünkel seit jeher unter den Mitarbeitern des Diplomatischen Dienstes weit verbreitet waren. Politischen und gesellschaftlichen Demokratisierungsprozessen stand man daher im AA zumeist distanziert, wenn nicht ablehnend gegenüber. So rekrutierten sich die leitenden Beamten des AA während des Kaiserreichs fast ausschließlich aus dem vermögenden (preußischen) Adel. Für Mitarbeiter, die aus dem vorwiegend nationalliberal geprägten Bürgertum stammten endete die Karriereleiter in der Regel auf der untergeordneten Hierarchieebene der Konsularbeamten. Juden und Sozialdemokraten blieb der Zugang zum Auswärtigen Amt nahezu vollständig versperrt.

Dieser feudalistische Exklusivitätsanspruch kennzeichnete die Personalpolitik des AA auch in den Jahren der Weimarer Republik. Die 1920/1921 in Angriff genommenen Reformbemühungen, die darauf abzielten, das Außenministerium breiteren gesellschaftlichen Schichten zu öffnen scheiterten nicht zuletzt am Beharrungsvermögen und den Obstruktionen der konservativ eingestellten Karrierediplomaten, die nach dem Zusammenbruch der Monarchie auf ihren Posten verblieben waren. Sofern sie politisch organisiert waren, gehörten die Weimarer Nachwuchsdiplomaten überwiegend rechten, der Republik feindselig gegenüberstehenden Gruppierungen an. Die nach 1945 gerne verbreitete Behauptung, vor der Machtübernahme der Hitlers habe nur ein Mitarbeiter des AA der NSDAP angehört, bedarf der Korrektur: Vor dem 30. Januar 1933 waren bereits mindestens zehn Beamte des Amtes der Partei beigetreten. Aber auch ein großer Teil derjenigen Diplomaten, die keiner extrem rechten Gruppierung angehörten, dürfte, so vermutet der Historiker Hans Jürgen Döscher, gegenüber der Weimarer Demokratie eine »reservierte, wenn nicht ablehnende Haltung« eingenommen haben.

Insofern verwundert es nicht, dass das Ende der Republik im Außenministerium relativ gleichgültig zur Kenntnis genommen wurde, zumal sich für das AA im Kontext der nationalsozialistischen Machtübernahme keine größeren Veränderungen ergaben. Lediglich ein Angehöriger des Diplomatischen Corps, der deutsche Botschafter in Washington, quittierte aus politischen Gründen seinen Dienst. Das im April 1933 erlassene »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«, das vorsah, politisch missliebige sowie jüdische Beamte aus dem →

[1]

[1] Konstantin Herrmann Freiherr von Neurath war SS Obergruppenführer und schon seit 1932 amtierender Außenminister.

Öffentlichen Dienst zu entlassen, hatte im AA nur marginale Auswirkungen, da es dort schlechterdings so gut wie keine jüdischen oder offenkundig regimekritisch eingestellten Mitarbeiter gab. Auch der seit Juni 1932 amtierende Außenminister Konstantin Herrmann Freiherr von Neurath, behielt seinen Posten bis zum Februar 1938. Obgleich das aristokratisch geprägte Sozialprofil des AA sowie die angebliche Behäbigkeit seiner Beamten, den nationalsozialistischen Vordenkern einer alle Konventionen missachtenden aggressiv-völkischen Außenpolitik hinderlich erschien, griff Hitler zunächst nicht in die Struktur des Amtes ein. Dies resultierte zum einen aus dem Umstand, dass das NS-Regime kaum über eigene außenpolitisch versierte Funktionäre verfügte und somit auf die Beamtenschaft des AA angewiesen war. Zum anderen verfolgten das AA und die Außenpolitik des Nationalsozialismus mit der angestrebten grundsätzlichen Revision der Versailler Verträge identische Ziele.

Das Auswärtige Amt und die »Endlösung«

Die nationalsozialistische Einflussnahme auf das Amt nahm seit 1938 dramatisch zu, nachdem Ribbentrop im Februar zum Innenminister ernannt worden war. Von den 74 Referenten seiner »Dienststelle« übernahm Ribbentrop 28, von denen wiederum 20 der SS angehörten ins Auswärtige Amt. Zu den entscheidenden Kriterien der Personalrekrutierung avancierten von nun an die Mitgliedschaft in der NSDAP bzw. in einer anderen Parteiorganisation sowie die persönliche Loyalität zu Ribbentrop.

Im Mai 1940 wurde das »Referat Deutschland« des AA zur »Abteilung Deutschland« aufgewertet und unter Führung von Unterstaatssekretär Martin Luther, einem engen Vertrauten des Außenministers, sukzessive zu einem Organisationskomplex mit zwölf Referaten und 190 Mitarbeitern ausgebaut. Die Abteilung beanspruchte umfassende Zuständigkeiten etwa im Bereich der »internationalen polizeilichen Zusammenarbeit«, der »Judenfrage«, der »Rassenpolitik«, der »Deutschtumsfragen« und der »Volksdeutschen Umsiedlungen«. Bereits im Juni 1940 begann man sich dort Gedanken hinsichtlich des »deutschen Kriegsziels in der Judenfrage« zu machen. Die organisatorische Umsetzung des Massenmords bedurfte einer Vielzahl partizipierender Akteure und Institutionen. In diesem arbeitsteiligen Vernichtungsprozess war das Auswärtige Amt an verschiedenen Stellen entscheidend beteiligt. Im Januar 1942 nahm Unterstaatssekretär Luther als Vertreter des AA an der Wannseekonferenz teil, auf der die bereits angelaufenen Mordaktionen an der jüdischen Bevölkerung Osteuropas und der Sowjetunion besser koordiniert werden sollten. Hinsichtlich der vorgesehenen Deportationen aus den anderen Teilen Europas wurden enge Absprachen zwischen den jeweils zuständigen Sachbearbeitern des AA und den Referenten der Sicherheitspolizei und des SD vereinbart. Von den Ergebnissen der Konferenz erhielten nicht nur die »Deutschlandabteilung«, sondern auch die führenden Beamten anderer Abteilungen des Außenministeriums Kenntnis. Zudem ist davon auszugehen, dass diese AA-Mitarbeiter bereits seit dem Sommer 1941 über die von den Einsatzgruppen verübten Massaker in der Sowjetunion informiert waren. Als im März 1942 in den besetzten Gebieten Frankreichs, gemäß den auf der Wannseekonferenz getroffenen Vereinbarungen, damit begonnen wurde »im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung« Europa »vom Westen nach Osten durchzukämmen«, waren verschiedene Stellen des Auswärtigen Amtes an den organisatorischen Abläufe beteiligt. So wandte sich Eichmann im Vorfeld der jeweiligen bereits vorbereiteten Deportationen zehntausender französischer und staatenloser Juden nach Auschwitz regelmäßig an das AA, mit der Frage, ob auf Seiten des Amtes »Bedenken gegen die Durchführung der Aktion« bestünden. Obgleich auch vermeintliche Gegner des NS-Regimes, wie etwa Staatssekretär von Weizsäcker in die Entscheidungsprozesse miteinbezogen waren, regte sich hier jedoch zu keinem Zeitpunkt irgendein Widerspruch, Im Gegenteil war das AA bemüht, die Anfragen des RSHA möglichst zügig zu beantworten. Ähnlich kooperativ zeigte sich das Amt auch anlässlich der Deportationen aus anderen Teilen Europas. Dessen »Judensachverständige« versuchten etwa die verbündeten Staaten Ungarn, Rumänien und Bulgarien unter Druck zu setzen, damit diese die Flucht und Emigration der dort lebenden jüdischen Bevölkerung blockier-

[1]

ten. Der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik sollten demnach, auch nach Auffassung des Auswärtigen Amtes, möglichst wenige entkommen.

Vom Auswärtigen Amt zum Auswärtigen Amt

Von der organisatorischen Einbindung des AA in den Holocaust war in den Jahren nach 1945 kaum mehr die Rede. Die Verantwortung für die präzedenzlosen Verbrechen wurde auf Hitler und eine kleine Clique nationalsozialistischer Überzeugungstäter reduziert. So verurteilte zwar das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal Joachim von Ribbentrop zum Tode, ebenfalls mussten sich einige hochrangige Beamten des Auswärtigen Amtes 1947 im so genannten »Wilhelmstraßenprozess« (bezeichnet nach dem Dienstsitz des Außenministeriums) für ihre Beteiligung an den NS-Verbrechen verantworten, eine umfassende kritische Auseinandersetzung mit der Politik des Amtes während der Zeit des Nationalsozialismus fand hingegen nicht statt. Eine Beobachtung, die freilich nicht nur auf das AA, sondern im Grunde auf die allermeisten politischen Institutionen, Behörden und Verwaltungsinstanzen zutraf.

Das Auswärtige Amt wurde in den Jahren 1949 bis 1951 unter Beibehaltung seiner traditionellen Bezeichnung neu gegründet. Federführend agierten dabei ehemalige Karrierediplomaten, die bereits in der NS-Zeit im Außenministerium beschäftigt gewesen waren und nunmehr sämtliche Schlüsselpositionen des Amtes besetzten. Die auf eine »Bewältigung der NS-Bewältigung« (Norbert Frei) zielende Vergangenheitspolitik der Ära Adenauer machte neben dem Öffentlichen Dienst auch die Bonner Ministerien zu Tummelplätzen für ehemalige Funktionseliten, Anhänger und Mitläufer des Nationalsozialismus. Schätzungen zufolge lag der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder unter den Bundesbeamten während der 1950er Jahre bei 30 Prozent, im Bundesinnenministerium sogar bei 42 Prozent. Ähnlich hohe bzw. noch höhere Quoten an NS-Belasteten fanden sich darüber hinaus im Justizministerium, im Vertriebenenministerium und nicht zuletzt im Auswärtigen Amt, wo im Jahr 1952 zwei Drittel der leitenden Beamten und vier Fünftel der Referatsleiter ehemalige Mitglieder der NSDAP waren. Damit beschäftige das AA während der 1950er Jahre mehr NSDAP-Mitglieder als zu Zeiten des »Dritten Reichs«.

An Aufarbeitung »kein Bedarf«?

Die Geschichte der Bundesministerien in der Nachkriegszeit ist bis heute kaum erforscht. Umso irritierender muss es daher erscheinen, mit welcher Vehemenz Innenminister Schily im Mai dieses Jahres Vorschläge, die Nachkriegsgeschichte der Bundesministerien aufzuarbeiten zurückwies, indem er apodiktisch behauptete, es gebe »keine Kontinuität zwischen der NS-Zeit und der demokratisch gewählten Bundesregierung« und somit auch »keine nationalsozialistische Vergangenheit, die der Aufarbeitung bedarf«. Ein Blick auf Schilys eigenes Ministerium widerlegt freilich eindrucksvoll dessen Behauptungen. Auf die überdurchschnittlich hohe Quote an ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, die während der 1950er Jahre im Innenministerium beschäftigt waren, wurde bereits hingewiesen. Deutlich zeigten sich die personellen Kontinuitäten aber auch in den dem Ministerium unterstehenden Ämtern. So wurde das Bundeskriminalamt maßgeblich von vormaligen führenden Beamten des im RSHA angesiedelten Reichskriminalpolizeiamts aufgebaut. Im Bundesamt für Verfassungsschutz tummelten sich Mitte der 1950er Jahre zahlreiche frühere Gestapo- und SD-Mitarbeiter. Der personelle Kern des Bundesnachrichtendienstes rekrutierte sich nicht zuletzt aus der von Reinhard Gehlen geleiteten Abteilung »Fremde Heere Ost«, die das Oberkommando des Heeres während des Vernichtungskrieges in der Sowjetunion mit geheimdienstlichen Informationen versorgt hatte. Diese Kontinuitätslinien sind seit langem bekannt. Nun gilt es deren Auswirkungen auf politische Entscheidungsprozesse sowie die politische Kultur der Bundesrepublik zu untersuchen.

Innenminister wie Otto Schily oder »verschworene Gesellschaften« wie die des Auswärtigen Amtes wird es auch künftig geben. Eine kritische Aufarbeitung der Geschichte werden sie jedoch langfristig nicht verhindern können. ■

[2]

[1] 22. Juni 1941: Außenminister Ribbentrop gibt den Kriegsbeginn mit Russland bekannt.

[2] Otto Schily weist Vorschläge zur historischen Erforschung der Geschichte der Bundesministerien vehement zurück.

Literatur:

Götz Aly/Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt/M. 1993.

Martin Broszat: Der Staat Hitlers, München 1969.

Christopher Browning: The Final Solution and the German Foreign Office. A study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940-43, New York 1978.

Hans Jürgen Döscher: SS und Auswärtiges Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der »Endlösung«, Frankfurt/M., Berlin 1991.

Hans Jürgen Döscher: Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität, Berlin 1995.

Worchs Fehlpass in Leipzig

Am 3. Oktober 2004 hatte Christian Worch seiner Serie von Aufmärschen in Leipzig eine neue Richtung gegeben. Er kündigte an, mit seiner Veranstaltung in den eher linksalternativ geprägten Süden der Stadt ziehen zu wollen – eine Gegend, in der es sich Neonazis weiterhin selten trauen, offen durch die Straßen zu laufen. Diese Idee stieß nicht nur bei den Kameraden auf geteiltes Echo. Bei Antifas, Gewerkschaften und in der alternativen Szene mobilisierte Worchs Plan Kräfte, die in Leipzig schon länger nicht mehr am Start waren. In der Konsequenz stand Worch mit kaum mehr als hundert »Kameraden« acht Stunden auf der Stelle, während in der Südvorstadt Barrikaden brannten und tausende Leute aus den verschiedensten Spektren die geplante Route blockierten.

Der Hamburger Neonazikader wäre nicht Jurist und Sturkopf genug, wenn er diese Niederlage nicht mit einem Strafverfahren bedenken würde. In diesem Fall hatte ein Leipziger Neonazi ihn im Forum des »Freien Widerstands« auf die Webseite des Sportvereins Roter Stern Leipzig aufmerksam gemacht. Auf der Startseite war mit dem Spruch »Worch und Konsorten in den Arsch treten!« eine Seite verlinkt, auf der zu Gegenaktionen gegen den Aufmarsch aufgerufen wurde. Das zentrale Motiv war eine brennende Barrikade auf der Karl-Liebknecht-Straße. Worch erstattete Anzeige gegen den Domaininhaber wegen »Aufrufs zur gewaltsamen Verhinderung einer genehmigten Demonstration«.

Die Staatsanwaltschaft eröffnete dann auch ein Verfahren und erließ gegen den Domaininhaber einen Strafbefehl über 450 Euro wegen genau jenes Vorwurfs. Es sah ganz danach aus, dass es Worch damit gelungen wäre, einen antifaschistisch motivierten Aufruf gegen seine Veranstaltung mit Geldstrafe ahnden zu lassen.

Doch der Anmelder der Webseite legte Einspruch ein, es kam also zur Hauptverhandlung. Damit war klar, dass Worch irgendwann nach Leipzig kommen musste, um als Zeuge auszusagen. Am ersten Verhandlungstag war der Gerichtssaal dann nicht nur voll mit SympathisantInnen des Roten Sterns, auch davor warteten noch viele Leute, insgesamt waren mindestens 40 UnterstützerInnen des Angeklagten vor Ort. Jedoch: Zeuge Worch folgte der Vorladung nicht und blieb dem Ganzen fern. Das brachte ihm ein Ordnungsgeld und die Androhung der Vorführung ein. Am Ende kam er jedoch um die 150 Euro herum, indem er nachweisen konnte, dass die Vorladung nie bei ihm angekommen war – sie war tatsächlich als nicht zustellbar an das Gericht zurückgegangen.

[1]

Zweiter Versuch

Einen Monat später war der zweite Verhandlungstag angesetzt. Wegen Unsicherheiten über den Termin waren diesmal kaum UnterstützerInnen anwesend, dafür erschien Worch im Amtsgericht. Und er kam nicht allein. Insgesamt etwa 30 Neonazis aus der offensichtlichen Prügelfraktion lungerten vor dem Saal herum und streiften in Fünfergruppen durch die Straßen rings um das Gericht. Dabei war relativ klar, dass sie es auf Auseinandersetzungen ankommen lassen wollten: Im Sportgruppen-Outfit, die Handschuhe an, das Basecap tief im Gesicht. Unter den Augen der verhältnismäßig massiv präsenten Bereit-

schaftspolizei bedrohten sie vor dem Gericht Leute, die sie für Antifas hielten. Ricardo Sturm, ein bereits seit den Neunzigern aktiver Leipziger Neonazi-Hool, attackierte selbst noch im Gericht den Angeklagten.

Die Anwesenheit von Sturm mit seinem BFC-Basecap zeigt, dass für diesen Tag wohl hauptsächlich im neonazistischen Teil des Hooligan-Milieus mobilisiert wurde. Die Neonazis, die durch das Viertel zogen, um Worchs vier Straßen weiter geparktes Auto zu bewachen, waren teilweise von Aufmärschen bekannt. Einige waren beispielsweise beim Worch-Aufmarsch am 3. Oktober 2004 in Leipzig Ordner gewesen oder hatten bei der Neonazi-Demonstration am 15. Januar 2005 in Magdeburg die eine oder andere Fahne getragen. Dem Aussehen nach ließen sie sich recht eindeutig der »Autonomen Nationalisten«-Fraktion zuordnen. Sie kamen dabei überwiegend aus Leipzig und dem weiteren Umfeld, obwohl – außer Sturm – die üblichen Verdächtigen, die sonst den Zusammenhang Leipzig/Schkeuditz/Delitzsch repräsentieren, völlig fehlten. Ganz so selbstbewußt, wie sie sich im Anschluss an diese Aktion auf ihrer Webseite, dem »Nationalen Beobachter Delitzsch«, dann selbst feierten, haben sich die Neonazis in der Südvorstadt dann aber wohl doch nicht gefühlt. Immerhin waren sie, nachdem Worch seine Aussage gemacht hatte, sofort wieder von der Bildfläche verschwunden.

Besonders enge Bekanntschaft zwischen Worch und seinen Beschützern scheint auch nicht zu bestehen. Zumindest beim Warten vor dem Gerichtssaal saß der Hamburger weitgehend allein herum.

Juristisch erfolglos

Der Prozeß indes verlief für Worch sicherlich nicht befriedigend. Sein Vorhaben, antifaschistische Mobilisierung juristisch verfolgen zu lassen, misslang. Am Ende plädierte selbst die Staatsanwaltschaft auf Freispruch, weil dem Angeklagten nicht nachzuweisen war, dass er die beanstandeten Sätze online gestellt hatte. Da er nach Zeugenaussagen auch gar keine Möglichkeit hatte, Inhalte auf der Webseite zu ändern, war es also nicht mehr nachvollziehbar, wer es gewesen war. Immerhin wies die Richterin in ihrer Urteilsbegründung darauf hin, in Zukunft zu vermeiden, direkt zu Gewalt aufzurufen.

Zum 1. Mai diesen Jahres jedenfalls – nach Einschätzung der Antifagruppen das 2:0 gegen die Neonazis – schien man sich das zu Herzen genommen zu haben. Auf der Startseite des Roten Sterns fand sich ein Foto des Seitenbetreibers mit einem Blumenstrauß in der Hand und dem Spruch: »Christian Worch – Herzlich Willkommen! Wir zeigen dir die kulturelle Vielfalt im Leipziger Süden«. In der Hand ein Buch des rechten Grabert-Verlages: »Antifa heißt Gewalt«.■

[2]

[1] Christian Worch hier mit Yvonne Mädel auf einer Neonazi-Demonstration.

[2] Ricardo Sturm (links) und der englische Holocaust-Leugner David Irving auf der Revisionisten-Veranstaltung »Wahrheit macht frei« 1990 im Münchener Löwenbräukeller.

Verhindertes Gedenken für NS-Täter

[1]

Jahrzehntelang haben alte NS-Fallschirm- und Gebirgsjäger am 20. Mai zusammen mit jungen Sympathisanten auf dem "Deutschen Soldatenfriedhof" auf Kreta den Jahrestag der Invasion 1941 durch die Deutsche Wehrmacht gefeiert. Bei diesen Feiern wird von einer „Friedensmission" auf Kreta geredet und das faschistische Fallschirmjägerlied „Rot scheint die Sonne" gesungen. Dieses Jahr war Schluss mit lustig. AntifaschistInnen aus Griechenland und Deutschland verhinderten die braune NS-Traditionsfeier in Maleme.

[1] Wenn er eine Pistole gehabt hätte, dann hätte er nach eigenem Bekunden geschossen.

Eigentlich wollte Wolf Walther, Kameradschaftsleiter Berlin im Bund Deutscher Fallschirmjäger, am Morgen des 20. Mai 2005 auf dem Soldatenfriedhof zusammen mit etwa 30 zum Jahrestag der Invasion angereisten alten und jungen NS-Traditionalisten auf den Gräbern der »gefallenen Kameraden« der deutschen Invasion vor 64 Jahren gedenken. Bereits zwei Stunden vor dem Anmarsch von Walther und den Seinen wurde der Friedhof in diesem Jahr jedoch von ungefähr 70 AntifaschistInnen aus Griechenland und Deutschland besetzt. Dutzende Schilder erinnerten an die durch die Deutschen niedergebrannten Orte. Die 35 meist in so genannten Sühnemaßnahmen komplett zerstörten Dörfer und über 3500 ermordeten Zivilisten finden bei den deutschen Feierlichkeiten keine Erwähnung. Unverbesserliche, dekoriert mit der Fallschirmjägerspange und Militärabzeichen am Revers, die an den Grabfeldern trotzdem Blumen und Kränze niederlegen wollten, wurden mit Farbeiern vertrieben.

Anwesende Touristen wurden mit Flugblättern über die Aktion und den revisionistischen Charakter der deutschen Feierlichkeiten informiert, während Touristen, die nicht aus Deutschland kamen, wenig Verständnis für ein solches Gedenken zeigten, riefen die deutschen Touristen nach einem Einsatz der Polizei.

»Dann hätte ich geschossen«

Die vom Friedhofswärter gerufene Polizei versuchte vergeblich, die AntifaschistInnen zum Aufgeben zu bewegen. Um eine Auseinandersetzung auf dem von der Deutschen Kriegsgräberfürsorge betriebenen Friedhof mit der ebenfalls angerückten Straßenkampfeinheit (MAT) zu vermeiden, wurde letztlich zum Entsetzen der deutschen Revisionisten die NS-Traditionsfeier abgesagt. So mussten die ehemaligen NS-Soldaten und ihr Anhang unverrichteter Dinge abziehen, nicht ohne die unverhohlene Drohung eines Fallschirmjägers »Wenn ich eine Pistole gehabt hätte, dann hätte ich geschossen«.

Der Organisator der Feier, Wolf Walther, wartete gemeinsam mit einem Erfurter Bundeswehrsoldaten auf den Abzug der AntifaschistInnen. Vergeblich – und so machten dann auch einige Farbeier seinen persönlichen Rückzug etwas bunter.

Im Anschluss an die erfolgreiche Aktion wurden im nahen Dorf Maleme Plakate und Flugblätter zur Aktion verteilt. Die Bewohner der Ortschaft waren zum einen erfreut über die verhinderte Feier, aber auch enttäuscht, dass sie nicht vorher informiert wurden. Eine öffentliche Mobilisierung war in diesem Jahr vermieden worden, um zu verhindern, dass die Polizei den gesamten Friedhof absperrt. Eine größere öffentliche Aktion könnte aber im kommenden Jahr ein Ziel sein. Die Forderung einiger Einwohner, dass nicht nur die Deutschen, sondern auch gleich alle Immigranten von der Insel zu verschwinden hätten wurde von den AntifaschistInnen zurück gewiesen.

Gedenken – nicht nur in Maleme

Der Friedhof bei Maleme ist jedoch nicht der einzige Wallfahrtsort alter und junger NS-Traditionalisten. So steht in der Stadt Chania das bereits 1941 von den deutschen Besatzern errichtete Fallschirmjägerdenkmal. Für den Erhalt dieses NS-Denkmals streitet der sogenannte »Freundeskreis zur Erhaltung eines Fallschirmjäger – Ehrenmals auf Kreta e.V.«, dessen Vorsitzender der katholische Prälat Msgr. Hermann Völck ist. Der Freundeskreis preist »die außergewöhnliche Einsatzbereitschaft, den Mut und die Leistungen der Deutschen Fallschirmjäger im ´Kampf um Kreta´«. Zum Jah-

restag der Invasion gedenken auch hier etliche alte und junge Fallschirmjäger aus Wehrmacht und Bundeswehr[1], der deutschen Besatzung. Auch hier sorgten griechische und deutsche Forderungen für eine sofortige Entschädigung der Opfer auf dem Denkmal bei den Revisionisten für Unmut. Eine langjährige Forderung, die der deutsche Botschafter in Athen bereits im Jahre 2000 mit den Worten kommentierte: »Dies würde wahrscheinlich auch Ansprüche für Deutsche [im Bezug z.B. auf die Bombardierung Dresdens] eröffnen«[2] wenn dieser Forderung nachgegeben würde. Der seit Jahren fehlende herabstürzende Adler mit Hakenkreuz in seinen Krallen wurde bereits in den 90er Jahren von kretischen AntifaschistInnen gesprengt.

Entschädigung, um die der 82jährige Joanni Papaitiakis aus der Ortschaft Kandanos sich seit Jahren erfolglos bemüht. Sein Heimatort wurde als »Vergeltung« für einen Angriff auf die NS-Besatzer von der Wehrmacht knapp zwei Wochen nach dem Überfall auf Kreta am 3. Juni 1941 vollständig zerstört. Die BewohnerInnen aus Kandanos und den umliegenden Dörfern hatten sich zunächst erfolgreich gegen die Besatzer gewehrt und einen Zug Fallschirmjäger, sowie einen Halbzug Pioniere bei der Verteidigung ihrer Bergregion getötet. Als Vergeltung wurde das gesamte Dorf niedergebrannt und sollte nach dem Willen der deutschen Faschisten »nie wieder aufgebaut werden«. Papaitiakis war mehrere Jahre in deutscher Gefangenschaft, eine Entschädigung hat er bislang nicht erhalten. Nach dem Ende der Besatzung bauten die Überlebenden den Ort neu auf.

Widerstand gegen die NS-Besatzung

Entschieden hatte die kretische Bevölkerung gleich beim Anblick der ersten Fallschirme am Himmel zu den Waffen gegriffen. Ihre Waffen hatten sie zwar vorher zur Zeit der Metaxa-Diktatur abgeben müssen. Diese lagen jedoch meist noch in den Polizeikasernen und wurden kurzerhand reaktiviert. Von Seiten der britischen Besatzungsmacht erhielt die Bevölkerung keinerlei Informationen über deutsche Invasionspläne, obwohl die Briten informiert waren. Die Koordination der Partisanengruppen war überwiegend regional begrenzt. Ideologische Streitigkeiten wurden zumindest in den ersten anderthalb Jahren der deutschen Besatzung verdrängt. Die Briten versorgten ab Ende 1942 in erster Linie die nicht kommunistischen Partisanen mit Ausrüstung und Essen. Diese SOE genannten Gruppen operierten unter britischer, neuseeländischer oder australischer Führung.

Mit sogenannten »Sühneaktionen« nahmen die Deutschen oftmals Rache für Partisanenangriffe und Sabotageaktionen und terrorisierten die Bevölkerung. Der besonders sadistische Deutsche Leutnant Hans Wachter wurde vom ehemaligen Partisan Nikos Melogajanis im Mai 1944 erschossen. Wachter war verantwortlich für ungezügelten Terror und wahllosen Erschiessungen. Der damals 24jährige Melogajanis entdeckte Wachter zufällig auf einer seiner Fahrten in einem kleinen Dorf und verfolgte den Wehrmachtsleutnant zwei Tage und Nächte lang. Auf einer Bergstrasse gelang es der Partisanengruppe von Nikos Melogajanis den Deutschen zu erschiessen. Dessen Begleiter wurden verschont und mit einem Bekennerschreiben zu ihrer Einheit geschickt. Das namentlich unterzeichnete Schreiben sollte eine wahllose Racheaktion verhindern. Als die 17.000 stationierten deutschen Soldaten am 9. Mai 1945 kapitulierten standen sie nur 2.000 britischen Soldaten aber 45.000 Partisanen gegenüber. Und noch bis Juni 1945 kämpften die Deutschen mit Billigung der britischen Armee gegen kommunistische Partisanengruppen. Der anschließende Bürgerkrieg in Griechenland führte bis zum Ende der Militärdiktatur 1974 zu einem Verschweigen des kommunistischen Widerstandes. Dies führt heute – 60 Jahre nach Kriegsende – in einigen Dörfern Kretas zu heftigen Diskussionen um die »Ehre des Widerstandskämpfers«.

Proteste in Maleme – jetzt jedes Jahr?

Da der Überfall der deutschen Wehrmacht auf Kreta im kommenden Jahr 65 Jahre zurück liegt und die bisherigen Veranstalter nach dem Verhindern ihrer Gedenkfeier wahrscheinlich Flagge zeigen wollen, wäre eine breite Mobilisierung auch für 2006 wichtig.

Revisionistisches Gedenken verschweigt Kriegsverbrechen. Dass dies für die Familien der kretischen Opfer – die bisher in keinem Fall entschädigt wurden – unsäglich ist, braucht nicht ausgeführt werden. Gemeinsam mit ihnen auch in Zukunft das Gedenken verhindern, könnte die deutschen Revisionisten vielleicht endgültig von der Insel vertreiben. ■

[1] Wolf Walther (rechts), Organisator der Feier und Kameradschaftsleiter Berlin im »Bund Deutscher Fallschirmspringer« in Begleitung eines Erfurter Bundeswehrsoldaten.

[2] Nikos Melogajanis organisierte in einer Partisanengruppe den Widerstand gegen die NS-Besatzung.

1| Siehe Gästebuch der Internetseite fallschirmjaeger-denkmal.de
2| Versöhnung oder Wahrheit – Deutsche Kriegsverbrechen in Griechenland im Zweiten Weltkrieg, Bibliopolis 2001, Seite 57.

Haider legt sich eine neue Partei zu

17. April 2005: Im Jubeltrubel des österreichischen »Gedankenjahres« (Bundeskanzler Schüssel) trifft sich im ersten Wiener Gemeindebezirk die Österreichische Volkspartei ÖVP, um ihr 60 jähriges Bestehen zu begehen. Zur gleichen Zeit sammelt sich am Rande von Salzburg in einer Flugzeughalle ein überschaubarer Haufen in Orange, um dem Gründungskonvent des BZÖ (Bündnis für die Zukunft Österreichs) beizuwohnen. Der Landeshauptmann von Kärnten und langjährige Obmann der rechtsnationalen FPÖ, Jörg Haider, hat sich eine neue Partei eintragen lassen. Hand in Hand mit seiner Schwester Ursula Haubner – die zu diesem Zeitpunkt noch FPÖ-Chefin war – sowie der gesamten FPÖ-Regierungsriege und einem Großteil der Nationalratsabgeordneten kehrt er seiner alten Partei den Rücken, um als Obmann des BZÖ die Regierungskoalition mit der ÖVP weiter zu führen.

Wie war es zu der Spaltung gekommen?

Seit der Regierungsbeteiligung befindet sich die FPÖ in einer politischen Krise, die zunehmend, gerade auch im finanziellen Belangen, substantiell an ihre noch tragbaren Grenzen stieß. So entscheidend ein Verbleib bzw. ein Wiedereintritt der Partei in die Regierungskoalition für die Finanzen der FPÖ war, so fatal wirkte sich dieser – und die mitgetragenen sozialen Einschnitte – auf die Wahlergebnisse der Partei aus, die sich in der Vergangenheit gerne als Vertreterin des »kleinen Mannes« ausgab. Zudem gelang es der ÖVP mit ihrem Innenminister Ernst Strasser und einer Asylpolitik, die an menschenverachtender Gleichgültigkeit ihresgleichen in Europa sucht, der FPÖ jenes Thema abspenstig zu machen, mit dem Sie bis zu einem Drittel der österreichischen Wählerinnenstimmen gewonnen hat: die umfassende Fremdenfeindlichkeit.

Insbesondere die für die Glaubwürdigkeit einer FPÖ entscheidenden rassistischen und revisionistischen Diskurse werden medial zunehmend weniger mit einer FPÖ verknüpft. Schlussendlich entscheidend für den Verfall der FPÖ waren aber vor allem auch die immer wieder aufflammenden internen Streitigkeiten, die sich aus einer langen Serie von schweren Wahlniederlagen ergaben: Die Partei, deren Zusammenhalt jahrelang vor allem auch aus dem Erfolg ihres Anführers gespeist war, musste – mit der Ausnahme von Haiders Stammland Kärnten – seit dem Koalitionseintritt im Jahr 2000 praktisch bei allen Wahlen schwere Einbußen hinnehmen, so dass zuletzt sogar der Absturz in die politische Bedeutungslosigkeit drohte.

Unter den Haider-Kritikern tat sich vor allem der FPÖ-EU-Parlamentarier und Herausgeber der extrem rechten Wochenzeitung »Zur Zeit«, Andreas Mölzer, hervor, der in Folge auf Geheiß Haiders – mit knapper Mehrheit – aus der Partei ausgeschlossen wurde. Ein Vorgang, der den schwelenden Konflikt endgültig zum Ausbruch brachte, und den Weg zur Spaltung bereitete.

Diese verläuft mitten durch alle Organisationen der alten Partei und löste dabei ein gehöriges Chaos aus. Lediglich in Kärnten wechselte die gesamte Landesorganisation der FPÖ zur BZÖ. Die finanzstarke Wiener FPÖ, deren Chef Heinz Christian Strache mittlerweile zum neuen Bundesobmann der FPÖ gewählt wurde, bleibt weitgehend in der Hand der alten Partei. In Vorarlberg will die ansässige Landesgruppe einen »eigenständigen« Weg einschlagen, in Oberösterreich ebenso.

Falsch wäre es von einer inhaltlichen Spaltung in einen nationalen (FPÖ) und in einen liberalen (BZÖ) Flügel zu sprechen, wie sie all zu gerne in den Mainstream-Medien betrieben wird. Die inhaltlichen Unterschiede zwischen BZÖ und FPÖ sind marginal, insofern ist es besser von einer machtpolitisch motivierten Spaltung innerhalb der extremen Rechten

zu sprechen. Ein medialer geschichtspolitischer Doppel-Aufreger mag dies unterstreichen: Ende April bezeichnete Bundesrat Siegfried Kampl (BZÖ) Wehrmachtsdeserteure als »Kameradenmörder«, zudem sprach er davon, dass in der österreichischen Nachkriegszeit eine »brutale Naziverfolgung« stattgefunden habe. Seine Argumentation begründete er dann schön mit der eigenen Familiengeschichte, sein Vater sei nämlich in amerikanischer Gefangenschaft gewesen. Unerwähnt ließ er, dass sein Vater als »aufrechter Nationalsozialist« zuvor Menschen denunzierte.

Eine Woche später sprach dann FPÖ-Bundesrat John Gudenus in einem Interview davon, dass er die Shoah gerne wissenschaftlich untersucht wissen möchte. Vor Jahren hatte er diesbezüglich mal lapidar gemeint, er »glaube alles, was ihm dogmatisch vorgeschrieben werde«.

Überraschend sind beide Aussagen freilich nicht, Statements wie die Kampls sind in der FPÖ seit Jahr und Tag Gang und Gäbe, Gudenus hat sich in der Vergangenheit ohnehin regelmäßig gegen das NS-Verbotsgesetz gewettert. Neu ist hingegen freilich die – wohl auch aus der Spaltung erklärbare – wechselseitige Skandalisierung dieser Vorgänge, die immerhin dazu führte, dass Kampl seinen Bundesratsposten aufgab und Gudenus »freiwillig« aus der FPÖ austrat. Detail am Rande: Jörg Haider hat als Konsequenz aus den Vorfällen seinen Gefolgsleuten »nahegelegt« sich künftig nicht mehr über die Zeit des Dritten Reichs zu äußern, auch eine Art des »Umgangs«.

Machtpolitische Überlegungen

Die Motive von Bundeskanzler Schüssel für die Zusammenarbeit mit Haiders BZÖ sind in schlichten machtpolitischen Überlegungen begründet: Zwar hätte die ÖVP selbst Neuwahlen nur begrenzt zu fürchten, allerdings könnte ihr in einem solchen Fall schlicht der Koalitionspartner abhanden kommen. Momentan ist noch nicht klar ob einer der beiden FPÖ-Abkömmlinge genügend Stimmen für den Wiedereinzug in den österreichischen Nationalrat schaffen würde, geschweige denn ob dies dann auch noch zu einer Regierungsmehrheit reichen würde. So bleibt Schüssel nur das Festklammern an Jörg Haider. Denn schließlich übernimmt Österreich im ersten Halbjahr 2006 die EU-Präsidentschaft, eine Profilierungs-Chance, die sich Schüssel – der sich gerne für höhere Weihen in der EU empfehlen will – nur ungern entgehen lassen will.

Ob die Koalition tatsächlich so lang durchhalten wird, steht freilich in den schwarz/blau/orangen Sternen, denn Stabilität ist nicht gerade die Stärke eines Jörg Haiders, da wird es auch nicht viel nützen, dass Schüssel neuerdings Lobeshymnen auf Haiders »Konstruktivität« singt. Immerhin entbehrt dies nicht eines gewissen Humors, war es doch vor allem Haider selbst der in den letzten Jahren der ÖVP/FPÖ-Koalition so ziemlich jede Abmachung nach Lust und Laune gebrochen hatte und im Jahr 2002 die Regierung durch einen von ihm initierten FPÖ-internen »Putsch« bereits einmal zu Fall gebracht hat. ■

[1]

[1] Der neue Bundesobmann der FPÖ, Heinz Christian Strache, mag keine Orangen.

Hooligans als Neonazi-Rollkommandos

Viele Fußballhooligans in der griechischen Hauptstadt Athen driften derzeit nach rechtsaußen ab. In den letzten Monaten kam es aus ihren Reihen heraus zu zahlreichen Angriffen auf Linke und AusländerInnen – mit Molotov-Cocktails wurden besetzte Häuser angegriffen sowie etliche Menschen auf offener Straße attackiert und durch Messerstiche verletzt. Hintergrund ist ein stärker werdender Nationalismus in der Szene, der durch neonazistische Gruppen geschürt wird.

Seit dem Herbst letzten Jahres rollt eine Welle neonazistischer Gewalt über Athen, in einer Intensität, die völlig neu ist für die griechische Hauptstadt. Die Übergriffe werden spontan verübt und verlaufen nach dem immer gleichen Muster: Eine Gruppe rechter Hools läuft durch die Straßen, trifft auf Alternative oder AusländerInnen und greift diese dann an. Oft kommt es dabei zu schweren Verletzungen durch Messerstiche. Am 19. März etwa griffen sechs Neonazis, mit Hakenkreuzabzeichen an den Jacken ausstaffiert, ein für sein alternatives Publikum bekanntes Café an. Drei Menschen werden verletzt, einer davon schwer. Zwei Wochen vorher wurden zwei Ausländer von einem Dutzend Rechter im Stadtzentrum zusammengeschlagen. Am 21. April wurden zwei Personen aus der anarchistischen Szene attackiert und einer mit einem Messer verletzt.

Molotov-Cocktails gegen besetzte Häuser

Hinzu kommen kommandoartig organisierte militante Angriffe auf Alternativzentren. Am 19. April wurde das besetzte Sozialzentrum LK37 von 10 mit Motorradhelmen vermummten Neonazis überfallen. Die Angreifer waren mit Messern und Schlagstöcken bewaffnet und versuchten mit Molotov-Cocktails das Haus in Brand zu stecken. Zwei Personen aus dem LK37 wurden niedergestochen. Ähnliches hatte sich einen Monat vorher, am 13. März, ereignet: Nach einem Fußballspiel wurde die Villa Amalia, das größte besetzte Haus Athens, von etwa 25 Neonazis angegriffen. Auch hier wurde ein Molotov-Cocktail auf das Haus geworfen.

Die Übergriffe finden bislang keinerlei Widerhall in der Presse der Hauptstadt. Nur Übergriffe auf Ausländer wurden einige Male erwähnt. Der rassistische Hintergrund blieb jedoch unerwähnt – es habe sich jeweils um Kämpfe zwischen rivalisierenden Gangs gehandelt. Die Polizei hat bisher keine nennenswerten Ermittlungserfolge vorzuweisen. Weil die Einsatzkräfte immer erst nach den Angriffen auf die besetzten Häuser vor Ort erschienen, wird von Seiten der BesetzerInnen vermutet, dass Neonazis und Polizei in Absprache miteinander handeln.

Hooligans driften nach rechts ab

Bis ins Jahr 2004 war neonazistisch motivierte Gewalt in Athen ein seltenes Phänomen. Die Gründe für die derzeitige Übergriffswelle, so sind sich BeobachterInnen sicher, sind in den jüngsten Entwicklungen in der Athener Hooliganszene zu suchen. Bisher waren die Hooligans von Vereinen wie Panathinaikos oder Olympiakos politisch eher uninteressiert – nur die Randale untereinander und mit der Polizei nach den Fußballspielen zählte. In den letzten Monaten stieg in Teilen der Hoolszene jedoch der Einfluss schon bestehender rechtsextremer Fangruppen, die ihre Agitation in den Stadien ausweiteten. Die »Galazia Stratia« (»Blaue Armee«) ist einer der größten dieser rechtsextremen Hooligan-Zusammenschlüsse. Flugzettel mit Parolen wie »Albaner raus« oder »Deutschland über alles« werden von ihnen in den Stadien verteilt und gezielt versucht, Anhänger zu gewinnen. Mit der einsetzenden Politisierung nach rechts geht auch der Wille und das nötige Selbstbewusstsein einher, die Gewalt aus dem Fußballkontext auf die Straße zu verlegen. Auch neonazistische Aufkleber und Sprühereien sind neuerdings im Athener Straßenbild zu finden.

Der Auslöser: Rassistische Pogrome nach Fußballspiel

Angefangen hat diese Entwicklung am 4. September 2004. An diesem Tag fand in Tirana ein Fußballspiel zwischen Albanien und Griechenland statt, welches das griechische Nationalteam verlor. Daraufhin kam es im ganzen Land zu spontanen Pogromen gegen AlbanerInnen, die eine der größten und meistverhassten Einwanderercommunities in Griechenland stellen. In vielen Orten wurden AlbanerInnen verprügelt und niedergestochen und ihre Läden und Autos beschädigt. Auf der Insel Zakitos erlag ein Mann seinen Verletzungen. Allein in Athen wurden in der Nacht nach dem Spiel 60 AlbanerInnen mit Messerstichen ins Krankenhaus eingeliefert. Durch diese rassistischen Pogrome am 4. September, in der Landespresse zwar erschrocken, aber nichtsdestotrotz als unpolitische Gewaltakte aufgenommen, erkannten die griechischen Neonazi-Organisationen das Mobilisierungspotenzial, das ihnen die Verbindung von Fußball mit Rassismus und Nationalismus eröffnet. Und die rechten Fußballhools agieren seitdem offener und selbstbewusster als jemals zuvor. Damit wurde ein Trend zum Nationalismus weiter verstärkt, der mit dem griechischen Gewinn der Fußball-Europameisterschaft 2004 begann.

Linke Szene verunsichert

Bisher herrscht in der linken Szene Athens, die zahlenmäßig stark ist und sich vor allem als anarchistisch versteht, vor allem Ratlosigkeit vor, wie mit den Angriffen umzugehen sei. In der alternativen Szene und auch in Teilen der Einwanderer-Communities führen die Erzählungen von den Neonazi-Angriffen zu enormer Verunsicherung. Da rechte Gewalt bislang weitgehend unbekannt war, existiert keine Antifabewegung. Doch mit der Verschärfung des Problems wächst auch das Problembewusstsein. Am 20. Mai wurde in Athen die größte einer ganzen Reihe Antifa-Demonstrationen durchgeführt, um die Öffentlichkeit auf die Gewaltwelle aufmerksam zu machen. Nach der Demonstration, an der sich 2.500 Menschen beteiligt hatten, griffen etwa 100 AnarchistInnen die Polizei unter anderem mit Molotov-Cocktails an. Diese setzte Tränengasgranaten und Schlagstöcke ein und nahm etwa 130 Personen in Gewahrsam. Neben den Demonstrationen als Form von Öffentlichkeitsarbeit wird von Teilen der Szene inzwischen auch die direkte Konfrontation mit den Neonazis gesucht. Im April wurden innerhalb weniger Tage zwei bekannte Hauptfiguren aus dem Nazihool-Milieu attackiert –eine Antwort auf deren Mittäterschaft bei Angriffen auf AusländerInnen und Linke. Tatsächlich verhielt sich die rechte Szene in Folge dieser Aktionen ruhig und sah wenigstens für eine beschränkte Zeit von weiteren Übergriffen ab.

Neonazigruppe kooperiert mit NPD

Den wohl größten Profit aus dem Rechtsruck der Hooliganszene schlug bislang die Neonazi-Organisation »Hrisi Avgi« (»Goldene Morgenröte«). Sie arbeitet eng mit den rechten Hoolgruppen wie »Galazia Stratia« zusammen und versteht es so, ihr Programm an die neue Klientel zu vermitteln. »Hrisi Avgi« tritt offen neonazistisch auf und zeichnet sich durch extremen Nationalismus und Antisemitismus aus. Die landesweit nur einige hundert Mitglieder zählende Gruppe trat zu den Europawahlen 2004 an und erreichte 0,2 Prozent der Stimmen. Das ist ein beachtliches Ergebnis, da »Hrisi Avgi« sich offen auf das Dritte Reich bezieht. In Griechenland sind prodeutsche Positionen in der breiten Bevölkerung äußerst unpopulär, weil der historische Widerstand gegen das NS-Besatzungsregime fester Bestandteil des griechischen Patriotismus und Nationalismus ist. »Hrisi Avgi« wird für mehrere Anschläge auf jüdische Einrichtungen und Holocaust-Denkmäler in den Jahren 1999 und 2000 verantwortlich gemacht.

Für September plant »Hrisi Avgi« ein internationales Zeltlager unter dem Motto »Türkei raus aus Europa«, das sich gegen den EU-Beitritt der Türkei wendet. Mehrere hundert Neonazis werden erwartet. Zu den nichtgriechischen Partnerorganisationen, die sich an diesem »Eurofest« beteiligen wollen, zählen die Forza Nuova aus Italien, die Falangisten aus Spanien und aus Deutschland die NPD. Auch aus Großbritannien und den Niederlanden werden Delgationen erwartet. Bei ähnlichen Veranstaltungen von »Hrisi Avgi« wurden u.a. Wehrsportübungen durchgeführt. ■

»Braune Schwestern?«

In der »reihe antifaschistischer texte (rat)« des UNRAST-Verlags ist vor einigen Wochen das Buch »Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten« erschienen. Herausgegeben wird es von zwei Zusammenhängen: dem Antifaschistischen Frauennetzwerk und dem Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus.

Die Herausgeberinnen haben ihre Erfahrungen im Bereich antifaschistischer und antirassistischer Arbeit, insbesondere zum Thema Frauen und Rechtsextremismus, gesammelt und stellen ihre auch im wissenschaftlichen Forschungsprozess entstandenen Thesen und Ansätze zum Thema zur Diskussion. Ihre Intention besteht u.a. in der Klärung der Frage, inwieweit die zunehmende Bedeutung von Frauen (und die damit verbundenen Veränderungen) in der extremen Rechten zu Entwicklungen führen, die Anknüpfungspunkte zwischen feministischen und extrem rechten Diskursen herstellen könnten. Dabei verstehen sich die Herausgeberinnen als Feministinnen, unter Verwendung eines als grundsätzlich herrschaftskritisch und emanzipatorisch ausgerichtet verstandenen Feminismusbegriffs. Aufgrund dieser differenzierten Sichtweise auf das Phänomen extrem rechter Frauen, einer Schnittstelle verschiedener gesellschaftlicher Widerspruchsstrukturen zwischen Betroffenen/Opferstatus aufgrund patriarchaler Unterdrückung und gleichzeitig z.B. rassistischer Täterinnenschaft, betonen die Autorinnen, dass die extrem rechten Frauen genauso rassistisch und nationalistisch agieren, wie ihre männlichen Pendants. Die gesellschaftlichen Strukturen bedingten lediglich unterschiedliche Handlungsstrategien und Vorgehensweisen.

Grundsätzlich, stellen die Autorinnen den einzelnen Beiträgen voraus, sei die Zahl der Frauenorganisationen gestiegen, die Relevanz und Bedeutung von Frauen in der extremen Rechten habe zugenommen und es gebe durchaus Frauen, die sich mit traditionellen Rollenzuweisungen auseinandersetzen. Dennoch bleibe festzuhalten, dass diese Entwicklungen nicht dazu geführt hätten, die Kategorie Geschlecht innerhalb der Diskurse extrem rechter Frauen anderen Themen und Kategorien voranzustellen. Stattdessen gelte auch für extrem rechte Frauen das Primat des Völkischen: die rassistischen Konstruktionen und das Ziel einer »homogenen Volksgemeinschaft« definiert über rassistische In- und Exklusion.

Die festzustellende Zunahme der Vielfalt weiblicher Lebensentwürfe/-ideale und partiell entstandene Akzeptanz der extrem rechten Männer gegenüber sich den »traditionellen Frauen- und Mutterrollen« entziehenden extrem rechten Frauen sind, den Autorinnen zufolge, Anpassungsleistungen der extremen Rechten an gesellschaftliche Modernisierungsprozesse. Die hierbei auftretenden Widersprüche zwischen traditionellen Rollenzuweisungen und tatsächlichem Leben führten weniger zu Brüchen, denn zur Verknüpfung unterschiedlicher Interessen unter einem politischen »Dach«.

Kirsten Döhring und Renate Feldmann sowie Rena Kenzo stellen in ihren Beiträgen Frauen als Aktivistinnen und Akteurinnen in der extremen Rechten in den Mittelpunkt. Michaela Köttig zeigt verschiedene empirische Forschungsansätze zum Thema Frauen und Rechtsextremismus auf und plädiert für die fallrekonstruktive Forschung, die die familien- und lebensgeschichtlichen Dimensionen extrem rechter Handlungen und Einstellungen miteinbezieht. Renate Bitzan arbeitet in ihrem Beitrag »Differenz und Gleichheit» Berührungspunkte zwischen rechtsextremen Diskursen zu Frauen und feministischen Ansätzen heraus. Cordelia Heß beschreibt den Zusammenhang zwischen Sexismus und Antisemitismus in der völkischen Ideologie und Gaby Elverich schildert die einigen Wandlungen unterworfene Familienpolitik des französischen Front National.

Die Autorinnen erhoffen sich von ihrem Buch »einen Anstoß für weitere politische und wissenschaftliche Auseinandersetzungen«. Das Buch bewegt sich sehr gut lesbar zwischen Praxis und wissenschaftlicher Forschung und schafft es, weder zu hochgestochen theoretisch, noch zu sehr im Stile eines Praxisleitfadens daher zu kommen, weshalb es absolut lesens- und empfehlenswert ist - sowohl für Neulinge, als auch für »alte Hasen« und »SpezialistInnen« im Bereich »Frauen und Rechtsextremismus«. In Zeiten, in denen Rechtsextremismusforschung oft von wissenschaftlichen SpezialistInnen ohne grundsätzlich formulierte Gesellschaftskritik betrieben wird, machen insbesondere das offensive Eintreten und Einfordern konsequent herrschaftskritischer Perspektiven und Positionen, sowie die Tatsache, dass die Herausgeberinnen zu den Wenigen gehören, die sich kontinuierlich aus feministischer Sicht mit der extremen Rechten auseinandersetzen, das Buch zu einer sehr wichtigen Lektüre. ■

Antifaschistisches Frauennetzwerk, Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (Hg.):
»Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten«
UNRAST-Verlag, Januar 2005, 142 Seiten, 14 Euro

Ein Leben für die Revolution

Olga Benario – Ein Leben für die Revolution
von Galip Iyitanir
mit Margrit Sartorius, Michael Putschli, Oliver Betke
D 2004

Als DVD erhältlich bei:
Neue Visionen Filmverleih GmbH
Schliemannstr.5
10437 Berlin
www.neuevisionen.de

Die Kommunistin Olga Benario gehört wohl ohne Zweifel zu den beeindruckendsten Frauen des 20. Jahrhunderts. Fand ihr mutiges politisches Engagement und das damit verbundene persönliche Schicksal noch eine offizielle Würdigung der DDR so ist heute der Name Olga Benario fast vergessen.

Sie wurde 1908 als Kind jüdischer Eltern in München geboren. Entgegen dem Willen ihrer sozialdemokratischen Eltern trat die politisch interessierte Olga bereits mit 15 Jahren in den Kommunistischen Jugendverband ein. Gemeinsam mit ihrem Genossen und Freund Otto Braun ging sie zwei Jahre später nach Berlin, um sich dort im Arbeiterbezirk Neukölln verstärkt der politischen Arbeit widmen zu können. Unter dem Vorwurf des Hochverrats wurden Benario und Braun 1927 von der Polizei festgenommen. Braun drohten 20 Jahre Haft, im Gegensatz zu Olga, die freikommen konnte. Durch eine spektakuläre Befreiungsaktion entkam Braun unter der wesentlichen Mithilfe von Benario aus dem Moabiter Gefängnis. Nach dieser Aktion wurden Benario und Braun nicht nur polizeilich über die Grenzen von Berlin hinaus bekannt und mussten Zuflucht in Moskau suchen. Beide waren dort für die Kommunistische Jugendinternationale tätig und wurden umfangreich in Theorie und Praxis der politischen Arbeit geschult. Doch die beiden entfremdeten sich zunehmend voneinander und trennten sich schließlich. Benario reiste unter falschem Namen im Auftrag der Komintern nach Frankreich und Großbritannien. Zurück in Moskau erhielt sie den Auftrag, die kommunistische Revolution in Brasilien gemeinsam mit dem brasilianischen Revolutionär Louis Carlos Prestes vorzubereiten. Auf der Reise in den südamerikanischen Staat begann zwischen den beiden eine Beziehung, die das Leben von Olga und Louis gleichermaßen bestimmen sollte. Trotz der großen Anhängerschaft von Prestes und weitreichender Vorbereitungen wurde der kommunistische Aufstand innerhalb eines Tages von der Regierung niedergeschlagen. Unter den zahlreichen Verhafteten waren neben anderen Führungspersönlichkeiten auch Prestes und die schwangere Benario. Nachdem ihre wahre Identität von der Polizei entdeckt wurde, war die jüdische Kommunistin von der Auslieferung nach Nazideutschland bedroht. Trotz zahlreicher internationaler Solidaritätsbekundungen konnte dies nicht verhindert werden. Nach der erfolgten Auslieferung brachte sie am 27. November 1936 in einem Berliner Frauengefängnis ihre Tochter Anita Leocadia zur Welt. Nach der Trennung von ihrer Tochter Anfang 1938 wurde Olga Benario in das Konzentrationslager Lichtenburg und später Ravensbrück übergeführt. Im Frauenkonzentrationslager zeigte sich Olga gegenüber ihren Mitgefangenen über ein solidarisches Miteinander hinaus voller Kraft und Hoffnung und wurde so zur wichtigen Vertrauensperson für ihre Schicksalsgenossinnen. Nach drei Jahren Ravensbrück wurde Olga Benario 1942 in die "Heil- und Pflegeanstalt" Bernburg überführt und dort ermordet.

Ihre Tochter Anita wurde Olgas Schwiegermutter übergeben, die sich Zeit ihres Lebens für die Freilassung von Olga Benario stark machte. Später lebten Anita zusammen mit ihrem freigelassenen Vater Prestes.

Im Wechselspiel von historischen Aufnahmen und nachgestellten Szenen wird in diesem Dokumentarfilm von Galip Iyitanir eindrucksvoll das außergewöhnliche Leben der Kommunistin Olga Benario nachgezeichnet. Der historische Teil wird nicht nur durch Interviews mit Wissenschaftlern, die zu Olga Benario und der brasilianischen Revolution geforscht haben, ergänzt, es werden auch Tonaufnahmen von Prestes eingespielt. Dabei wird aber das Scheitern des kommunistischen Aufstandes in Brasilien von 1936 und das Wirken der Kommunistischen Internationale zu wenig einer kritischen Betrachtung unterzogen. Die leider wenigen schauspielerischen Szenen überzeugen durch Margrit Sartorius als Olga Benario. Durch ein umrahmendes brasilianisches Volkslied wird deutlich, dass Olga Benario von der Bevölkerung nicht vergessen wurde.

Die chronologisch aufbereitete Biografie versucht erfolgreich die Vielschichtigkeit der Persönlichkeit von Olga Benario zu erfassen und macht den Film damit zu einem sehenswerten historischen Dokument für eine wichtige und beeindruckende Persönlichkeit des vorigen Jahrhunderts. ■

www.free.de/lotta
LOTTA
antifaschistische Zeitung aus NRW
Jetzt erhältlich: LOTTA Nr. 20!
Schwerpunkt der Sondernummer:
Einblicke in die extreme Rechte in NRW

CONTRASTE
Die Monatszeitung für Selbstorganisation
FREIRÄUME ÜBERALL! Hausrecht abschaffen statt übernehmen · Entscheidungsverfahren: Warum überhaupt entscheiden??? · Beispiel Direct-Action-Plattform · Offene Plattformen: Das organisatorische Rückgrat großer Treffen · Offenheit: Die Raumfrage · Projektwerkstätten: Blick zurück ... und nach vorn? · Stiftung Freiräume: Öffentliche Räume sichern! RECHTE »hackthenazis«: Nazikonzert in Sachsen von Antifa verhindert · Sächsische Schweiz: Naziaktivitäten im April/Mai · Rechtsradikale Szene in Niedersachsen: Nazis online! · Literatur SAARBRÜCKEN 15 Jahre Kultur- und Werkhof Nauwieser ARCHIVE Rote Hilfe: Hans-Litten-Archiv gegründet AUSTRIA José Bové in Salzburg: »Die Welt ist keine Ware« DISKUSSION Politrentner als Heuschrecken · »Gute« und »Böse« Kapitalisten: Heiligenschein für Scheinheilige DOKU-FILM Illegal in Europa – Invisible · 2. Hamburger Dokumentarfilmwoche: Teilnehmende Beobachtung – mit dem Camcorder mittendrin GENOSSENSCHAFTEN Selbsthilfegenossenschaften - Neue Wege in Zeiten des Arbeitsmangels u.v.m.
BUNTE SEITEN 2003+ das Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit ca. 13.500 Anschriften aus der BRD, CH, A und internationale Kontaktanschriften mit Reader der AlternativMedien im Innenteil. 1.200 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. 300 Seiten (DIN A4) für 18 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten.
Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro
(Es endet automatisch und muß nicht gekündigt werden. Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)
Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V. Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg
Probelesen: www.contraste.org

Nr. 31 | Frühling '05
arranca!
age of precarius
prekär und permanent aktiv_
In jedem gut sortierten Buchhandel erhältlich. Einzelpreis 4 Euro. Erscheint 3 bis 4x im Jahr. Probeheft gegen 2 Euro in Briefmarken. Bestellung und **Infos:** c/o Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.
www.nadir.org/arranca

graswurzel revolution
monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft
Im Juni erscheint die Nr. 300!
Jahresabo 25 € (10 Hefte)
Probeheft kostenlos
GWR-Vertrieb
Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim
www.graswurzel.net

www.ns-verherrlichung-stoppen.tk
20. 08. 2005
WUNSIEDEL - BAVARIA - GERMANY
STOP FASCIST PROPAGANDA
kein raum
für die verdrehung
der geschichte
kein ort
für die verherrlichung
des nationalsozialismus
stoppen wir den
rudolf hess marsch
demonstration
music/culture
announcements
all over the day
ANTIFASCIST ACTION DAY

ForumRecht
Das rechtspolitische Magazin für Uni und soziale Bewegung
Das aktuelle Heft
"Genethik, welches Wissen verträgt der Mensch"
online unter:
www.forum-recht-online.de

Abonniert
das Antifaschistische Info Blatt

Abokonditionen

Preise*
➔ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf
➔ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

➔ ab 5 Exemplaren 20% Rabatt

➔ ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für eine **Paketbestellung ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.

Antifaschistisches info Blatt

Der Umgang mit Rechten
Großveranstaltungen

AIB 67 Spezial
VERGESSEN – VERSCHWEIGEN – VEREINNAHMEN
Erinnerungskultur in Deutschland

AIB 66
Rechte in den Parlamenten
Die Nazi-Aussteiger-Industrie
USA – Mississippi Burning

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
17. Jahrgang
Nummer 68 | 4.2005

Preis 3,10 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

WIR MACHEN KEINE WITZE

Und wenn Sie einen brauchen, der Sie froh macht oder lieb hat – den müssen Sie schon selber mitbringen. In KONKRET gibt's nichts als die Wahrheit, Klarheit und sittlichen Ernst im Kampf gegen die drei großen Plagen der Menschheit: Kapitalismus, Imperialismus und Männer am Steuer. Wir helfen dem Fortschritt aufs Fahrrad.

konkret

lesen, was andere nicht wissen wollen

Ja ich will **konkret** drei Monate für 9,50 Euro Sonderpreis unverbindlich testen. Meiner Bestellung liegen

O Scheck O Bargeld O Briefmarken

in dieser Höhe bei.

Das Probeabo endet automatisch nach Ablauf der drei Monate. Ein Normalabo kostet 53 Euro, Studenten zahlen 43 Euro.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, Telefon

PLZ, Wohnort

Datum, Unterschrift

Coupon senden an:
KVV KONKRET, Ruhrstr. 111, 22761 Hamburg
oder: http://www.konkret-verlage.de/kvv